

5674 ZEITSCHRIFT FÜR

Zeitschriften
Kardex-Kontrolle
24. JULI 1956
Hamburgisches
Archiv

10. Okt. 1956
9. Okt. 1956
2

GEO POLITIK

IN
GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG 7 JULI 1956

Die afro-asiatische Revolution

Das neue Indonesien

Zerschnittene Wasserwirtschaft im Harz

Der Reichsfreiherr vom und zum Stein

Konjunktur oder Geldentwertung?

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 7 · 1956

INHALT

Volk und Welt

Walter Taeuber:	Unsere Aufgabe ist unteilbar	1
Bericht des Instituts:	Das neue Indonesien	3
Sukarno:	Die afro-asiatische Revolution	11
Bericht des Instituts:	Der Donauraum	12
August Hoppe:	Weltpolitische Umschau — Zwei Amerika-Reisen	13

Selbstbehauptung und Sicherheit

Bericht des Instituts:	Bericht zur atomaren Lage	15
------------------------	-------------------------------------	----

Geist und Tat

Hans W. Hagen:	Der Reichsfreiherr vom und zum Stein — Gedanken zu seinem 125. Todestag am 29. Juni	21
----------------	--	----

Gemeinschaft und Verfassung

Harald Braeutigam:	Konjunktumschlag oder Geldentwertung Der Zusammenhang von Wirtschafts- und Außenpolitik	28
Ernst van Loen:	Wehrgesetzgebung und Verfassung	33

Mensch und Raum

Hugo Haase:	Zerschnittene Wasserwirtschaft im Zonengrenzraum Harz	39
Heinz Brandes:	Kulturarbeit im Schatten des Eisernen Vorhangs	48

Das offene Gespräch

Rainer Taepper:	Zur „Revolution des Wehrdenkens“ — Eine Zuschrift	53
Schriftleitung:	Wehrform und Geschichte — Unsere Antwort	54

MITARBEITER

Braeutigam, Harald	Dr. jur., Dr. rer. pol., Bonn/Rh., Im Tannenbusch 14
Brandes, Heinz	Dr. phil., Kulturreferent des Landkreises Osterode/Harz
Haase, Hugo	Dr. phil., Leiter des Gewässerkundlichen Büros der Harz- wasserwerke der Provinz Hannover, Osterode/Harz
Hoppe, August	Stellv. Leiter der Hauptabteilung Politik in Westdeutscher Rundfunk Köln, Rundfunkhaus
Taepper, Rainer	Dr. med., Nervenarzt, Berlin SW 61, Gelbelstraße 6
Taeuber, Walter	Universitätsprofessor Dr., Würzburg, Schönleinstraße 3

Preis des Einzelheftes: DM 2,30. Vierteljahresbezug: DM 6,50.

Postscheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3

Unsere Aufgabe ist unteilbar

WALTER TAEUBER

Schon einmal ist unermeßliches Unglück über die Menschheit gekommen, weil zu geringe Anstrengungen gemacht worden sind, eine neue Friedensordnung aufzubauen. Das war nach dem Ersten Weltkriege, als die Staatsmänner der westlichen Welt glaubten, es beginne eine Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen („Back to normalcy!“), die Politik der Reparationen vertrage sich mit dem Geiste des Völkerbundes, ja es sei für die übrige Welt ungefährlich, wenn Deutschland niedergehalten wird und daß im Osten ein bolschewistisches Regime besteht. Die Entwicklung, die über die unerquicklichen Weltwirtschafts-Konferenzen, den New Yorker Börsenkrach vom Oktober 1929 zur Welt-Arbeitslosigkeit und zur Anfachung radikaler Ideen geführt hat, ist allzu bekannt. „Gewogen, gewogen, und zu leicht befunden!“

Wie leicht ist man heute geschichtsphilosophisch unsicher! Einmal dringt von den alt-israelitischen Propheten und aus allen Jahrhunderten des Christentums die Mahnung herüber, die sich an die „Welt“ richtet: Eine Menschheit, die sich nicht „bekehrt“, wird vor die Perspektive des göttlichen Strafgerichtes gestellt. Auch aus jüngster Zeit sind solche Mahnungen und Warnungen bekannt. Den Christen — und vielleicht allen „Frommen“ — ist gesagt, daß sie der „Sauerteig“ seien und in der Welt eine wesentliche Funktion hätten. Wollte doch Gott, nach dem Alten Testament, Sodom und Gomorrha verschonen, wären dort einige wenige „Gerechte“ gewesen.

Zum anderen aber gilt, ebenfalls aus der Perspektive der Religionen und insbesondere des Christentums, die Welt als die gerichtete Domäne des „Fürsten dieser Welt“. Christus hat gesagt, sein Reich sei nicht von dieser Welt. Die Frommen ziehen sich aus dieser Welt zurück, leben als die „Stillen im Lande“. Die Welt aber ist den dämonischen Tendenzen preisgegeben. Der ist nicht weise, der die Welt verbessern will. Besser ist es, mit Erasmus von Rotterdam das „Lob der Torheit“ zu singen.

Ich denke nach und meine: wir können die Welt nicht resignierend sich selbst überlassen und diejenigen Antriebskräfte, die am stärksten aus irgendeiner Frömmigkeit — sei sie auch „Weltfrömmigkeit“ — kommen, dem öffentlichen Leben vorenthalten und es den „Stillen im Lande“ nachtun . . .

Die Fronten sind falsch gezogen. Quer durch alle Parteien und Gruppen geht die unsichtbare Scheidung zwischen den Repräsentanten der Restauration und den damit irgendwie Unzufriedenen.

Um welches Banner sollte man die Gegner der bloßen Restaurierung scharen? Wir sind immer in Gefahr, zu eng zu werden und dadurch uns zu zersplittern. So würden lauter enge Gruppen und Grüppchen sich um ihre Teilziele und Sondermeinungen bilden.

Bisher kommt das hartnäckige Zögern unseres Volkes, sich dem sowjetischen Regime auszuliefern und sich den in der DDR durchgebrochenen Prinzipien der Verstaatlichung und des neuen Totalitarismus zu verschreiben, nur der Restauration zu gute. Es fehlt das Dritte, wovon aber die Welt schon erfüllt ist. Das Programm eines erneuerten christlichen Abendlandes ist zu eng und romantisch.

Es müßte erweitert werden, wie man verschiedene Getränke zusammengießt, um eine schmackhafte Mischung zu erreichen. Von Lenin haben die Sowjets das Erbe übernommen, sich an gewissen fortschrittlichen Errungenschaften der USA zu orientieren, ohne denselben verfallen zu wollen.

Seit Gandhi ist eine geistige Macht — außerhalb des Christentums — in der Welt erschienen, mit der wir um so mehr rechnen müssen, als ja überhaupt die alte weltpolitische Konstellation aus der Zeit des Kolonialismus nicht mehr besteht. Vielleicht sollte das Christentum sich in einer lockeren Weise mit den Hindus verständigen und verbünden. Aber, leider, ist sogar das Christentum in sich selbst zerspalten, und die Teile finden auch nicht einmal in der lockersten Weise zusammen. Sind nicht Hinduismus, Buddhismus, Islam Weltmächte, die zusammen mit dem Christentum eine Gegenmacht, eine dritte Macht im heutigen Völkerringen darstellen könnten?

Gewiß sind auch hier die Fronten falsch gezogen, oder vielmehr: die unsichtbaren Fronten und die sichtbaren kreuzen sich. Das Christentum ist zumeist in die „westliche“ Welt eingebettet. Aber es ist nicht zu übersehen, daß zwischen Religion und säkularen Bestrebungen in der westlichen Welt eine Spannung besteht. Indien indessen scheint sein politisches Programm auf wenige Punkte, besonders den der Gewaltlosigkeit, einschränken zu wollen, geht heute im übrigen den Weg der einseitigen Technisierung und Industrialisierung. Würden wir einen Hindu nach den schonungs- und förderungsbedürftigen Gütern der indischen Kultur fragen, so würde er vielleicht darüber hinwegsehen und Staudämme, Elektrizitätswerke, andere Fabriken aller Art, Erhöhung des materiellen Standards usw. würden als die einzigen wesentlichen Werte vor seinem geistigen Auge erscheinen, in deren Förderung sich die indische Politik zu erschöpfen habe . . .

Was ist wesentlich? Was ist wertvoll? Um welcher Güter willen lohnt es sich für die Völker zu leben? Ist nicht, wie der „letzte Mensch“ in Nietzsches Zarathustra sagt: alles eitel? „Wir haben das Glück erfunden, sagt der letzte Mensch, und — blinzelt.“

Welches ist der Netzknoten aller kommenden Kulturschöpfung? Da der „Wirt“ für alle kulturellen Äußerungen verantwortlich zeichnet, indem er die Mittel bereitstellt, so hat er in seinem Wert-Bewußtsein zu entscheiden, was zur Entstehung gelangen soll und was nicht. Damit ist der „Wirt“ hingewiesen auf die Vielzahl und Buntheit der zu verwirklichenden Güter, die im Nebeneinander — Sowohl-als-auch — existieren sollen. Die materielle Kultur gehört vornehmlich der Sinnenwelt an und teilt mit ihr den ontologischen Wesenszug: das Nebeneinander des Verschiedenen. Sie ist ein Aggregat aus verwirklichten Gütern.

Eine viel schwierigere Sache ist es, die unsichtbare, die geistige Kultur heute und für die Zukunft zu retten. Heute wäre es not zu zeigen, welche Funktion das Unsichtbare in der Sinnenwelt hat, die als die einzige gilt. Es wäre also not, aufzuzeigen, wie die Sinnenwelt auf das Geistige zurückweist. — Das wäre noch keine Rückkehr zu dem einstigen Glauben an das Transzendente. Aber es wäre der Anfang des Ringens gegen den „Materialismus“ unserer Zeit.

Zwar muß man darauf hinweisen, daß es nicht angängig ist, dieser unserer Zeit mit irgendwelchen Patent-Lösungen zu kommen. Es bleibt uns aber, scheint mir, nichts anderes übrig, als „radikal“ zu sein, ganzheitlich und zugleich wirklichkeitsnahe zu denken. Die Wissenschaften haben sich zersplittert. Jeder ist nur für seinen schmalen Sektor zuständig. Aber die Aufgabe, die uns das Leben stellt, ist ungeteilt und unteilbar.

Das neue Indonesien

Bericht des Instituts

Eine Nation lebt nicht aus ihrer Wirtschaft. Ein Staat lebt aus der Quelle seiner moralischen Werte und seiner geistigen Substanz.

Sukarno

Entgegen der landläufigen Ansicht, Indonesien sei mehr oder weniger ein „Ableger“ der indischen Kultur, ist festzustellen, daß trotz des unbestreitbar starken Einflusses durch Hindus, Buddhisten, den arabischen Islam und den europäischen Westen sich in Indonesien eine eigene Kultur entwickelt hat. Das indonesische Volk hat alle Einflüsse von außen absorbiert und durch die Kraft des eigenen Volkstums zu einer Kultur eigener Prägung verarbeitet. Von allen äußeren Einflüssen hat der Islam sich schließlich so durchgesetzt, daß er, assimiliert, zu einem Charakterzug des indonesischen Lebens gemacht wurde.

Man kann Indonesien nicht mit den historischen Kategorien der westlichen Geschichte messen. Für Europäer festliegende Begriffe wie Adel, Gemeinschaft, Bürgertum, Verwaltung und dergleichen erhalten in Indonesien zum Teil eine ganz andere Bedeutung. Auch die großen Weltreligionen haben in Indonesien eine Wandlung erfahren und werden anders erlebt und praktiziert als in den Ländern, aus denen sie ursprünglich kamen. So ist beispielsweise der indonesische Islam säkularisiert und weltoffener als der arabische. In Indonesien wurden die dort vorherrschenden großen Weltreligionen mit der indonesischen Gesellschaftsstruktur zu einem ganz neuen organischen Gewebe verwoben. Will man daher Indonesien und seine geschichtliche Rolle verstehen, so muß man ein auf dem verfügbaren historischen Tatsachenmaterial aufgebautes besonderes Wertsystem anlegen.

Der Hauptunterschied zwischen Indonesien und Europa oder Amerika besteht nicht darin, daß Indonesien heute noch ein nicht-industrialisiertes Land ist, dessen Bevölkerung zu 90 v. H. in ländlichen Bezirken lebt. Es ist vielmehr die andere Geisteshaltung, die völlig andere Weise, das Leben und seine Werte zu betrachten, die Lebensphilosophie, was diese Welt vom Westen trennt. In Indonesien und großen Teilen Ostasiens ist nicht das Individuum, sondern die Gemeinschaft Mittelpunkt des Lebens, der Einzelne ist nur wichtig in Bezug auf seine Stellung innerhalb der Gemeinschaft. Es ist vielleicht die Tragödie unseres Zeitalters, daß die Menschen allzusehr damit beschäftigt sind, nach dem „sozialen Glück“ zu streben. Für die Indonesen ist soziales Glück gleichbedeutend mit der Harmonie zwischen der Gruppe und dem Kosmos. Sie streben nach Gleichgewicht und müssen mit der unsichtbaren wie der sichtbaren Welt in Harmonie leben. Hierin besteht ein besonders krasser Gegensatz zu der überwiegend materialistischen Grundhaltung des Westens. Damit soll nicht gesagt sein, daß es in Indonesien keinen Raum für Individualismus gebe; es gibt dort genau so Konflikte zwischen den Interessen des Individuums und der Gemeinschaft, zwischen Egoismus und Allgemeinwohl wie überall sonst in der Welt.

Natürliche Demokratie — kein Individualismus

Das Volksleben in den ländlichen Bezirken ist traditionsgebunden. Es herrscht eine Art natürlicher Demokratie auf familiärer Grundlage. Der Dorfrat beschließt über sämtliche Angelegenheiten des Dorfes, und zwar nicht durch Mehrheitsbeschluß, sondern durch eine ausgehende Debatte, die schließlich zur Übereinstimmung aller führt. Das ist die traditionelle indonesische Auffassung von der

demokratischen Selbstverwaltung. Die einzelnen Dörfer sind im allgemeinen selbständig und schließen sich zur Bewältigung gemeinsamer größerer Aufgaben — Bewässerung usw. — zu einem föderativen Verband zusammen. Im Gegensatz zu vielen anderen orientalischen Ländern hat die Frau in Indonesien schon seit Jahrzehnten eine bedeutende und geachtete Stellung nicht nur in der Familie, sondern auch im öffentlichen Leben. Man findet Frauen als Lehrerinnen, Schwestern, Beamtinnen und sogar im diplomatischen Dienst.

Das Leben der Gemeinschaft steht unter dem Motto gegenseitiger Hilfe. Diese alte Tradition soll nun auch in angemessener Weise auf das Wirtschaftsleben der Gegenwart übertragen werden. Es wird nach einer neuen Form gesucht, die den Einfluß des Westens, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit in ganz Indonesien ausgebreitet und die alte Ordnung unterminiert hat, dem indonesischen Volkscharakter anpaßt. So hat sich in Indonesien in den letzten Jahrzehnten ein Mittelstand und eine neue Intelligenzschicht entwickelt. Letztere hat so viel von den westlichen Ideen übernommen, daß sich jetzt auch in Indonesien eine wachsende Tendenz zum Streben nach materiellem Reichtum zeigt. Reichtum allein genügt jedoch nicht, wenn er nicht mit moderner Bildung gekoppelt ist. So erklärt es sich, daß die Massen für die Bemühungen des Staates, sie zu schulen, und zu bilden, eine geradezu unwahrscheinlich helle Begeisterung zeigen. Zwar ist in den Großstädten wie Djakarta und Surabaja der „moderne Geist“, eine Mischung von wirtschaftlich-materiellem Denken und liberaler Bildung, weit verbreitet, in den Dörfern hingegen, die vom westlichen Einfluß nur wenig berührt wurden, sind die traditionellen Werte des Gemeinsinns, der demokratischen Diskussion öffentlicher Angelegenheiten und der gegenseitigen Hilfe nach wie vor in Kraft. Diese Grundsätze sollen nach dem Willen der gegenwärtigen indonesischen Staatsmänner auch die Grundlage des modernen Staates bilden. Indonesien wehrt sich dagegen, daß die Beziehungen innerhalb der menschlichen Gemeinschaft entpersönlicht und auf rein vertragliche Grundlage gestellt werden.

Im Wirtschaftsleben hat der Individualismus für das indonesische Volk wenig Anziehungskraft. Das freie Unternehmertum ist für den traditionellen Geist des Volkes nicht verlockend, da das grundlegende Prinzip der freien Unternehmerwirtschaft, der Wettbewerb, im Gegensatz zu den Gemeinschaftsidealen des indonesischen Volkes steht. Daher wird bei der neu aufzubauenden Wirtschaft Indonesiens der Schwerpunkt auf Genossenschaften aller Art liegen.

Indonesiens Außenpolitik

Was die Stellung Indonesiens zum Kommunismus anbetrifft, so ist das Land weder prokommunistisch noch antikommunistisch. Es respektiert den Kommunismus als Faktum in der Welt. Man könnte am besten sagen: Indonesien ist „nicht-kommunistisch“.

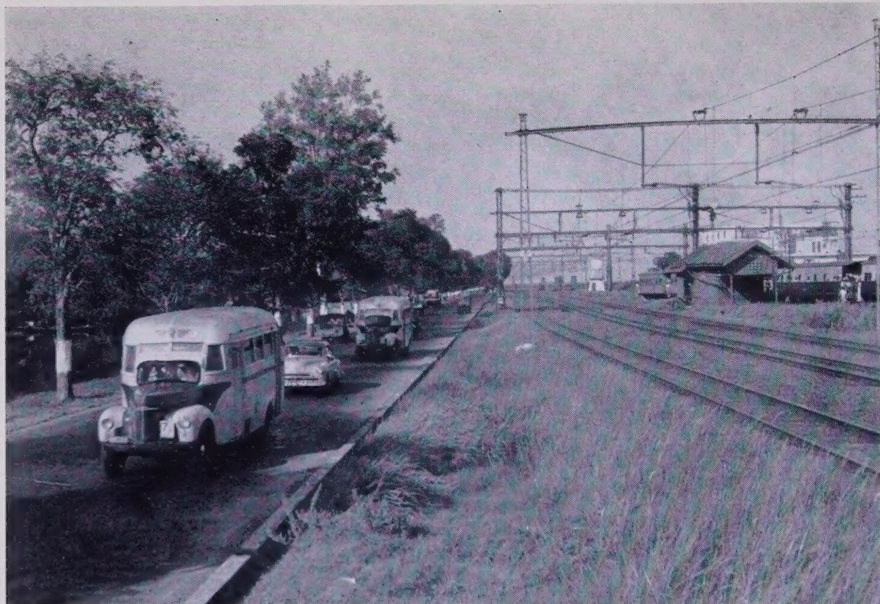
Indonesien teilt nicht die häufig geäußerte Ansicht, daß ein Land sich unbedingt für den Anschluß an den Osten oder den Westen entscheiden muß. Es betreibt eine Politik der bewußten und aktiven Selbständigkeit. Diese Politik ist kein krampfhaftes Heraushalten aus allen weltpolitischen Problemen, sondern eine nach allen Seiten gewahrte Aktivität, wobei Indonesien sich nicht für oder gegen einen der Machtblocks stellt. Unabhängigkeit bedeutet beispielsweise, daß Indonesien wirtschaftliche Hilfe von den Vereinigten Staaten und auch von der Sowjet-Union annimmt, solange keine der beiden Mächte damit politische Verpflichtungen für Indonesien verknüpfen.



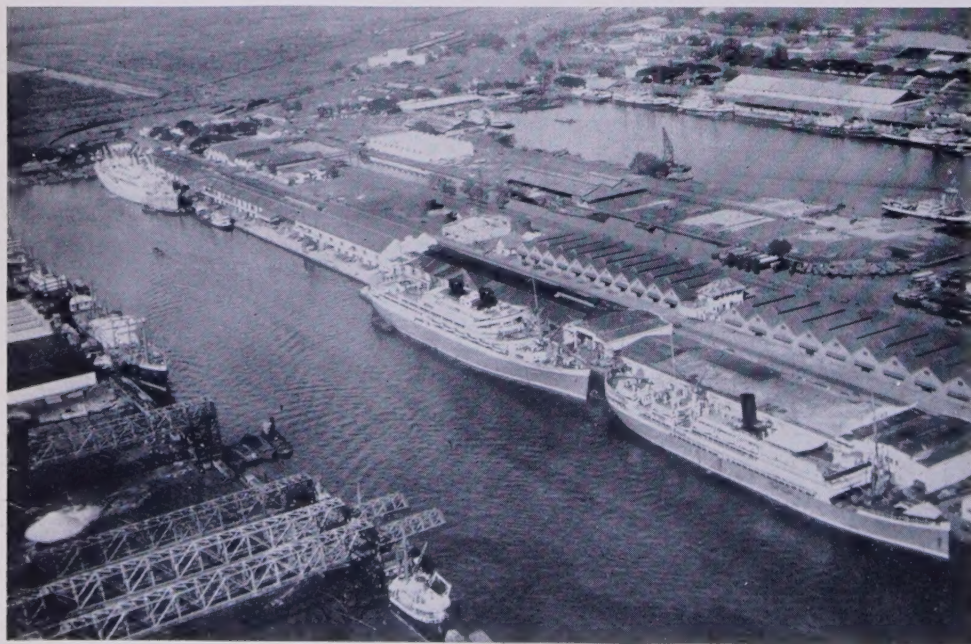
Blick auf Bandung, die Stadt der afro-asiatischen Konferenz, seit dem vorigen Jahre das politische Mekka der asiatischen und afrikanischen Völker. Die Stadt zählt über eine Million Einwohner. Bandung, etwa 700 m über dem Meeresspiegel gelegen, hat eine Universität, 41 Volks- und 13 höhere Schulen. In der Bevölkerung wird die Stadt häufig als das Paris Javas bezeichnet.



Präsident Sukarno schreitet die Front einer Ehrenkompanie ab. Die neue indonesische Armee verfügt über 12 Divisionen. Die Luftwaffe mit etwa 15 000 Mann und die Marine befinden sich noch im Aufbau.



Zum Hafen von Djakarta führen moderne Kraftfahrstraßen sowie mehrgleisige elektrifizierte Eisenbahnstrecken. Die Anlagen erinnern sehr an holländische Einrichtungen, sind zum größten Teil auch noch unter holländischer Herrschaft entstanden.



Teilansicht des Hafens von Djakarta, Tandjang Priok. Die modernen Hafenanlagen ermöglichten im ersten Halbjahr 1952 die Abfertigung von 1419 Schiffen und den Umschlag einer Tonnage von 13 650 000 Brutto-Register-Tonnen.



Flüsse und Kanäle sind vor allem auf den Inseln, die wenig Straßen und Eisenbahnen besitzen, Hauptverkehrsadern. Sie sind, wie auch in den Ländern des Westens, immer noch die billigsten Transportwege für Produkte aller Art.



Eine typische Dorfstraße in West-Java. Im Vordergrund sieht man die bisher typischen Pferdedroschken, die man früher französisch „dos-à-dos“ nannte, die jetzt aber langsam durch motorisierte Fahrzeuge verdrängt werden.



Religiöse Erziehung in Indonesien. Junge Mädchen und Frauen studieren in einer Schule den Koran. Die von der indonesischen Verfassung garantierte Religionsfreiheit wird im ganzen Lande in harmonischer Weise auch praktiziert. Christliche Kirchen, Moscheen und Hindutempel stehen in friedlicher Nachbarschaft.



Auf den vier Universitäten und der Technischen Hochschule studieren etwa 15 000 Studenten. Das Analphabetentum wurde von 94% im Jahre 1945 auf 42% im Jahre 1955 heruntergedrückt. Bis zum Jahre 1960 sollen alle Einwohner zwischen 8 und 45 Jahren lesen und schreiben können. Deutsch wird in allen Schulen fünf Jahre lang als Pflichtfach gelehrt. Im Bild: Studenten der technischen Fakultät im Zeichensaal.

Der Aufenthalt von Staatspräsident Sukarno in den Vereinigten Staaten und seine in der ganzen Welt beachtete große Rede vor beiden Häusern des Repräsentantenhauses, die ihm trotz seiner Betonung der indonesischen Unabhängigkeitspolitik so großen Beifall brachte, hat gezeigt, daß nunmehr auch die Vereinigten Staaten den echten und konstruktiven Sinn dieser Unabhängigkeit verstanden haben und sie billigen. Zusammen mit anderen und besonders den asiatisch-afrikanischen Ländern, die ebenfalls eine unabhängige Außenpolitik haben, versucht die Republik Indonesien aktiv ihren Beitrag zur Lösung vieler Weltprobleme zu leisten.

Ein Beispiel für diese Aktivität ist die Initiative Indonesien für die Organisation der asiatisch-afrikanischen Konferenz in Bandung im April 1954. Ein anderes Kennzeichen der indonesischen Außenpolitik ist die Unterstützung aller derjenigen, die für Selbstbestimmung kämpfen.

Nationalismus und Sozialismus

Einer der charakteristischsten Züge des wachsenden Nationalismus in Afrika und Asien ist der, daß es sich hierbei nicht nur um die Befreiung von fremder Herrschaft, sondern auch um den Prozeß der Bildung und Einigung menschlicher Gemeinschaften zu neuen Nationalstaaten handelt. Es ist ein Kampf von Nationen um ihre Freiheit und ein Kampf um ihre Geburt. Gerade dieser Faktor gibt den nationalistischen Bewegungen in Asien und Afrika so schöpferischen Schwung.

In seiner großen Rede vor dem amerikanischen Kongreß kam der indonesische Staatspräsident Dr. Sukarno auf den „Nationalismus“ zu sprechen. „Ich zögere, dieses Wort Nationalismus zu gebrauchen“, sagte er, „denn ich weiß, daß er für viele Völker und Länder eine überholte Lehre darstellt. Aber bitte denken Sie daran, daß für uns in Asien und Afrika der Nationalismus ein junges und fortschrittliches Glaubensbekenntnis darstellt. Für uns ist Nationalismus nicht gleichbedeutend mit Chauvinismus, ebensowenig bedeutet Nationalismus für uns, daß unsere Völker anderen überlegen seien. Nein, Nationalismus bedeutet uns den Wiederaufbau des Volkes, die Erringung der gleichen Achtung für unser Volk, die auch anderen Völkern entgegengebracht wird. Für viele Menschen dieser Art mag der Nationalismus eine überholte Lehre sein. Für uns ist er der Hauptquell aller unserer Anstrengungen. Verstehen Sie das, dann haben Sie den Schlüssel zu einem großen Teil der Nachkriegsgeschichte. Verstehen Sie das nicht, dann kann kein noch so großes Nachdenken, kein Strom von schönen Worten und kein Niagarafall von Dollars etwas anderes erzeugen als Bitterkeit und Enttäuschung. Nationalismus ist für uns ein Kampf um die einfachsten menschlichen Förderungen, die für die übrige Welt schon längst eine Selbstverständlichkeit bedeuten.“

In den bis zum letzten Kriege noch von Kolonialmächten beherrschten Gebieten Asiens und Afrikas entwickelte sich dieser Nationalismus als eine Reaktion auf Kolonialismus und Imperialismus. Aber es handelt sich nicht nur um eine politische, sondern um eine Reaktion, die auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche der jungen Völker erfaßt. Nationalismus in Afrika und Asien ist nicht nur eine Revolte gegen die bisherige Fremdherrschaft, sondern auch gegen die erschreckenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Das ist auch der Grund dafür, daß in den meisten der nach dem Kriege neu erstandenen Staaten Asiens und Afrikas der Sozialismus eng mit dem Nationalismus verbunden ist. Die unterdrückten Völker Asiens waren jahrhundertlang waffenlos. Wollte ein vorausschauender politischer Führer die Völker zur Aktivität im Kampf um die Freiheit

aufrufen, dann konnte er das nur mit der Waffe der Massenorganisation tun. Die breiten Massen ließen sich jedoch nur organisieren, wenn ihnen soziale und wirtschaftliche Reformen als Ausweg aus dem jahrhundertealten Elend versprochen wurden.

Abgesehen von den afro-asiatischen Ländern, in denen sich aus besonderen Umständen der Kommunismus durchsetzte, ist in allen anderen jungen Nationen des Ostens der Nationalismus identisch mit sozialer Demokratie. Während sich in Europa der Weg zur sozialen Demokratie in drei großen historischen Etappen vollzog: Monarchie — bürgerliche Demokratie — soziale Demokratie — müssen die Völker Asiens und Afrikas diese drei Stadien in einem einzigen Anlauf nehmen. Von Ägypten abgesehen ist der Mittlere Osten der einzige Raum, in dem keine radikalen wirtschaftlichen Änderungen eingetreten sind. Eine wesentliche Folge dieses Strebens der afrikanisch-asiatischen Völker nach sozialer Demokratie ist die Erkenntnis, daß ihr sozialer und wirtschaftlicher Aufstieg nur durch einen langen Frieden erreicht werden kann. Daher die ausgesprochen neutrale Einstellung der asiatischen Völker, daher ihre Ablehnung, sich für irgendeinen der beiden großen Machtblöcke zu entscheiden.

Deutschland und Indonesien

Indonesien ist eine Einheitsrepublik auf der größten Inselgruppe der Welt — 3000 Inseln zwischen Australien und dem asiatischen Festland. Die Ost-Westausdehnung des Landes beträgt 5000 km, also ein Achtel des Erdumfanges. Es leben in Indonesien etwa 80 Millionen Menschen; davon sind 72 Millionen Mohammedaner, etwa 3,4 Millionen Christen, 1,2 Millionen Hindus, über 1,25 Millionen Konfuziusanhänger und 500 000 Buddhisten. Es gibt vier große Parteien: Die Nationale Partei, zwei islamische Parteien und die Kommunistische Partei; außerdem mehrere kleine. In der Regierungskoalition sind die drei großen Parteien (ohne Kommunisten) zusammengeschlossen. Das auf vier Jahre gewählte Parlament zählt 260 Abgeordnete.

Die Voraussetzungen für eine ideale Partnerschaft auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen Deutschland und Indonesien sind schon durch die komplementären Volkswirtschaften beider Länder gegeben. Die Hauptausfuhrsgüter Indonesiens sind: Kopra und andere Ölfrüchte zur Ernährung, technische Öle und Fette, Kautschuk, Zinn, Bauxit und Manganerze, Kaffee, Tabak, Gewürze. Trotz aller Schwierigkeiten sind die Exporte Indonesiens nach Deutschland in den Jahren von 1948 bis heute ständig gestiegen.

Deutschland exportiert nach Indonesien vorwiegend Baustoffe, chemische Rohstoffe, Maschinen, Metallwaren, Transportmittel, elektrische Ausrüstungen und Präzisionsinstrumente. Außerdem ist die Bundesrepublik dem indonesischen Staat durch Gestellung von Ingenieuren, Spezialisten aller Art und Facharbeitern bei der Entwicklung einer eigenen Industrie behilflich. Während sich der Warenverkehr zunächst auf die Kompensation zwischen Agrar- und Industrieerzeugnissen gründete, gewinnt er in neuerer Zeit durch die Möglichkeit deutscher Investitionstätigkeit an Umfang. Indonesien ist bestrebt, eine eigene Industrie aufzubauen und benötigt dazu ausländische Kapitalinvestitionen. Deutschland genießt hierbei einen gewissen Vorrang und ein besonderes Vertrauen, da es nicht als koloniale Macht angesehen wird.



Die afro-asiatische Revolution

Aus der Rede vor der Technischen Universität Berlin Juni 1956

SUKARNO

Wir haben im Lauf der Epoche, die man in ihrer Geschichtsschreibung die Neuzeit nennt, mehrere Revolutionen erlebt. Die erste brachte die Entdeckung fremder Länder und die Ausweitung des Welthandels, insbesondere des Handels zwischen Europa und Asien — es war das, was die Engländer die „commercial revolution“ nennen. Sie kostete Indonesien die Selbständigkeit. Dann kam die industrielle Revolution, die Zeit der Dampfmaschine und der Vermassung der Menschen. Sie brachte Indonesien den Verlust der wirtschaftlichen Freiheit.

Danach kam die Revolution der Kernenergie. Sie hat die Frage noch offen gelassen, ob sie zum Segen oder zum Fluch der Menschheit ausschlagen wird. Es zeichnet sich aber bereits jetzt eine Reaktion, eine Antwort auf diese Frage ab. Es ist die afro-asiatische Revolution, die Hunderten von Millionen, nein — es sind mehr, es sind ein- und eine halbe Milliarde Menschen, die bisher unter fremder Herrschaft standen, — die verlorene Freiheit wiedergibt.

Es wird manchen von Ihnen vielleicht kühn klingen, wenn ich sage: diese gewaltige afro-asiatische Revolution, diese von Tag zu Tag wachsende afrikanisch-asiatische Solidarität wird auf die Weltgeschichte einen größeren Einfluß ausüben als die Revolution der Kernenergie.

Der Donauraum

Eine neue Zeitschrift, *Der Donauraum*, die vierteljährlich erscheint, wird vom *Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes*, Salzburg, herausgegeben. Die Zeitschrift dient der Aussprache, insbesondere über Recht, Politik, Wirtschaft, Geschichte, Geographie, Ethnologie und Kultur der Donauländer. In ihr sollen Fragen des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, des Minderheitenschutzes sowie einer „nachbarlich-regionalen Organisation der Donauvölker“ erörtert werden. Außer Aufsätzen bringt die Zeitschrift Nachrichten aus den Donauländern und eine Bücher- und Zeitschriftenschau.

In der Ankündigung sagen die Herausgeber, daß ihre Hefte „den Problemen dieses natürlichen und geschichtlichen Lebensraumes Österreichs“ gewidmet seien.

Das vorliegende erste Heft enthält einen Beitrag von *Peter Berger* über „Das österreichische Neutralitätsproblem“. Der Verfasser legt die österreichische Neutralitätserklärung vom 26. Oktober 1955, die in Erfüllung des Moskauer Memorandums vom 15. April 1955 erging, in dem weiteren Sinn der schweizerischen Neutralität aus, wenn auch nicht ohne Vorbehalte. Österreich müsse nicht nur frei von Bündnissen und fremden militärischen Stützpunkten auf seinem Gebiet bleiben; es habe auch die Pflicht zur Neutralitätspolitik und Landesverteidigung. Der Beitritt Österreichs zu den Vereinten Nationen, der im Einklang mit dem Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 vorgenommen wurde, hatte als wichtigste Folge, daß die österreichische Neutralität bei militärischen Vollstreckungsmaßnahmen der Vereinten Nationen unter Umständen unwirksam würde. Die Vereinten Nationen könnten jedoch die österreichische Unabhängigkeit, gebietliche Unversehrtheit und Neutralität Österreichs weder rechtlich noch tatsächlich gewährleisten. Hierzu sei ein Garantievertrag der vier Großmächte notwendig. Dieser könne an das Vorbild der Garantieförmel des von der ersten Republik angeschlossenen Genfer Protokolls Nr. 1 vom Jahre 1922 anknüpfen. Die Großmächte sollten sich verpflichten, im Garantiefall sofortige und wirksame Maßnahmen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen herbeizuführen. Ein solcher Vertrag der Großmächte enthebe Österreich freilich nicht davon, für „ausreichende Selbstverteidigung“ als letzte Garantie zu sorgen.

Hermann Gross gibt „Weltwirtschaftliche Perspektiven des Donauraumes“. Die Strukturänderung der Wirtschaft der Donaulän-

der seit dem Kriege hat eine Verlagerung ihrer Entwicklung auf die Grundstoff- und Schwerindustrie unter sowjetrussischer Führung ergeben. Damit verbunden gewesen sei eine Zerschlagung der früheren nach Westeuropa ausgerichteten Agrarstruktur und das Zurückbleiben der landwirtschaftlichen Produktion. Erst in jüngster Zeit machten sich Bestrebungen geltend, die auf Grund der forcierten Industrialisierung erhöhten Produktionskosten durch eine organische Arbeitsteilung zwischen den Oststaaten untereinander wie auch mit der westlichen Welt zu senken. Auf diesem Wege sowie durch eine Förderung der Landwirtschaft soll die Produktion und der niedrige Lebensstandard der Bevölkerung gehoben werden. Dieser neue Kurs habe in den Genfer Ost-West-Konferenzen und zahlreichen Handels- und Zahlungsabkommen mit dem industriellen Westen und den überseeischen unterentwickelten Ländern sowie in der Regelung der Donauschifffahrt ihren Niederschlag gefunden und sich in den Jahren 1954 und 1955 in einer Zunahme des Ost-West-Handels ausgewirkt.

Adolf Merk kritisiert „Die Legende vom österreichischen Völkerkerker“, die Haltung der westlichen Presse und zahlreicher westlicher Publizisten gegenüber der Nationalitätenpolitik der österreich-ungarischen Regierungen.

In einem Aufsatz über „die slowenische Presse“ behandelt ein ungenannter, slawischer Publizist die slowenischen Tageszeitungen, Wochenblätter und anderen Periodica in der heutigen Republik Slowenien, in Italien und Triest, in Kärnten und in der Emigration in Nord- und Süd-Amerika. In der Presse der slowenischen Emigration bemerkt der Verfasser einen Konflikt der Generationen: die ältere Generation bejahe im großen und ganzen den jugoslawischen Staat; die jüngere Generation, welche keine emotionalen Bindungen zur südslawischen Idee oder zum serbischen Königshaus kennt, befasse sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit der Möglichkeit eines „eigenen slowenischen Staates“, eventuell „im Rahmen einer größeren Föderation“.

In einem Artikel über „Die Donau als Bindeglied Europas“ betont *Walter Schneefuss* die Wichtigkeit der historischen, politischen und wirtschaftlichen Bindungen zwischen dem Donau- und dem Rheintal. Die Donau sei in Europa nicht bloß ein südöstlicher Strom, sie gehöre dem ganzen Kontinent an und verbinde West- und Osteuropa.

Weltpolitische Umschau

Zwei Reisen

Die Beurteilung der politischen Weltlage durch die Staatsmänner der West-Allianz läßt sich nicht mehr auf eine gemeinsame Formel bringen. Was zum Beispiel Christian Pineau, der französische Außenminister, in den USA dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles als seine Interpretation der politischen Entwicklung seit der Genfer Gipfelkonferenz vorgetragen hat, ist genau das Gegenteil der Auffassung, die Dulles von Bundeskanzler Konrad Adenauer zu hören bekam.

Adenauer hat Dulles seine beharrlich gepflegte Ansicht wiederholt, daß die Weltlage „sehr schwierig“ ist, „viel schwieriger als zuvor“, daß sich die sowjetische Politik „nicht wirklich verändert“ hat und daß die Westmächte „gegenüber einer Drohung, die nur ein neues Gesicht angenommen hat“, fest bleiben müßten. Pineau steht auf dem Standpunkt, daß der Kalte Krieg jetzt liquidiert und eine Auflockerung der Beziehungen zwischen den Westmächten und dem Sowjetblock herbeigeführt werden sollte.

Es ist noch nicht erkennbar geworden, wo die Vereinigten Staaten heute stehen. Sicher ist, daß sie nicht den Optimismus des französischen Außenministers teilen. Ebenso sicher ist jedoch, daß sich die Vereinigten Staaten auch nicht mehr vom hoffnungslosen Pessimismus des deutschen Bundeskanzlers überzeugen lassen. Die Frage, ob sich der Sowjetblock in einem Prozeß der Umwandlung befindet oder nicht, wird in Washington offen gelassen. Daß die Gespräche Adenauer — Dulles eine, wie es hieß, „starke Übereinstimmung in allen wichtigen Punkten“ ergeben haben, sollte uns jedenfalls nicht dazu verleiten, eine Anpassung der Vereinigten Staaten an die sowjetische Entspannungspolitik auszuschießen.

Es gibt vielmehr Gründe, genau das zu erwarten:

Die Nachkriegs-Auseinandersetzung zwischen den Westmächten und dem Sowjetblock hat mit einem Unentschieden geendet, auch dort, wo sie — wie in Korea und Indochina — mit kriegerischen Aktionen ausgekämpft wurde. Beide Seiten haben sich nicht stark genug gezeigt, ohne einen selbstmörderischen Weltkrieg den Gegner aus seinen Positionen zu verdrängen. Die Konsequenz des Gleichgewichts, das heute zwischen den Westmächten und dem Sowjetblock besteht, wäre die Anerkennung des status quo, der gegenwärtigen Machtver-

hältnisse in der Welt. Mit einer Bestätigung des status quo aber stellt sich die Frage nach einer Auflockerung der erstarrten Fronten der Weltpolitik. Denn wenn man weiß, daß keine Möglichkeit besteht, dem Gegner seine eingenommene Position streitig zu machen, ohne sich selbst in Lebensgefahr zu bringen, verliert eine Politik der Bündnisse und Zusammenschlüsse ihren militärischen Sinn.

Es ist bekannt, daß der deutsche Bundeskanzler eine solche Entwicklung fürchtet. Sie müßte, falls sie käme, in seinen Augen zwei Folgen haben:

Erstens würde die Bundesrepublik als Machtfaktor im west-östlichen Verhältnis entwertet. Deshalb legt der Bundeskanzler ein so großes Gewicht auf die militärisch umstritten gewordene Aufstellung einer 500 000-Mann-Armee. Sie würde, glaubt Adenauer, der Bundesrepublik ein Gewicht geben, das, was immer auch kommt, nicht außer acht gelassen werden kann.

Zweitens könnte eine Politik des status quo die Hinnahme der Spaltung Deutschlands zur Folge haben. Deshalb sucht der Bundeskanzler die Westmächte immer wieder darauf zu verpflichten, die sowjetische Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands als Probe aufs Exempel für die Entspannungsbemühungen der Sowjetunion zu verlangen.

Man versteht also, warum sich Adenauer in Washington erneut die Zusicherung geben ließ, daß unsere Forderung auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht einer Entspannung im Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion zum Opfer gebracht werden soll. Präsident Eisenhower erklärte dem Bundeskanzler in einem Zehn-Minuten-Gespräch am Krankenbett, daß er auf „eine baldige Aktion“ zur Wiedervereinigung Deutschlands hoffe, um, wie er sagte, „die 17 Millionen Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone zu befreien“. Im Kommuniqué über die Unterredung des Bundeskanzlers mit Außenminister Dulles wird die Wiedervereinigung Deutschlands als „eines der Hauptziele“ der Westmächte bestätigt und unterstrichen, daß die sowjetischen Bemühungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands „der entscheidende Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Sowjets“ sein würden. Eine gleiche Erklärung gab die britische Regierung zum Amerika-Besuch Dr. Adenauers ab.

Niemand von uns wird den Wert solcher Erklärungen unterschätzen — auch wenn,

was viele von uns schmerzlich vermissen, der Amerika-Besuch des Bundeskanzlers wieder keine praktische Initiative in der deutschen Frage und wieder keine Vorstellung darüber erbracht hat, wann, wo und mit welchen Mitteln die Sowjetregierung veranlaßt werden soll, ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands zu geben. Es fragt sich indes, ob der Bundeskanzler nicht bereits auf verlorenem Posten kämpft, wenn er die Wiedervereinigung Deutschlands fordert, ohne in Betracht zu ziehen, daß die bloße Forderung nach Wiedervereinigung zu nichts geführt hat und heute weniger als vorher zu einem Ergebnis führen kann, ohne weiter in Betracht zu ziehen, daß unsere Verbündeten die Sowjetunion weder zwingen konnten noch zwingen können, ihre Kontrolle über Mitteleuropa aufzugeben; ohne schließlich auch in Betracht zu ziehen, daß die Entspannung der Weltlage seit der Genfer Gipfelkonferenz von den Westmächten durch eine Politik des Drucks auf die Sowjetunion nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden kann und wird. Das deutsche Problem stellt sich heute vielmehr so dar, daß es darauf ankommt, unsere Forderung nach Wiedervereinigung in Übereinstimmung mit der veränderten Weltlage und unter Berücksichtigung ihrer politischen Tendenzen zur Geltung zu bringen. Die Formel dafür lautet: Wiedervereinigung durch Entspannung. Sonst werden wir unweigerlich Entspannung ohne Wiedervereinigung bekommen. Das bedeutet dauernde Spaltung.

Es ist nicht entscheidend, ob es dem französischen Außenminister Pineau gelungen ist, Dulles von seiner These einer Auflockerung der Machtblöcke zu überzeugen. Man weiß, daß Dulles der Auffassung Dr. Adenauers näher steht als der Interpretation der Weltlage durch die gegenwärtige französische Regierung. Entscheidend ist allein die Frage, ob die Vereinigten Staaten, bei allem Mißtrauen gegenüber Moskau, dem Wunsch ihrer wichtigsten Bündnispartner Großbritannien und Frankreich, der sowjetischen Entspannungspolitik entgegenzukommen, nicht doch eines Tages werden Rechnung tragen. Vielleicht ist die Bereitschaft dazu schon in einem größeren Umfang vorhanden, als wir heute annehmen. Der Vorschlag einer maßgebenden amerikanischen Zeitung, der „Washington Post“, die deutsche Bundesrepublik aus der NATO auszuklammern, läßt auf Überlegungen in den Vereinigten Staaten schließen, die anwachsenden Tendenzen in Großbritannien und Frankreich sehr nahe kommen. Premierminister Eden hat erst kürz-

lich, unter Berufung auf die veränderte Weltlage, die Verringerung der britischen Verteidigungslasten um ein Drittel angekündigt und sogar die Möglichkeit einer Reduktion der in Deutschland stehenden britischen Streitkräfte angedeutet. In Frankreich hat Außenminister Pineau unmittelbar vor seiner Amerika-Reise durch Umbesetzungen im diplomatischen Dienst Vorsorge getroffen, daß seine erklärte Politik einer Auflockerung der Beziehungen Frankreichs zum Sowjetblock nicht gestört wird. Das sind nur einige wenige Anzeichen von vielen, die ein Eingehen der Westmächte auf die Entspannungspolitik Moskaus erwarten lassen. Es sind bei unseren Verbündeten und bei uns viele Kräfte am Werk, die eine Abkehr vom bisherigen Kurs des Kalten Krieges fordern und nach einer anderen Kompaßzahl suchen. Wir laufen Gefahr, daß die deutsche Frage dabei unter die Räder gerät.

August Hoppe

Politische Vernunft

Eine Manifestation der politischen Vernunft und eine Oase der Besinnung im Taumel politischer Fehlentwicklungen: sechs Vorträge, gleichermaßen von wissenschaftlichem Ernst, nüchterner politischer Erwägung, wegweisender Schau. In ihrer Gesamtheit geben sie ein umfassendes Bild der Lage, den Möglichkeiten und den Notwendigkeiten deutscher Politik. Einen Höhepunkt bietet der Abschluß des Vortrags von *Walter Meder*, dem ord. Professor für Osteuropäisches Recht und Direktor des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin. Dort heißt es: „Man kann nicht wissenschaftlich beweisen: es muß unbedingt die Wiedervereinigung dem Atlantikpakt vorgezogen werden, oder es muß umgekehrt der Atlantikpakt der Wiedervereinigung vorgezogen werden. Was ich aber wissenschaftlich beweisen kann, das ist die Unrichtigkeit der Vermutung, daß man diese beiden Dinge, sowohl die Zugehörigkeit zum Nordatlantikpakt wie auch die Wiedervereinigung haben kann, daß also ein wiedervereinigtes Deutschland dem Atlantikpakt angehören könnte. Wenn man das behauptet, dann befindet man sich in einem ganz großen Irrtum, dann handelt es sich um eine Behauptung, die man wissenschaftlich widerlegen kann.“

Die Wiedervereinigung Deutschlands als Aufgabe der Deutschen und Weltmächte. 6 Reden gehalten während der 2. Außenpolitischen Woche des Auslandsinstituts Dortmund. Herg. von der Gesellschaft der Freunde des Auslandsinstituts e. V. Dortmund 1956.

SELBSTBEHAUPTUNG UND SICHERHEIT

Bericht zur atomaren Lage

Über die Wirkung der zu Pfingsten über der Südsee-Insel Namu abgeworfenen Wasserstoffbombe berichtet das von der US-Regierung herausgegebene amtliche Communiqué, der radioaktive Aschenregen der riesigen Explosionswolke, deren Höhe inoffiziell auf 40 000 m geschätzt wurde, sei abseits von den bewohnten Inseln des Pazifik (Marshall-Inseln) abgezogen. Seit Anfang Juni häufen sich nun die Meldungen über radioaktive Schnee- und Regenfälle über verschiedenen Teilen Europas. Aus dem Zentralfranzösischen Mittelgebirge, aus den Vogesen, aus dem südlichen Schwarzwald und den Alpenländern wurden Temperaturrückgänge um 15 Grad, Wolkenbrüche bis zu 39,7 Liter je qm und Schneefälle bis zu einem halben Meter gemeldet. Die Ärzte berichten von einer alarmierenden Häufung von Schwindelanfällen in der Bevölkerung, für die jede medizinische Erklärung fehlt und die in unmittelbaren Zusammenhang mit der radioaktiven Anreicherung der Erdatmosphäre als Folge der Wasserstoffbombenversuche gebracht werden.

Zwei Berichte

Inzwischen liegen Gutachten amerikanischer und britischer Forschungsgremien vor, die vor neuen H-Bomben-Tests warnen. Der *medizinische Forschungsrat* der britischen Regierung stellte fest, daß eine Erweiterung der gegenwärtigen Wasserstoffbombenversuche zu einer ernststen Gefahr für die gegenwärtig lebende Generation werden kann. Die Niederschläge nach einer Atomexplosion enthielten gewisse Mengen radioaktiver Elemente, die zur Anlagerung von Strontium im Knochen-System des Menschen führen und deren „innere Strahlung“ viele Jahre lang die Radioaktivität behält. Dieses gefährliche radioaktive Element kann dem menschlichen Körper mit Trinkwasser und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zugeführt werden. Es sammelt sich im Knochenmark und kann zu Verformungen und zu Krebs führen, wenn entsprechende Mengen vorhanden sind. Wenn die Zahl der gegenwärtigen Explosionsversuche weiter erhöht wird, können bei den jetzt lebenden Menschen verhängnisvolle Wirkungen eintreten. Auch wenn die Versuche nur im bisherigen Umfang weitergingen, werde der Gefahrenpunkt in absehbarer Zeit erreicht sein. In einem Bericht der *Amerikanischen Akademie der Wissenschaften* werden rigorose

„Kontrollen zur Verhinderung von Strahlungsschäden“ gefordert. Man empfiehlt die Einführung eines Systems zur Messung und Registrierung aller Strahlung, der „jeder einzelne Amerikaner zu Lebzeiten ausgesetzt ist“, sowie die Beschränkung der durch Menschen ausgelösten Strahlung (einschließlich der Röntgenstrahlung), die auf die Vererbungsorgane wirken. Auch dieser Bericht bestätigt, daß jede Erweiterung der Atomwaffenversuche die Gefahren an den kritischen Punkt heranführt. In dem Bericht heißt es, hinter allen Erörterungen, die sich auf eine friedliche Entwicklung der Atomenergie beziehen, „steht allerdings notwendigerweise das Gespenst eines unbeschränkten Atomkrieges“. Eine einzige Wasserstoffbombe kann über Hunderte von Kilometern und damit weit über die eigentliche Vernichtungszone hinaus zu schweren Schädigungen führen. Die gesamte Erde oder jedenfalls große Teile der Erdoberfläche wären für den Menschen unbewohnbar, wenn in einem Kriege auch nur eine begrenzte Anzahl von H-Bomben zur Explosion gebracht würde. Die möglichen Auswirkungen eines Atomkrieges, so heißt es in dem Bericht, „habe man bei den bisherigen Untersuchungen weitgehend unberücksichtigt gelassen“. Man habe sich hauptsächlich auf die bei der friedlichen Entwicklung der Atomenergie entstehenden Probleme beschränkt. Als sicher wird erklärt, daß die Strahlung des „Niederschlags“ der Atombomben unweigerlich die menschlichen Nahrungsquellen verseucht. Aus dem englischen wie aus dem amerikanischen Bericht folgt eindeutig, daß es einen Schutz gegen sicheren Untergang der Menschheit im Falle eines Atomkrieges nicht gibt. Damit wird zugegeben, daß alles Gerede über zivilen Schutz für die Bevölkerungen im Falle eines Atomkrieges bewußte Irreführung der Weltöffentlichkeit ist. Es folgt ferner daraus: daß auch bereits die Fortsetzung der H-Bombenversuche im bisherigen Ausmaß in kürzester Zeit zu einer Bedrohung für den biologischen Bestand der Menschheit auch ohne Atomkrieg führt. Sicher folgt daraus, daß eine Erhöhung des Tempos und eine Vergrößerung des Umfangs dieser Versuche die Selbstvernichtung der Menschheit bewirkt.

Wie lange wollen sich die Völker diese Bedrohung ihres Daseins noch gefallen lassen? Wann endlich fordern sie den Galgen

für alle Atomverbrecher, ganz gleich, ob die Versuche in Ost oder West gestartet, ob sie von Truman, Eisenhower, Chruschtschew, Bulganin oder Eden u. a. befohlen oder gerechtfertigt werden. Wir rufen den Notstand der Welt aus angesichts einer im Vollzuge befindlichen atomaren Selbstvernichtung der Menschheit. Wir erklären die an Planung und Durchführung weiterer atomarer Verbrechen Beteiligten als außerhalb der Gesetze stehend. Schon der „Versuch“ ist strafbar.

Atomschutz

Inzwischen diskutierte das *Max-Planck-Institut für Biophysik* in Frankfurt die mit dem Schutz der Bevölkerung und des Einzelnen vor Schäden durch radioaktive Strahlung zusammenhängenden Probleme. Der Präsident der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz Bad Godesberg, Hampe, sprach auf der Tagung über die Frage, „wie die Bevölkerung vor atomaren Gefahren geschützt werden soll“. Er forderte, daß sich der Schutz — außer auf Betriebsunfälle in Atomanlagen und auf Kontrolle weiterer radioaktiver Anreicherung der Luft und der Niederschläge durch fortgesetzte H-Bomben-Explosionen — auch „auf die Anwendung von Atomwaffen im Kriegsfall“ erstrecken müsse. Hampe erklärte, wenn auch die Anwendung von Wasserstoffbomben der politischen Staatsführung vorbehalten sei, so müsse doch mit der militärischen Anwendung taktischer Atomwaffen gerechnet werden. Eine solche Bagatellisierung des Atomproblems von einem Präsidenten der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz! Weiß dieser Mann nicht, daß in jedem Falle sowohl Atombomben wie H-Bomben der sogenannten „politischen Staatsführung“ vorbehalten sind? Allein diese entscheidet über den Einsatz der einen wie der anderen Vernichtungsmittel. Zudem: Taktischer H-Bomben-Einsatz im Atomkrieg ohne gleichzeitigen H-Bomben-Einsatz gegen das Hinterland wird von den Atomstrategen nicht einmal als Möglichkeit erwähnt. Wenn solche Annahmen zur Grundlage ziviler Luftschutzplanungen gemacht werden, für die Milliarden verausgabt werden sollen, sind sie verderblich. Man ist verpflichtet, denjenigen Sachverhalt der Planung zugrunde zu legen, der nach den Erklärungen der Atomstrategen konkret vorliegt. Danach ist die Atomstrategie im Ablauf ihrer Vernichtungsphasen und Einsätze unteilbar. Und zwar setzt sie den Höhepunkt der strategischen Gesamtvernichtung durch H-Bomben gerade an den Anfang.

Präsident Hampe mußte selbst zugeben, daß das Problem des Schutzes der Zivilbevölkerung in Wirklichkeit unlösbar ist. Darüber sind sich auch die Spitzen der westdeutschen Luftschutzbehörden durchaus klar, aber sie wagen es nicht, solche Wahrheit öffentlich auszusprechen, da jeder dann zu dem Ergebnis gelangen muß, daß das zivile Luftschutzgetue für den Atomfall sinnlos und alles Geld dafür zum Fenster hinaus geworfen wird. Man glaubt sich genötigt, der Öffentlichkeit die unverhüllte Wahrheit in dieser Frage vorzuenthalten, zumal man sonst seinen „Laden zumachen“ könne. Sogar die Voraussetzungen, von denen man ausgeht, um auch nur einen „Rest der Bevölkerung“ vor der sicheren Vernichtung zu retten, sind in Anbetracht des Chaos im Ernstfall illusionär.

Hampe teilte mit, zur Zeit bestehe bei uns zwar noch keine akute Gefahr infolge der radioaktiven Anreicherung der Luft und Niederschläge. Aber der Spiegel „radioaktiver Teilchen“ steige immer höher an, wie die Beobachtungsstationen Freiburg im Breisgau und Heidelberg durch laufende Messungen festgestellt haben. Es sei eine Erweiterung des Netzes von Beobachtungsstationen in Verbindung mit den Wetterstationen vorgesehen. In zwei Jahren könne etwa mit 10 derartigen Stationen gerechnet werden, welche die Atmosphäre ständig auf radioaktive Anreicherung überprüfen. Die Untersuchungen über die Wirkung radioaktiver Niederschläge bei Anwendung der sogenannten Drei-Phasen-Bombe habe noch zu keinen endgültigen Ergebnissen geführt.

Es seien verschiedene Kommissionen gebildet worden, um wissenschaftliche Grundlagen für den zivilen Luftschutz zu schaffen, zum Beispiel die „Dosis-Kommission“, welche die „Toleranz“-Dosen festlegt, ferner die Kommission zur Abschirmung von Baustoffen gegen Gamma-Strahlen, des weiteren für Strahlen-Meßgeräte zur Prophylaxe und Therapie bei Strahlenkrankheiten, ferner für radioaktive Niederschläge, für Entgiftungsfragen, für den Schutz der Lebensmittel, Nutztiere und Gewässer; es seien Richtlinien erlassen worden für Schutzraumbauten, Strahlenmeßgeräte, Schutzbekleidung und Ausbildung der Helfer, sowie für die Herstellung von Schutzmasken für den Einzelschutz. Die praktische Ausbildung der Helfer stehe noch im Anfangsstadium. Ärzte müßten in systematischen Strahlenschutz-Kursen ausgebildet werden, desgleichen Physiker und Ingenieure. Bei den Schutzmaßnahmen, meinte Hampe, gebe nicht so sehr der

unmittelbare Schutz des Menschen Probleme auf (1), als vielmehr der Schutz der Feldfrüchte und der offenen Gewässer, die noch in weiter Entfernung durch niedergeschlagene radioaktive Stoffe „verseucht werden können“. (Siehe Japan, Verseuchung auf 4000 km, vgl. nebenstehende Karte).

Auf die Idee, daß der Atomkrieg selbst wirksam verhindert werden muß, wenn auch nur im minimalsten Sinne von Schutz für den Menschen die Rede sein soll, kommt Hampe offenbar nicht. Selbst alle seine Überlegungen und Vorkehrungen, die unter Annahme des Atomfalles getroffen werden, sind eitel Selbstbetrug. In der geopolitischen Lage unseres Volkes können im Ernstfall nicht einmal die primitivsten Bedingungen des Strahlenschutzes, etwa das Vorhandensein von reinem Wasser zum Waschen, Abspülen oder gar Genuß für den Menschen sichergestellt werden. Wissenschaft und Technik stehen der entfesselten Barbarei hilflos gegenüber. Man fragt sich, warum diejenigen, die angeblich so sehr und nüchtern um die Erhaltung und den Schutz des Menschen besorgt sind, nicht alle verfügbaren Kräfte und die Milliarden einsetzen gegen diejenige verbrecherische Politik, die auf derartige die Menschheit gefährdende Entwicklungen hindrängt. Sind die Atomschutzbeflissenen selbst, so muß man sich fragen, nicht — bewußt oder unbewußt — Helfershelfer der Vernichtungsplaner und Handlanger der modernen Massenmörder? Können sie vor sich selbst bestehen, wenn sie als Spezialisten der Lage und im vollen Wissen um die Dinge, wenn auch nur in leichtfertiger Handhabung ihrer Tätigkeit, Atomschutz als Selbstbetrieb einer teuren bürokratischen Apparatur betreiben?

H-Bombe auf London

Mitte Mai beschäftigten sich militärische Einheiten des zivilen Luftschutzes in Groß-London mit dem Problem eines fingierten nuklearen Angriffs auf die britische 8-Millionen-Stadt. Es war die erste gemeinsame Übung dieser Art in England, aus der eine Reihe wichtiger Schlüsse gezogen werden konnte. Es wurde angenommen, daß eine einzige 10-Megaton-H-Bombe auf Westminster gefallen war, nachdem vorher einige vorbereitende kleinere Atombomben auf Birmingham, Yarmouth und Dover geworfen worden waren. Im Resultat stand fest: Innerhalb eines Radius von 6 km herrschte völlige Vernichtung, bis zu 8 km äußerst schwere Zerstörung. In weiterem Umkreis bis zu 21 km vom Nullpunkt der



Explosion herrschten Zerstörungen „von schwer bis mäßig“. Man rechnete mit der Vernichtung von 4 Millionen Menschen, obwohl unterstellt worden war, daß vorher Massensiedlungen aus der 8-Millionen-Stadt stattgefunden hatten. Überlebende konnten sich als „mit Glück behaftet“ bezeichnen. Die Todesopfer an der 21-km-Grenze hätten eben „Pech gehabt“. Die militärischen und zivilen Planer, so heißt es, seien sich bewußt, daß im Ernstfall von den zur Verfügung stehenden Rettungs- und Feuerbekämpfungsorganisationen, die von allen Seiten herangezogen wurden, nur ein Bruchteil derjenigen gerettet werden könnte, die im Planspiel als gerettet betrachtet wurden (ganze 100 000). Im Ernstfall aber käme hinzu, daß es sich um den Abwurf von vielen H-Bomben handelt, die über das ganze Land verteilt abgeworfen werden.

Die Londoner Übung sollte den militärischen und zivilen Stabsstellen ein Bild der im Ernstfall zu lösenden Probleme vermitteln. Es wurde gefolgert, daß vor allem die Soldaten „umlernen“ müßten (bessere Anpassung des Menschen an das Abnorme der Barbarei). Die Bedeutung des Militärs, so heißt es, liege im Atomfall allein „in der Bereitstellung einer Truppe gesunder und disziplinierter Männer“, die in erster Linie für Rettungsarbeiten, Schutträumungen und — man höre und staune — „zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ benötigt würden. (Man sieht, der Schwachsinn treibt nicht nur bei uns zulande seine Blüten.) Weiter heißt es: Man sei davon abgekommen, Truppen für besondere Arbeiten, etwa zur aushilfsweisen Tätigkeit in der Landwirtschaft und in den Fabriken,

abzustellen. „Die Zivilisten könnten das besser, und außerdem würde es im Ernstfall gar nicht genügend Soldaten geben.“ (General Festing.) Eines der Hauptprobleme sei die „Verringerung der Flüchtlinge und obdachlosen Massen“. Dies sei in dem Sinne zu verstehen: „Wer nicht unbedingt fliehen müsse, solle unter seinem Dache bleiben — so er noch eines hat.“ Eine starke Hauswand oder Kellerwohnung verringere immerhin die tödliche Wirkung des nuklearen Ausfalls um 20%. Wer die „erste Stoßwirkung der Bombe“ in seinem Hause überlebt habe, könne damit rechnen, noch einmal „mit dem Leben davonzukommen“. Aber auch das dürfte ein tödlicher Irrtum sein, da auch die Überlebenden der „ersten Stoßwirkung“ mit an Wahrscheinlichkeit grenzender Sicherheit das Opfer der 1000 anderen Folgen der H-Bombardierung würden (Hunger, Seuchen, Strahlungsschäden, Obdachlosigkeit).

Mondlandschaft in der US-Sonne

Der Leiter des Osteuropa-Instituts, Professor Koch, erklärte, die Tragik Deutschlands liege darin, daß es als „Mondlandschaft in der Interessensphäre der US-Sonne“ den verbreiterten Küstenstreifen gegenüber dem amerikanischen Kontinent, gleichzeitig aber auch die Brücke zwischen der Sowjetunion und dem Atlantik darstelle. Deutschland sei zum Kreuzungspunkt (besser: Kreuzzugspunkt!) einer durch Atomwaffen veränderten „maritimen Weltlage“ geworden.

In Frankfurt stand die wehrpolitische Situation dieser „Mondlandschaft“ in einem Diskussionsabend des *Ortskuratoriums „Unteilbares Deutschland“* zur Debatte. Adelbert Weinstein unterzog die sogenannte Militärplanung der Bundesrepublik im Rahmen der atlantischen Strategie einer vernichtenden Kritik. Solange die Deutschen keine Nation seien, bleibe eine allgemeine Wehrpflicht sowohl aus militärischen wie menschlichen Gründen wie unter dem Aspekt der atomaren Revolution wirkungslos.

General a. D. von Senger und Ettelin forderte „optimistisch zu bleiben und Opfer für die Freiheit aller, nicht nur der Deutschen zu bringen“. Er warnte vor einem „deutschen Neutralismus“ und einer „zu häufigen Anmeldung unserer Wiedervereinigungsansprüche“. Wann erhebt sich das deutsche Volk endlich gegen solche militanten Zyniker, deren Romantizismus in einer Zeit offener Barbarei zur Gefahr für den Bestand von „Volk und Vaterland“ wird!

Das gleiche gilt für die Forderungen des Bundestagsabgeordneten der CDU, Admiral Heye, der seine bereits im Bundestag propagierte Bundesschutzdienstpflicht wiederholte, „die alle Staatsbürger in irgendeiner Form erfassen“ solle. Dieser Mann sagt, einem totalen Krieg müsse eine totale Verteidigung gegenübergestellt werden. Die daraus von ihm geforderte Bundesdienstpflicht solle auch alle Frauen erfassen. Übungen für die Männer verlangt Heye für jeden zweiten Sonntag. Heye stellt die Forderung nach totaler Mobilmachung des Sozialkörpers der Nation. Das ist die Forderung nach einem militanten Totalitarismus. Was heißt: dem totalen Krieg muß eine totale Dienstpflicht gegenüber gestellt werden? Das kann nichts anderes bedeuten, als: dem totalen Massenmord muß die totale Erfassung und Verpflichtung aller Staatsbürger zur Begehung von Menschheitsverbrechen und Teilnahme an Massenmord „gegenübergestellt“ werden. Etwas anderes kann das nach Lage der Dinge nicht bedeuten. Es gibt keinen Irrtum über das, was totaler Krieg im Atomzeitalter bedeutet — erst recht nicht für einen Admiral. Dieser muß wissen, was er redet. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Heye nicht nur „irgendeine Form“, sondern eine totale Erfassung aller Staatsbürger propagiert. Vielleicht ist der Admiral sich nicht darüber im klaren, daß er hier eine Forderung stellt, die gegen Art. 25 und Art. 26 sowie gegen Art. 1 und 2 und 20 der Verfassung verstößt und daß jeder Staatsbürger berechtigt ist, gegen ihn als Abgeordneten Klage nach Art. 19 Abs. 4 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 3 wegen Gefährdung der staatsbürgerlichen Grundrechte sowie der rechtsstaatlichen Ordnung zu erheben. Für die Öffentlichkeit ist es wesentlich zu wissen, mit welchen Plänen sich diejenigen Leute befassen, denen man den Auftrag zur Vertretung christlicher Interessen in einem Rechts- und Ordnungsstaat gegeben hatte.

Auf der Frankfurter Tagung wies der Wehrbeauftragte der SPD, Bärmann, daraufhin, eine Bundesarmee sei nur notwendig, „um einen eventuellen gewaltsamen Wiedervereinigungsversuch der sowjetzonalen Volksarmee — bei Nichtintervention der Großmächte — entgegenzutreten“. Erich Mende, FDP, leistete sich eine Definition des „militärischen Nihilismus“. Die Verwirrung ist so total, daß nicht einmal in der Bestimmung dessen, was Nihilismus und Barbarei ist, übereinstimmende Auffassungen herrschen. Mende verwechselt

Abstinenz vom Nihilismus mit diesem selbst (paradox), weil er vergißt, daß es zur militärischen Abstinenz nur deshalb kommt, weil der militärisch-strategische Nihilismus der Staats- und Militärführungen von heute zur Distanzierung jedes anständigen und vernünftigen Menschen von Wahnsinn und Verbrechen zwingt. Mende gibt zwar zu, ein Atomkrieg sei nicht mehr möglich, nachdem die Ablösung des Flugzeugs durch Raketen bevorsteht, die mit einem Aktionsradius von 3000 km einsatzbereit sind. Wenn man aber trotzdem mit der Möglichkeit des „militärischen Nihilismus“ rechnet, nützen alle Aufregungen und Proteste gegen den Nihilismus und auch die Erkenntnis nichts, daß ein Atomkrieg nicht mehr möglich sei.

General a.D. *Dethlefsen* meinte, 200 000 zuverlässige Soldaten für einen Krieg mit konventionellen Waffen seien besser als 500 000 Mann weniger zuverlässige, „von denen viele nicht einsähen, wofür sie kämpften“. Wofür sie kämpfen, wüßten allerdings nicht einmal die „Zuverlässigen“.

Die Diskussion zeigt, wie hoffnungslos verwirrt und naiv die militärischen Klassiker dem atomaren Geschehen gegenüberstehen. Es ist eine strafbare Illusion, heute noch mit der Annahme eines Krieges mit konventionellen Waffen unter hoch gerüsteten Atomblöcken zu spekulieren. Man will offenbar nicht wahrhaben, was vor aller Welt offenkundig ist: Der totale Krieg fällt auf dem Höhepunkt seiner Perversion nicht in den klassischen Krieg zurück, auch wenn das bestimmte Kreise noch so sehr wünschen und hoffen. Er kann nur in eine neue Weltepoche jenseits des Krieges ausmünden. Vermutlich gehört allerdings mehr als ein romantisches Denken dazu, um den vollen Umfang der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Krise zu erfassen. Die Militärs haben ihn nicht erfaßt. Sie wollen nicht einmal glauben, was sie sehen.

Atomdiskussion in den USA

Inzwischen geht in den USA die Diskussion um die atomare und nukleare Strategie weiter. *Walter Lippman* warnte die Militärs, ihre strategischen Auffassungen weiterhin nach den Erfahrungen des Korea-Krieges auszurichten. Er meinte, der „Schutz Europas vor einem sowjetischen Angriff“ könne nur durch atomare Garantie durch die USA sichergestellt werden. Seitdem Moskau sich zur vollwertigen Atommacht entwickelt habe, werde die Vorstellung klassischer Verteidigung mit

Infanterie und konventionellen Waffen den Tatsachen nicht mehr gerecht. Inzwischen fordert der als „Bomber-Harris der USA“ im Zweiten Weltkrieg „berühmte“ und jetzige Oberbefehlshaber des Strategischen Bomberkommandos der US-Streitkräfte, *Curtis LeMay*, die Bewilligung weiterer Mittel zur Erweiterung des Strategischen Bomberkommandos, da nach seiner Auffassung „die internationalen Raketen mit Wasserstoff- und Sprengstoffköpfen erst in frühestens fünf Jahren einsatzbereit“ seien. Er sagte, über die Diskussion um die Raketenwaffen dürfe die einzige zur Zeit kampfbereite strategische Waffe, das Bomberkommando nicht vernachlässigt werden.¹⁾

Eine Gruppe von Wissenschaftlern und Technikern der USA hatte kürzlich die drei Waffengattungen beschuldigt, bei der Entwicklung moderner Waffen bisher „zu wenig Mut und Phantasie“ gezeigt zu haben. Daher forderte Präsident Eisenhower alle drei Waffengattungen auf, ihre Forschungsprogramme für die Entwicklung moderner Waffen zu verbessern, damit sie dem Vorwurf entgehen, mit den Erfordernissen der Zeit nicht Schritt zu halten.

Die Technik selbst zwingt den Strategen das Gesetz des Handelns auf. Jetzt wird bekannt, daß die US-Regierung alle Konstruktionsaufträge für ein Langstrecken-Jagdflugzeug und ein Kampfflugzeug mit Überschallgeschwindigkeit zurückgezogen hat, um alle Konstruktionsanstrengungen auf die Entwicklung unbemannter Flugzeuge und ferngesteuerter Raketen zu konzentrieren.

Als Kernproblem aller strategischen Erwägungen gilt zur Zeit in den USA die Frage, ob die strategischen und taktischen Luftstreitkräfte auf Kosten des Heeres ausgebaut werden sollen. Die Entwicklung geht auf den Abbau der klassischen Waffen und zielt auf völlige Umstellung auf den Primat der Luftstrategie hinaus. *Eisenhower* antwortete auf die Frage, „ob Amerika in der Lage sei, einen modernen Krieg in 24 Stunden zu gewinnen“, man könne in diesem Zeitraum zwar die Industriezentren des Gegners vernichten, aber niemals wissen, wohin der zu erwartende Gegenschlag treffe. *Eisenhower* forderte die Verbündeten der USA auf, sich auf die totale Luftstrategie umzustellen. Zu der Bemerkung Chruschtschows, daß die Sowjetunion bald über ferngelenkte Geschosse mit H-Bomben-Kopf verfüge, die überall in der Welt ans Ziel gebracht

¹⁾ Vgl. hierzu *Gemeinschaft und Politik* Nr. 1 und 2/1956.

werden könnten, erklärte er, er habe keinen Grund zu der Annahme, daß diese Bemerkungen nicht den Tatsachen entsprächen. Indessen, versuchte er abzuschwächen, vom Laboratorium bis zum wirkungsvollen Kriegsinstrument sei ein weiter Weg. Die Lenkungseinrichtung dieser Geschosse sei außerordentlich kostspielig(!) und es sei noch fraglich, wann derartige Geschosse zweckmäßig hergestellt werden könnten. Fernlenkgeschosse seien vor allem eine psychologische Waffe, da die Menschen mit ihnen die Vorstellung von in riesigen Höhen transportierten und mit vernichtender Wirkung explodierenden Wasserstoffbomben verbänden. Doch könnten heute auch Bomber in großen Höhen und mit unerhörter Geschwindigkeit Ziele anfliegen und nur unter Schwierigkeiten angehalten werden, und sie vermöchten ebenfalls Explosivwaffen von verheerender Gewalt mitzuführen. Ferngelenkte Geschosse würden nur als Verstärkung einer bereits bestehenden Waffe eingesetzt werden. Ihre Herstellung erfordere riesige Geldmengen und lange Zeit. In den USA werde an diesem Projekt mit Hochdruck gearbeitet. Die Ausgaben hierfür hätten eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden könne.

Der Kommandeur der 2. Taktischen Luftflotte der Atlantikpakt-Streitkräfte, die in Nordwestdeutschland stationiert ist, *Earl of Badon*, erklärte Anfang Juni in Bad Godesberg, die Einführung der Atombombe habe die Luftwaffe zu einer neuen Strategie gezwungen. Die Neutralisierung der feindlichen Atomschlagkraft erfordere den A-Bomben-Einsatz auch durch die taktische Luftflotte. Zu gleicher Zeit erklärte der atlantische Oberkommandierende in Europa, General *Gruenther*, vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß in Washington: Unsere Strategie basiert jetzt auf Atomwaffen.

Man fragt sich, woher unsere Generale a. D. angesichts solcher Versicherungen noch den Mut zu ihrer Spekulation auf klassische und konventionelle Kriegführung hernehmen (Dummheit oder Absicht?) Es mag genügen, was Feldmarschall *Montgomery* etwa gleichzeitig vor der Bonner Presse erklärte: Der Westen solle beim ersten Anzeichen einer Aggression Atombomben werfen (selbstverständlich auch auf die deutsche Landschaft in der US-Sonne, offenbar um diese in eine „Mondlandschaft“ zu verwandeln). *Montgomery* hatte wörtlich hinzugefügt: „Ich würde mich um die Folgen nicht kümmern, sondern würde eine Bombe auf jeden werfen...“

Werft die größte Bombe auf sie, die ihr habt. Erledigt sie!“ Diese Leute haben das Londoner Statut vom 8. August 1945 zur Bestrafung von Kriegsverbrechen und von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterzeichnet und auf Grund dieses Statuts in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilt und diese Urteile vollstreckt. Sind sie sich darüber im klaren, daß sie sich mit ihren Statuten und Urteilen das eigene Todesurteil gesprochen haben? Hoffentlich haben sie Strang und Galgen von Nürnberg gut aufbewahrt...

„Aufklärungsarbeit“ bei uns

Im neuen Haushaltsplan der Bundesrepublik wurden 8 Millionen DM für „Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungsfragen“ veranschlagt, 1,8 Millionen DM davon sind als Kosten für die Freiwilligenwerbung festgelegt. 400 000 DM sind allein für „Werbung über den redaktionellen Presse-Teil“ (!) vorgesehen. Für Ausbau und Verwaltung der neuen Militärmacht sind 1 593 396 300 DM festgelegt. Zur Verfügung des Bundesministers für Verteidigung stehen 700 000 DM für „außerordentliche und unvorhergesehene Aufgaben“ bereit. Dazu kommt der „Reptilienfonds“ des Bundeskanzlers für gleiche Zwecke in Höhe von 200 000 DM.¹⁾

Nach Aufgabe des Bundesverteidigungsministeriums dienen alle diese Ausgaben für Werbung „zur Herstellung und Vertiefung einer inneren Wehrbereitschaft der deutschen Öffentlichkeit und zur Förderung des Verständnisses für den deutschen Verteidigungsbeitrag.“ Dazu sei wirksame Aufklärungsarbeit im In- und Ausland unerlässlich. Die Mittel werden dem Bundespresseamt „zur selbständigen Bewirtschaffung“ zugewiesen.

Diese sogenannte Aufklärungsarbeit wird das Volk hoffentlich über die wirkliche Lage „aufklären“ und zu einem „tieferen Verständnis“ für die atomare Veraschungskonzeptionen führen.

¹⁾ Die monetäre Presse-„Zensur“ und das totalitäre Informationswesen sind damit nur ansatzweise erfaßt. Eine Reihe weiterer Propagandafonds wird die Verstaatlichung der Meinungsbildung fortsetzen. Allein ein Betrag von 5 Millionen DM (von 23 Millionen DM für die Organisation Gehlen) ist im Haushalt des Bundeskanzleramtes für „allgemeine nachrichtendienstliche Aufgaben“ vorgesehen. Auch dieser Posten „unterliegt nicht der parlamentarischen Kontrolle“. Das Volk aber bezahlt mit seinem Steueraufkommen seine eigene Entmündigung und geistige Versklavung, wobei Parteien als Geburtsheifer der Unfreiheit fungieren.

Der Reichsfreiherr vom und zum Stein

Gedanken zu seinem 125. Todestag am 29. Juni

HANS W. HAGEN

Es gibt Menschen, die mit ihren Gedanken das Neue heraufführen. Andere sind die Täter, die durch ihr politisches Handeln dann den Raum für ein neues Denken schaffen. Selten nur, daß in einen Menschen beides zugleich gelegt ist: die denkerische wie die politische Tat. Wir können ermessen, wie stark die Kraft der Seele und des Geistes sein muß, soll die Polarität der beiden menschlichen Betätigungen in einem Geist umfaßt und vereint werden. Er kann es nur, wenn er durch den Charakter gestützt ist. Wir haben in unserer Geschichte geniale Schöpfer, Denker und Täter, — aber, wenn wir das übergreifende Moment des Charakters dann als Forderung und Maßstab setzen, wird auch diese stolze Schar wohl dezimiert. Jedoch, selbst in dieser letzten Auslese bleibt einer immer in dieser höchsten Elite: Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein.

Alle Vorbedingungen für diese letzte Prägung seiner Persönlichkeit waren gegeben: das alte Blut, der wache Geist, der musische Sinn und die leidenschaftliche Seele des Menschen, der sich nun hineingestellt sah in Pflicht und Not, Niederbruch und Wiederaufstieg, Elend der Wirklichkeit und Sehnsucht der Rettung seines Volkes. Er erkannte sich als passiver wie aktiver Teil in diesem Umschmelzungsprozeß und war bereit, in ihm selbst zu verglühen.

Seine Gegenspieler Napoleon und Metternich hatten alles für sich, was den kleinen Augenblick jeweils stärkt und stützt: das starre Staatsgefüge und die militärische Macht, das Erreichte, den Besitz und dessen Mehrung, — bei Napoleon die Ausweitung der Traditionen Ludwigs XIV. auf Europa, bei Metternich die Habsburger Stagnation. Stein dagegen blieb die dunkle Drängnis, das Getriebensein in eine geistige wie politische Zukunft, die Erwartung der Evolution im Gegensatz zu Restauration und Revolution, Verteidigung des Alten sowie dessen beharrliche Weiterführung, das gilt auch, es mag nur in den vordergründigen Erscheinungen paradox klingen, für Napoleon und sein Herkommen aus der Französischen Revolution. Entwicklung des Neuen aus gesunder Tradition, Aufrichtung eines geistigen wie politischen Leitbildes, — das ist Steins seelischer Impetus.

Bewahrung eines Erbes und dessen geschickte taktische Anpassung an die jeweiligen Forderungen der Gegenwart, das sind Napoleons Absichten ebenso wie die Metternichs, und ihre Seinshaltungen sind nur graduell, aber nicht grundsätzlich verschieden. Das Ergriffensein vom Neuen und daraus der Zwang zu lebendiger Schöpfung, das beseelt den Reichsfreiherrn und muß ihn zwangsläufig in die Gegnerschaft zu Paris und Wien treiben. So ordnen sich die geistigen Fronten, wenn man nur die nötige Höhe der Sicht auf das politische Schlachtfeld von damals gewinnt

Entwicklung und erste Reformpläne

Stein gehört zu den schweren Naturen, die langsam wachsen. Er ist zwei Jahre älter als Schiller und erlebt als 49jähriger die Auflösung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“. Aber dieser Akt ist insgeheim eine Auf-

spaltung der politischen Willensrichtung in den Zwang zur Stagnation einerseits und den Willen zur Revolution andererseits. Er hat eine Zweiteilung und gleichzeitig eine Polarität zur Folge: Österreich und Preußen. Dazwischen stehen, gleichsam als politische Petrefakten aus der staatlichen Sturmflut des Dreißigjährigen Krieges, die Territorialfürsten, die auch in dieser Polarität aufgehen müssen und selbstverständlich dem restaurativen Österreich zuneigen.

Stein studiert in Göttingen, jener Universitätsgründung aus aufgeklärtem Geist. Noch sechs Jahre nach seinem Tod war dort der Geist wach, der dem jungen Staatsrechtler eingepägt wurde und der dann die „Göttinger Sieben“ zu ihrer Verteidigung von Recht und Verfassung trieb. Wie Goethe verbringt er seine Referendarzeit am Reichskammergericht in Wetzlar; von dort geht er über Mainz, Regensburg nach Wien an den Reichshofrat. Wie Goethe ist er vom Reichskammergericht entsetzt über dessen Abtrift vom lebendigen Strom; aber auch in Wien erlebt er nur die Atmosphäre der Niederlage und die Ressentiments gegen das aufstrebende Preußen. Hier erkennt er aber auch, daß Friedrich dem Großen nicht mit abschätzender Verachtung oder mit Haßgefühlen beizukommen ist, sondern daß Deutschland als Vision nur verwirklicht werden kann, wenn man die Polarität Preußen — Österreich erfaßt und als Lebensspannung begreift, aus der die neuen politischen Energien für Europa fließen müssen.

So endet seine staatsrechtliche Ausbildung folgerichtig in Berlin. Es ist der gleiche Weg, den die Soldaten Blücher, Yorck, Scharnhorst und Gneisenau mit ihm und nach ihm dann Moltke gingen, wenn sie aus ihren jeweiligen „Ausländern“ schon instinktiv angezogen wurden vom neuen Kräftezentrum Preußen. Ja, selbst Hardenberg war von Hause aus kein „Preuße“, so wenig wie Niebuhr oder Eichhorn, — und Hegel, der den neuen preußischen Staat dann geistig überwölbte, war aus Schwaben gekommen.

Im Jahre 1793 wird Stein Kammerpräsident in Westfalen. Hier, auf einem westlichen Vorposten, erlebt er die Französische Revolution. Schon bemerkt er erschreckt den geistigen Hochmut des Berliner Hofes, der sich überheblich den Ereignissen in Paris ebenso verschließt wie Wien oder die Territorialfürsten am Rhein, — mit dem Ergebnis, das für Preußen dann Tilsit, für Wien die Reihe der Niederlagen von Austerlitz bis Wagram und für das Rheinland schließlich Jérôme und sein Königreich Westfalen hieß.

Stein dagegen kann in einem der wenigen politischen Räume, wo die germanische Kontinuität noch wirkte, die Vergleiche anstellen zwischen der Demokratie des Westens, wie sie damals in Paris aus rationalistischem Kalkül konstruiert wurde, und der gewachsenen Leistungsdemokratie germanischer Herkunft, wie sie gerade im westfälischen Raum sich erhalten hatte. Sein Blick nach außen schärfte ihm seine Sinne für die Aufgabe nach innen, als er die Angliederung Westfalens an Preußen im Sinne der Hinführung eines neuen eigengearteten Gemeinwesens an ein größeres Ganzes vollzog. Es galt, die alten Rechte zu wahren — etwa die Kirchenprivilegien von Münster und Paderborn — und das Land vor einer Säkularisation im bindingslos-aufgeklärten Geiste zu bewahren. Wem allerdings die Schockwirkung der Säkularisation und die daraus erhoffte Reaktion mehr liegen, dem wird die behutsam-organische Weiterführung, die Verbindung von Tradition und Fortschritt des Protestanten Stein diesen katholischen Bistümern gegenüber weniger beachtens- und rühmenswert erscheinen.

Aufstiege und Stürze

Doch dies alles blieb Vorspiel und Vorbereitung auf die große Aufgabe. 1804 krönt sich Napoleon zum Kaiser, und wenige Wochen vorher war Stein zum Minister für Wirtschaft nach Berlin berufen worden. Kanzler war Hardenberg, und es ist klar bei der Wesensverschiedenheit der Männer, daß der Kampf kurz über lang ausbrechen mußte. Es war, wie so oft in Deutschland: der Hauptfeind vor den Toren — und Zwist in der eigenen Burg. Hardenberg regiert wie Metternich; er bewahrt die alten Staatsprinzipien, verschließt sich jeder aus innen drängenden Form — bei mancher Angleichung äußerer und äußerlicher Maßnahmen — und denkt gar nicht daran, den durch die Pariser Ereignisse erschütterten absolutistischen Gedanken der Monarchie neu zu beleben. Dem Rationalisten Hardenberg war es nicht gegeben, den seelischen Drang des Volkes zu spüren und seinen Maßnahmen als treibende Kraft einzugeben. Kabinett und Kamarilla schließen den Herrscher vom Volk ab. Steins Denkschrift zur Reform dieser Zustände mit dem Ziel einer lebendigen und dynamischen Durchdringung aller Glieder der Nation wurde vom Kanzler unterschlagen und dem König niemals vorgelegt. Und dies alles ein halbes Jahr vor Jena und Auerstädt! Es will dem rückschauenden Auge erscheinen, als ob auf dem Schlachtfeld äußerlich und für alle erkennbar der Untergang Preußens vollzogen werden mußte, den es sich selbst längst bereitet hatte.

Mit dem Sieg Napoleons war aber im Grunde doch die Augenblicks-Konjunktur und die Kompromißbereitschaft in Preußen geschlagen. Der Charakter und das Nationalbewußtsein wurden befreit, als der Sieger seine Maske fallen ließ mit dem Diktat seiner Waffenstillstandsbedingungen. Jetzt zeigte es sich, daß Stein recht behalten hatte sowohl mit seiner Lagebeurteilung als auch mit seinen Voraussagen und seinen Vorsichtsmaßnahmen. Deren wichtigste war die Rettung und Überführung des Staatsschatzes nach Königsberg. Aber die wenigen restlichen Wochen des Unglücksjahres 1806 genügten, um die Kamarilla der Feigheit wieder das Ohr des wankelmütigen Königs gewinnen zu lassen. Am 3. Januar wurde Stein entlassen. Jedoch selbst die Verdrehung seiner Absichten konnte ihn nicht am Ziel irre machen. Heimgekehrt auf sein Schloß in Nassau vergrub er sich nicht in Ressentiments; — er, den man mit den Worten davongejagt hatte, er sei „weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft, persönlichem Haß und Erbitterung“ — er schrieb als Antwort auf Ereignisse und persönlich angetane Schmach seine große Denkschrift, die heute noch über Stunde und Situation hinaus zum kategorischen Denkmal einer deutschen Gesinnung überhaupt in Not und Niederlage hinauswuchs. Wie unter Eis verbirgt er im sachlichen Titel und in kühlen staatsrechtlichen Diskursen seinen glühenden Willen und sein blutendes Herz. „Über die zweckmäßige Bildung der Obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizey-Behörden in der preußischen Monarchie“ — so lautet sachlich die Überschrift; aber die Arbeit selbst ist der Notschrei eines beschwörenden Patrioten, der in höchster Gefahr den notwendigen Untergang des Alten kommen sieht, aber gleichzeitig die Mittel und Wege weist, die Katastrophe zu überstehen. Jetzt, in der Todesstunde, müssen alle Stände erweckt und organisch einander zugeordnet werden. Der Staat soll von allen Bürgern getragen und verteidigt sein. — Was die Reformpartei im Heer unter Scharnhorsts Führung forderte, das Volksheer, verlangte Stein auf der übergreifenden Ebene des Staates: den Volks-Staat. Das Wort vom Gemein-Nutz steht

hier zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte, aber auch die Forderung der Allgemein-Verpflichtung. Allen das Schicksal sichtbar machen, damit alle dieses Schicksal gemeinsam meistern. Das ist der Kernpunkt in Steins Denkschrift, nicht anders, wie ein Jahr darauf die gleichen Grundgedanken Fichte trieben zu seinen „Reden an die deutsche Nation“. Preußen muß aus dem starren Staatsgebilde umgeformt werden zu einer lebendigen Nation, zu einem Organismus, wo alle Glieder fruchtbar funktionieren in gegenseitiger Durchdringung. So klingt die Denkschrift aus in die Forderungen: „Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinnes, die Benutzung der schlafenden und falsch geleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen, und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbständigkeit und Nationalehre.“

Das war auch Steins Antwort auf die im Vorjahr endlich erfolgte Selbstauflösung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, deren Notwendigkeit er wohl erkannt hatte, denn schließlich war in diesem Akt ein Leichnam bestattet worden, dessen Mumie man unnatürlich lang noch über der Erde konserviert hatte. Kühne moderne Gedanken stehen hier in Steins Schrift: die Städte verwalten sich mit selbstgewählten Gremien, auch die Kreise und Provinzen. Es gab keinen Platz mehr für Duodezfürsten und ihre Sonderinteressen.

Nirgendwo ist das „Stirb und werde“ wohl dichter in einen Augenblick und einen Menschen gedrängt als in den Gedanken und im Lebensschicksal Steins. Das alte Reich als geistige Vorstellung mußte begraben werden. Und da man in Wien sich nicht aus der Atmosphäre der Kapuzinergruft zu lösen vermochte, fiel der Aufbruch Preußen zu. Hardenberg erfuhr eine menschlich große Stunde, als Napoleon den Rücktritt des Staatskanzlers verlangte. Persönlich in die Not der Nation hineingerissen, schlug er als seinen Nachfolger, gleichzeitig wohl auch als geheimen Rächer, seinem König den Reichsfreiherrn vom Stein vor. Denn jetzt gab es nur noch zwei Extreme: entweder völlige Unterwerfung unter das Diktat des Korsen, — eine Politik, die der Graf Kalkreuth damals empfahl, — oder letzter Widerstand. Vor dieser Alternative bekannten sich selbst Hardenberg und sein König zur Rebellion.

Neun Monate, nachdem der Monarch ihn mit dem demütigenden Abschiedsschreiben in die Wüste geschickt hatte, muß er ihm die Leitung aller Zivilangelegenheiten anvertrauen. Sein Meisterstück hatte Stein mit der Länderreorganisation in Westfalen geleistet; jetzt wurde, in der Überhöhung in die Kriegsnot, unter dem Druck des Feindes und in finanzieller Ohnmacht, der Genie-Streich ihm abverlangt mit dem Neuaufbau des in jeder Hinsicht extrem zur westlichen Provinz gelagerten Ostpreußen. Hier, im alten Siedler-Raum, waren ganz andere Vorbedingungen: kein uraltes eingesessenes Bauerntum, in dem die germanische Kontinuität noch auf Schritt und Tritt tatsächlich wie geistig wirksam gewesen wäre, sondern hier herrschten Vorstellungen wie Leibeigenschaft; ein Landadel beherrschte ein Landproletariat. Stände gab es nur in der Hauptstadt Königsberg.

Not und Würde echter Emigration

Wenige Wochen genügten, das Wirken Steins über die Provinz hinaus fruchtbar zu machen. Die Folge war, daß Napoleon Steins Absetzung fordern mußte. Einmal sah er, daß ihm dieser Deutsche das eigene politische Gedankengut, das

er ja selbst geschickt aus der Französischen Revolution usurpiert und seinen Weltherrschaftsplänen als propagandistischen Antrieb eingebaut hatte, weithin wegnahm und umwandelte. Dann aber gab es im eigenen Land genug Denunzianten, die den Korsen vor Stein und seiner geistigen wie politischen Potenz warnten. Zum zweiten Mal entließ ihn der König, diesmal — zu seiner Ehre sei es gesagt — auf Druck des Feindes.

Es folgten für Stein drei Jahre der Emigration. Am Beispiel seines Charakters kann Wesen und Wirkungsmöglichkeit, Aufgabe und seelische Not eines Patrioten im „Elend“ (das heißt ja eigentlich in der „Fremde“), aufgezeigt werden. Er selbst hatte seinen König dreimal um seinen Abschied gebeten und ihn schließlich geradezu erzwungen, weil er dem Monarchen mit diesem Schritt dessen eigene Handlungsfreiheit glaubte besser bewahren zu können. Er ging, weil er hoffte, daß dadurch der König selbständig und ohne Belastung durch seinen verdächtigen Minister das gleiche Ziel anstreben würde. Vorher hatte er noch gewarnt, den Zaren zu besuchen, um beim Korsen keinen Verdacht zu erregen, gleichzeitig aber wohl auch, weil er nicht wollte, daß sein Herrscher durch die politische Rückständigkeit am Zarenhof vom eigenen Reformwerk in Ostpreußen wieder abgelenkt würde zur Restauration hin, der er wesensmäßig von jeher gefährlich zuneigte.

Es ergibt sich für Stein die schwierigste seelische Lage. Er ist kein Emigrant aus Ressentiment, der nun bedenkenlos zum Gegner wechselt und bei ihm Hilfe erbittet. Solcher Wechsel hätte in gezwungen, in die reaktionäre Front Wien — Petersburg einzutreten. Das bedeutete aber für Stein den Verrat am sozialen Aufbruch seiner preußischen Heimat und deren seelische Preisgabe an jene Mächte, denen die Überwindung Napoleons nur der Beginn ihrer eigenen Restauration hatte sein sollen. Stein jedoch ging es um die eigentliche und arteigene Revolution, die mit den Worten seines Freundes Ernst Moritz Arndt im „Geist der Zeit“ lag und die eigentliche „Forderung der Stunde“ war. Von da aus gesehen war Napoleon Usurpator der Ideen der Französischen Revolution, die er dann sofort verraten hatte, als sie seinem monarchischen Totalitarismus sich in den Weg stellten. Beides aber stand Stein entgegen: das etatistische Denken sowohl des Korsen als auch seiner kaiserlichen Gegner in Wien und St. Petersburg. Stein ging drei Jahre in die Einsamkeit von Prag — Brünn — Trautenau, nur mit seinen Freunden das Werk der Weckung der Seelen weitertreibend, ohne daß er in den Dienst der Fremden trat.

Erst als er die Nachricht erhalten hatte, daß Napoleon von Dresden nach Rußland aufgebrochen sei, reiste er zwei Tage später, am 26. Mai 1812, an den Zarenhof. Denn jetzt war der russische Kaiser der Träger des Kampfes. Und auch hier zeigte sich der reine Charakter Steins, als er es ablehnte, in die Operation gegen seine eigenen Landsleute einzugreifen. Denn jede Kampfhandlung der Russen traf nicht nur Franzosen, sondern auch deren Zwangs-Verbündete, die Preußen, und kostete also Bruderblut.

Nur in eine solch reine Hand legt das Schicksal dann die entscheidende Handlung gegen Napoleon, die wiederum zur Rettung der Männer des eigenen Volkes wird: die Konvention von Tauroggen, zu der sein Emissär den General von Yorck überredete. Und dieser Abgesandte Steins war niemand anders als Carl von Clausewitz. Der Philosoph des Krieges und der Philosoph des Staates können den vernichtenden Schlag gegen Napoleon tun, der unblutig und doch von höch-

ster Leidenschaft getragen auch den Streit um Treue oder Verrat aus der Niederung der Alltäglichkeit hebt und von der Höhe der Idee herab dann zum leuchtenden Fanal des beginnenden Freiheitsringens wird.

Doch schon im nächsten Vollzug dieses Ereignisses erlebte Stein die Tragik des Emigranten. Er eilte zu Yorck nach Ostpreußen, wo dieser als Rebelle die Stände zum Kampf gegen Napoleon aufrief und auch mitreißen konnte. Aber Stein wurde als „russischer Beamter“ beargwöhnt, und er trat sofort, um das Werk nicht zu stören, unauffällig in den Hintergrund. Clausewitz aber begründete die Landwehr.

Heimkehr in die Entscheidungen

Erst als die Verhandlungen zwischen Zar und Preußenkönig an dessen Zaudern zu scheitern drohten, erbat sich Stein vom russischen Kaiser die letzte Mission und erfüllte als Unterhändler Alexanders seine patriotische Pflicht. Er löste sich damit unversehens aus dem russischen Dienst und wechselte wieder organisch in sein deutsches Amt über. Gegen den Widerstand der Kamarilla um den König und gegen diesen selbst, der sich nur unwillig zu entschlossenem Handeln gezwungen sah, erreichte er den Bündnisvertrag am 27. März 1813. Damit war Yorks Rebellion legalisiert, und die als „Jakobiner“ von der Reaktion verschrienen Evolutionäre Scharnhorst — Gneisenau — Clausewitz konnten sich offen mit den Staatsmännern und Volksführern Arndt — Stein — Steffens — Luden zusammenschließen.

Die Schlacht bei Leipzig bereitete er psychologisch mit Arndt vor. Nach dieser Entscheidung wurde ihm die Aufgabe der zivilen Rückführung aller vom Feind wieder befreiten Gebiete übertragen. Aber schon erhob die Reaktion ihr Haupt und vereitelte die ihrem reaktionären Denken und ihren restaurativen Absichten höchst verdächtigen Maßnahmen. Alles blieb auf halbem Wege stecken. So wurde zwar der Rheinbund auf Steins betreiben aufgelöst, — aber, als man die Fürsten in ihren Herrschaften beließ, war der Grund gelegt zur Unterbindung der Steinischen Reformen und, schlimmer noch, der späteren Metternichschen Reaktion war mit dieser Maßnahme bereits der Boden bereitet.

Während andere sich dem Sieqestaumel hingaben, sah Stein besorgt die Probleme für Deutschland erst beginnen: wenn Preußen seine Stellung an der Spitze der geistigen Revolution und staatlichen Umprägung verlassen würde, wäre der fruchtbare Dualismus mit Österreich in einem übergreifenden Deutschland unmöglich. Er sah die Gefahren, die daraus entstehen könnten, daß Preußen zwar Beginn und Hauptlast der Befreiung auf sich genommen, im Lauf der Ereignisse aber die reaktionären Bundesgenossen dann den Sieg gewinnen und auch Preußen in ihren staatspolitischen Sog einbeziehen würden. Und alles trat ein, wie er vorausgesehen hatte. Den 2. Pariser Frieden (20. Nov. 1815) bereits bestimmte Metternich, — und auf den Tag 46 Monate später nahm der deutsche Bundestag die „Karlsbader Beschlüsse“ an. Die Reaktion hatte auf breitester Front gesiegt; Deutschland erlag einer politischen Restauration. Steins Werk wurde völlig zer schlagen. Über die Dynastien, die jetzt fröhliche Urständ feierten, mußte Bismarck den neuen Weg der Einigung, jetzt unter Ausschluß Österreichs, gehen. Und Bismarcks Werk mußte auseinanderbrechen in den Rissen, die zu Steins Zeiten bereits von der Reaktion eingegraben wurden. Ob es nach Steins Absichten einer gesunden Evolution einen Kulturkampf gegeben hätte oder ein Sozialisten-

gesetz nötig geworden wäre, ist wohl zu bezweifeln. Doch schon die Frage nach allem, was nicht geschah in der Geschichte, ist müßige Spekulation.

Stein erkannte, daß er in dieser Welt der starren Reaktion keinen Platz mehr habe. Sowohl Preußen wie Österreich, die ihn beide als ihren Gesandten an den Bundestag berufen wollten, lehnte er ab. Auch hier hätte er Bismarcks spätere Funktion in Frankfurt vorweggenommen. Der Kreis schloß sich für ihn, als er 1826 das Amt des Landtagsmarschalls in Westfalen annahm. Noch einmal versuchte er an einem kleinen Beispiel das Modell einer Verfassung für ganz Deutschland herauszuarbeiten. Nirgendwo ist sein Gegensatz sowohl zu Frankreichs radikaler Revolution aus der Ratio als auch zu Deutschlands Restauration aus hilflos reaktionärem Geist besser ablesbar, als aus den eigenen Worten: „Wir leben in einer Zeit des Überganges, wir müssen also das Alte nicht zerstören, sondern es zeitgemäß abändern und uns sowohl den demokratischen Phantasten wie den gemieteten Verteidigern der fürstlichen Willkür widersetzen.“

Ihm ging es stets um echte Evolution, die lebendig den Fortschritt aus der gesunden Tradition entwickelt.

Tragisches Ende und Vermächtnis

In einer Welt der Restauration blieb ihm nur die Versenkung in den Geist. Und so begründete er mit Goethe, Uhland u. a. das Riesenwerk der „*Monumenta Germaniae historica*“. Damit wollte er den Deutschen den ewigen und klaren Quellgrund ihres Wesens, erhaben über den Zufall des kleinen Augenblicks, erschließen. Das Werk wurde im Jahr der „Karlsbader Beschlüsse“ beschlossen. Als der erste Band sieben Jahre später erschien, konnte Stein ihm stolz seinen eigenen Wahlspruch als Leitgedanken voransetzen: „*Sanctus amor patriae dat animum*“ — „Heilige Liebe zum Vaterland verleiht Geist“.

Gestürzt in Abgründe, sieht der Mensch die Sterne, und so dringen mahnend und prophetisch seine Worte aus der großen Not-Zeit seines Volkes zu uns herüber, nicht nur formal, sondern auch inhaltlich Wort für Wort gültig und „notwendig“ im eigentlichen Sinne, also fähig, die Not zu wenden: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Teil desselben angehöre, so bin ich auch nur ihm und nicht nur einem Teil desselben von ganzem Herzen ergeben . . . Mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten. Das ist das Interesse der Nation und ganz Europas.“

An der tatsächlichen Erfüllung gemessen, ging Stein tragisch unter. Aber seine von solcher Tragik umwitterte Gestalt wirkte in seine Zeit und weit über sie hinaus bis zu uns. Seine Gegner nutzten den kleinen Augenblick, — und versanken mit ihm. Sein Charakter aber rief alle Verzagenden auf, und so konnte ein Unbekannter Steins Werk, Wesen und Wirkung auf seine Zeit mit den Worten umreißen, die auch uns in unserer Stunde der Not den Blick auf seine Gestalt befreien: „Ihnen verdanke ich das Schönste, was diese Zeit geben kann, den Anblick eines standhaften, edlen, deutschen Willens.“

Konjunkturumschlag oder Geldentwertung

Der Zusammenhang von Wirtschafts- und Außenpolitik

HARALD BRAEUTIGAM

Sollte es unseren Politikern gar nicht so recht zum Bewußtsein gekommen sein, daß das „deutsche Wirtschaftswunder“, von dem in den letzten Jahren so viel die Rede war, im Laufe einer Generation bereits das dritte seiner Art ist? Das erste setzte nach der Stabilisierung der Mark im Jahre 1924 ein und endete mit dem Bankenkrah von 1931; das zweite begann 1933 nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus und fand seinen endgültigen Abschluß in der sogenannten Währungsreform von 1948; und der bis vor kurzem noch unerschütterte Glaube an das mit dem dritten Wirtschaftswunder endgültig erreichte Ziel einer immer weiter und weiter gehenden „Expansion“ und einer ewigen Prosperität, ist jetzt — wie der Bundeskanzler treffend bemerkte — „so plötzlich“ ins Wanken geraten. („Die Situation ist da.“)

Dabei sollte doch jedem, dem volkswirtschaftliche Zusammenhänge geläufig sind und der mit geschultem Blick über weniger wichtige Unterschiede in den äußeren Begleitumständen hinweg den Dingen auf den Grund zu schauen vermag, die Parallelität der Konjunkturentwicklung in der Zeit von 1933 bis 1938/39 mit der von 1948 bis 1954/55 in die Augen fallen: Beseitigung eines Millionenheeres von Arbeitslosen durch das „Zaubermittel“ zusätzlicher Geldschöpfung! Ist doch in der Bundesrepublik vom Dezember 1948 bis Dezember 1955 der gesamte Geldumlauf (Banknoten und Scheckdepositen) um rd. 23 Md. DM vermehrt worden! Gewiß gibt es ganz bedeutsame Unterschiede im Ausgangspunkt und im Ablauf der beiden Konjunkturperioden, aber diese sind im Vergleich zu dem Hauptfaktor der beiden Aufschwungsbewegungen, der zusätzlichen Geldschöpfung, nur von sekundärer Bedeutung. 1933 verfügte Deutschland über einen modern ausgerüsteten und durchrationalisierten Produktionsapparat, 1948 war das deutsche Produktionspotential durch Kriegs- und Kriegsfolgewirkungen stark herabgemindert. Andererseits mußte in den Jahren nach 1933 die deutsche Produktionskraft so gleich in stärkstem Maße der Aufrüstung dienstbar gemacht werden, während nach 1948 alle verbliebenen deutschen Produktivkräfte dem Wiederaufbau einer Friedenswirtschaft zugute kamen.

Die Nationalökonomie hatte sich in den letzten Jahren vor 1933 zu der Erkenntnis durchgerungen, daß bei einem unausgenutzten „volkswirtschaftlichen Kreditfonds“ von brachliegenden Arbeitskräften, Produktionswerkstätten und Materialien auch Milliardensummen zusätzlich geschaffenen Geldes in eine Volkswirtschaft eingeschleust werden können, ohne irgendwelche Preissteigerungstendenzen hervorzurufen und ohne damit die Währungsstabilität zu gefährden. Die Richtigkeit dieser Erkenntnis wurde in den Jahren 1933 bis 1938/39 von Hjalmar Schacht vorexerziert und in den Jahren 1948 bis 1954/55 — mutatis mutandis — auch von der Bank deutscher Länder demonstriert. Genau so wie während der letzten Jahre hatte damals mit der Vermehrung des Geldumlaufs die Arbeitslosigkeit schnell ab- und die Beschäftigung und die Einkommensbildung ge-

waltig zugenommen, war nicht nur das Sozialprodukt gesteigert und der allgemeine Lebensstandard erhöht worden, sondern zeigten Sparkapitalbildung und Steuererträge eine erfreuliche, stetige Aufwärtsentwicklung. Als aber 1938/39 die Grenzen einer nicht inflatorischen Geldvermehrung durch restlose Ausschöpfung des „volkswirtschaftlichen Kreditfonds“ erreicht waren und die Regierung auf einer Fortsetzung der bis dahin verfolgten Währungspolitik bestand, trat Schacht als Reichsbankpräsident und Wirtschaftsminister zurück und wurde durch Walter Funk abgelöst.

Wenn die Bank deutscher Länder im Mai 1956 ihren Diskontsatz zum dritten Mal innerhalb eines Jahres heraufgesetzt und gleichzeitig andere Maßnahmen einer restriktiven Kreditpolitik eingeleitet hat, so ist das nur ein Zeichen dafür, daß die Notenbank nunmehr eine Fortsetzung der bisherigen Geldpolitik ohne Gefährdung der Währungsstabilität nicht mehr glaubt verantworten zu können. Um so mehr muß daher die von Regierungsseite erhobene Forderung befremden, die gesamte Wirtschafts- und insbesondere auch die Währungspolitik unter „politischen“, das soll wohl heißen außenpolitischen Aspekten zu sehen.

1938/39 wurde die Fortsetzung der kreditexpansiven Politik nur deshalb notwendig, weil der Staat damals seine großen Wehrausgaben nicht vollständig durch Steuern bestreiten konnte und zur Rüstungsfinanzierung auf die Emission von Schatzwechseln (sogenannten „Mefowechseln“) angewiesen war, die infolge der bedingungslosen Rediskontzusage der Reichsbank größtenteils vom Bankapparat mit Hilfe zusätzlicher Giralgeldschöpfung aufgenommen wurden. 1956/57 dagegen sind die vorgesehenen Wehrausgaben im Bundeshaushalt durch Steuerüberschüsse voll gedeckt; infolge des verzögerten Anlaufs der Rüstung verfügt der Bund sogar über große Kassenüberschüsse. Vom Etat her gesehen geht heute keinerlei Zwang zu einer inflationistischen Geldvermehrung aus. Dagegen ist die Außenhandels- und Devisenlage der Bundesrepublik seit Jahren so „günstig“, erzielen wir aus unserer Zahlungsbilanz laufend solche Überschüsse, daß wir hier über kurz oder lang vor der Alternative stehen, entweder aufzuwerten, also den Kurs der D-Mark wenigstens gegenüber einigen anderen Währungen zu erhöhen, oder uns in den Sog des Welt-Inflationismus hineinziehen zu lassen und von außen her die innere Stabilität unserer Währung zu gefährden. Eine restriktive, auf die Wahrung der inneren Kaufkraft der D-Mark abgestellte Kreditpolitik wird auf die Dauer kaum ohne eine Heraufsetzung des Außenwertes unserer Währung erfolgreich sein können.

Sowohl vom Standpunkt des Finanzministers als auch von dem der Notenbank aus gesehen, sollte es für uns gegenwärtig ein Leichtes sein, allen Inflationsgefahren radikal zu begegnen, und man könnte sich fragen, warum das Gerede von der drohenden Inflation nicht längst verstummt ist. Die richtige Antwort darauf ist aber, daß nunmehr erst offenbar wird, in wie hohem Maße das dritte deutsche Wirtschaftswunder dem künstlichen Stimulus einer ständigen Kaufkraftvermehrung zuzuschreiben ist, einer Kaufkraftvermehrung, die im Inlande bis vor kurzem noch mit gar keiner und jetzt erst mit einer ganz geringfügigen Geldentwertung verbunden ist, im Auslande jedoch bereits offensichtlich inflationistische Folgen gehabt hat. Sehr zu Recht befürchtet man daher, daß bei einem radikalen Entzug dieses Stimulans der scheinbar gesundete Patient einen Kollaps bekommt, daß die Konjunktur umschlägt, die Beschäftigung zurückgeht und dann auch die Steuern nicht mehr die für die Aufrüstung notwendigen Erträge einbringen. Vor die Alternative: Beschäftigungsrückgang oder schleichende Geld-

entwertung gestellt, wird man notgedrungen sich für die letztere als das kleinere Übel entscheiden.

Das Gespenst einer dritten Inflation wird heute von den verschiedensten Persönlichkeiten, Verbänden, sozialen Gruppen und Ämtern an die Wand gemalt. Aber keine einzige deutsche Partei hat die Verhütung einer neuen Inflation als vordringlichstes Anliegen auf ihr Banner geschrieben! Im Gegenteil, aus wahltaktischen Erwägungen übertreffen sich die politischen Parteien gegenseitig geradezu darin, Gesetzentwürfe einzubringen, die die Inflationsgefahren nur noch erhöhen!

Das Problem, wie man die gute Konjunktur und die Vollbeschäftigung aufrechterhalten könne, ohne die Währungsstabilität zu gefährden, ist, wie sich in der letzten Zeit erwiesen hat, auch ohne eine Aufrüstung gegeben und innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung auf die Dauer unlösbar. Darüber hinaus besteht aber gar kein Zweifel daran, daß mit dem Anlaufen der Aufrüstung die Inflationsgefahren noch wesentlich größer werden. Dies allein schon deswegen, weil die in den beiden vergangenen Jahren für die Rüstung vorgesehenen Finanzmittel bisher noch gar nicht verausgabt werden konnten und die aufgebrachten Summen (zusammen mit den von den Alliierten noch nicht in Anspruch genommenen Stationierungskosten) von etlichen Milliarden DM zunächst bei der Bank deutscher Länder, im sogenannten „Juliusurm“, aufgespeichert und stillgelegt werden mußten. Mit ihrer Verausgabung, die nur zu einem Teil auf dem Wege des Ankaufs von Rüstungsgütern im Ausland vonstatten gehen kann, würden also der deutschen Wirtschaft weitere Milliarden zusätzlichen Geldes zugeführt werden.

Von allen bisher zur Eindämmung der Preisauftriebstendenzen durchgeführten oder vorgesehenen Maßnahmen faßt gerade nur die so heftig bekämpfte Diskontsatzserhöhung der Bank deutscher Länder das Problem am entscheidenden Punkt an. Geht es doch in erster Linie darum, die nunmehr seit fast 8 Jahren immer weiter getriebene Kreditexpansion und Geldschöpfung und den dadurch herbeigeführten Kaufkraftüberhang gegenüber dem Güterangebot einzuschränken. Dagegen können Steuersenkungen, die die Kassenüberschüsse des Bundes reduzieren sollen, möglicherweise gerade einen gegenteiligen Effekt auslösen. Sie werden die Kaufkraft der Bevölkerung nicht vermindern, sondern noch erhöhen. Die Kassenüberschüsse haben bisher durch ihre Stilllegung die zusätzliche Geldschöpfung und Kaufkraftvermehrung wenigstens teilweise neutralisiert. Werden die Steuern gesenkt, und zwar gerade in demselben Ausmaß wie ihre Erträge bisher nicht wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeleitet wurden, so muß sich der Kaufkraftüberhang vergrößern. Diese Wirkung wird insbesondere dann eintreten, wenn Steuersenkungen den kleinen und mittleren, d. h. den nichtunternehmerischen Einkommen zugute kommen. Ob die zum Ausgleich für diese Ausweitung der Nachfrage geplante Förderung des steuerbegünstigten Sparens den erhofften Erfolg haben wird, ist in Anbetracht der nicht nur als Schreckgespenst an die Wand gemalten, sondern nach Lage der Dinge tatsächlich gegebenen Gefahr einer weiteren schleichenden Geldentwertung fraglich, wenn sich die steuerbegünstigten Sparer auch nur auf drei oder fünf Jahre festlegen sollen. Die Möglichkeiten, weiteren Preisauftriebstendenzen durch Zollessenkungen und erhöhte Einfuhren zu begegnen, sind gleichfalls nicht sehr groß, nachdem während der letzten anderthalb Jahre das deutsche Kostenniveau durch

Lohnerhöhungen bereits angehoben worden und diese Bewegung noch keineswegs zum Abschluß gekommen ist.

Der Versuch der Bundesregierung, durch Beitritt zur NATO und durch Wiederaufrüstung außenpolitisch eine „Position der Stärke“ zu erreichen und dadurch die Sowjetunion zu einem größeren Entgegenkommen in der Wiedervereinigungsfrage zu zwingen, ist nicht nur völlig fehlgeschlagen, er droht sogar, das Gegenteil des Erstrebten zu erreichen und uns in eine Position wirtschaftlicher und sozialer Schwäche hineinzumanövrieren. Unsere Außenpolitik ist bisher durch die Entwicklung der Waffentechnik überrundet worden, — soll sie in Zukunft auch noch von der wirtschaftlichen Entwicklung überrollt werden? Wenn das Versprechen, daß die Remilitarisierung nicht auf Kosten des erreichten allgemeinen Lebensstandards durchgeführt werden solle, ehrlich gemeint war und eingehalten wird, so werden wir nicht in der Lage sein, die in den Pariser Verträgen festgelegten Verpflichtungen in der vorgesehenen Zeit zu erfüllen. Sollen wir es also dazu kommen lassen, daß wir unsere „westlichen Freunde“ um ein Rüstungsmoratorium werden ersuchen müssen? Werden wir dann von der Sowjetunion eine größere Verhandlungsbereitschaft erwarten können, oder werden wir dann sogar für unsere Freunde an Interesse verlieren und sie der Versuchung aussetzen, sich mit der Sowjetunion auf der Basis des status quo zu arrangieren?

Es ist ein für die westliche Welt geradezu verhängnisvoller Irrtum, daß die „Weltwirtschaftskrise“ der Jahre 1929 bis 1932 als eine zwar außergewöhnlich schwere, aber doch typische „Konjunkturkrise“ diagnostiziert und dabei übersehen wurde, daß es sich in Wahrheit um eine elementare „Strukturkrise“ der überkommenen Wirtschaftsordnung handelte, die seitdem durch monetäre Manipulationen immer wieder nur verschleiert, jedoch nicht grundsätzlich behoben worden ist. Nicht nur in Deutschland sondern auch in den anderen Industrieländern des Westens ist man krampfhaft bemüht, der allseits vorhandenen Skepsis in Bezug auf die Dauerhaftigkeit des während der letzten 8—10 Jahre erreichten Wirtschaftsaufschwungs mit dem beruhigenden Hinweis zu begegnen, daß man seit den dreißiger Jahren sehr viel dazu gelernt habe und heute über ein viel reichhaltigeres konjunkturpolitisches „Instrumentarium“ verfüge, so daß sich Katastrophen auch nur annähernd desselben Ausmaßes nie wiederholen würden. Bei nüchterner, vorurteilsloser Betrachtung wird man sich jedoch allenthalben eingestehen müssen, daß das einzige, was man seither gelernt hat, die höchst fragwürdige Übung ist, die akute Krankheit krisenhafter Massenarbeitslosigkeit durch die tückische und auf die Dauer nicht weniger gefährliche Krankheit einer schleichenden Geldentwertung zu verdrängen. Die Inflationsgefahr ist heute nicht auf Deutschland beschränkt, sie ist eine Weltkrankheit geworden, und in dieser gefährlichen Entwicklung sind andere Staaten — einschließlich der USA — heute sogar schon weiter vorangeschritten. Die Wirtschaft der Bundesrepublik hinkt hier gewissermaßen nach und läuft immer mehr Gefahr, in den Sog des Weltinflationismus hineingezogen zu werden¹⁾.

¹⁾ So gesehen verrät ein Kommuniqué, das im Anschluß an eine Sitzung von Vertretern der Koalitionsparteien am 29. Mai 1956 in Bonn herausgegeben wurde, eine geradezu erschreckende Naivität, wenn es dort abschließend heißt: „Nachdem die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen in den vergangenen Jahren mit den überaus schwierigen Problemen der größten Not und Massenarbeitslosigkeit erfolgreich fertig geworden sind, werden sie um so eher auch die Stabilität in der Konjunktur zu wahren wissen, ohne daß es auf die Dauer besonderer Maßnahmen der Notenbank bedarf.“ (Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 124 vom 30. 5. 1956).

Die Machthaber des Ostens aber lassen durch ihre Konjunkturexperten die Entwicklung der „kapitalistischen Welt“ aufmerksam verfolgen und können in Ruhe abwarten, bis die seit langem vorausgesagte, jetzt aber in greifbare Nähe rückende Krisensituation des Kapitalismus wieder deutlich zum Ausdruck kommt. Das ist ein — und noch nicht einmal der unwichtigste — Grund für die neue, auf eine „Koexistenz“, auf einen friedlichen Wettstreit der beiden westöstlichen sozialen Ordnungen abgestellte politische Weltstrategie des Kommunismus.

Die große Bereitschaft in weiten Kreisen des deutschen Volkes, nach dem Zusammenbruch von 1945 eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung aufzubauen, ist in den folgenden Jahren schnell dahingeschwunden und hat einer „restaurativen“ Politik Platz machen müssen. Das wirtschaftliche Trümmerfeld der Nachkriegsjahre war denkbar wenig für die Inangriffnahme großer Reformen geeignet. Es mußte schnell gehandelt und möglichst schnell die akute Not des übergroßen Gütermangels behoben werden. Dazu war kein anderes System so geeignet wie das überkommene. Jetzt aber, nachdem wieder eine Güterfülle erreicht ist und wo es darum geht, dieser Güterfülle ohne Beeinträchtigung des Geldwertes Herr zu werden, macht sich um so verhängnisvoller das Versäumnis geltend, für die auf uns zukommende Problematik nicht genügend gerüstet zu sein und in unverantwortlichem Optimismus bezüglich der Unerschütterlichkeit der Fundamente der überkommenen Ordnung nicht vorausgeplant zu haben.

In den zwanziger Jahren erschien die kleine Schrift eines berühmten deutschen Mediziners über „Die Seelenverfassung Sterbender“. Ihr wesentlichster Inhalt kann an Hand eines dort angeführten Beispiels wiedergegeben werden: Einem an Leberkrebs schwer erkrankten Röntgenologen zeigen ihn behandelnde Kollegen ohne weiteren Kommentar den eindeutigen Befund seiner Röntgenaufnahme. Der Arzt-Patient sieht sich die Aufnahme aufmerksam an und erklärt seinen entsetzten Kollegen, daß es sich wohl nur um eine ganz harmlose Erkrankung handle. Wenige Wochen später ist er tot.

Es gibt eben nicht nur einen „gesunden“, sondern auch einen höchst krankhaften Optimismus, eine krankhafte Scheu, den tödlichen Gefahren mutig ins Gesicht zu sehen. So ist auch der zur Schau getragene Optimismus der ganzen westlichen Welt bezüglich der Gesundheit der überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung und der ihm zu Grunde liegende, alle Zweifel ängstlich unterdrückende Glaube, dem Weltkommunismus routinemäßig und in alteingefahrenen Geleisen wirksam begegnen zu können, der Optimismus einer sterbenden Welt, die nicht mehr die Kraft in sich fühlt, zu ihrer eigenen Gesundung und Stärkung von sich aus die überfälligen Reformen an ihrem sozialen Körper vorzunehmen.

Noch ist unserem sozialen Ethos von der Weltgeschichte eine kurze Bewährungsfrist von vielleicht nur wenigen Jahren gegeben. Sie gilt es auszunutzen! Nach Lage der Dinge muß diese sittliche Entscheidung zuerst und vor allem in der Bundesrepublik als dem am meisten gefährdeten Staat fallen. Eine Lösung ist möglich. Vor ihr nicht die Augen zu verschließen und seine Einsicht nicht neuen und ungewohnten Gedanken zu verweigern, ist die Aufgabe aller Urteilsfähigen und von Interessengruppen Unabhängigen¹⁾.

¹⁾ Vgl. die soeben erschienene Schrift des Verfassers, Harald Braeutigam: Konjunktur — Wirtschaftsordnung — Wiedervereinigung. Die Koinzidenz der wirtschafts- und außenpolitischen Aufgaben, Verlag des Instituts, Bad Godesberg 1956. Preis 3,90 DM.

Wehrgesetzgebung und Verfassung*)

ERNST VAN LOEN

Grenzen der Verfassungsänderung

Die vom Bundestag am 6. März 1956 beschlossenen und vom Bundesrat am 16. März verabschiedeten Ergänzungen des Grundgesetzes bringen keine Veränderung der Rechtslage des Staatsbürgers in der Beurteilung von Kriegsverbrechen im Falle des totalen Krieges in Form von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen das Völkerrecht. Oberste Norm für Änderungen des Grundgesetzes bildet Artikel 79 GG, der im Abs. 1 bestimmt: „Das GG kann nur durch ein Gesetz geändert werden, das den Wortlaut des GG ausdrücklich ändert oder ergänzt.“ Abs. 3: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche ... die in dem Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde und Menschenrechte) und Artikel 20 (Schutz der Verfassungsmäßigen Ordnung) niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Eine weitere Schranke, die sich jeder Verfassungsänderung entgegenstellt, bildet Art. 19 Abs. 1 und 2. Danach kann in Grundrechte nur durch ein allgemeines Gesetz (Abs. 1) und unter Nichtantastung des Wesensgehaltes der Grundrechte (Abs. 2) eingegriffen werden. Damit ziehen Art. 79 und 19 dem Verfassungsgesetzgeber absolute Grenzen, die er einhalten muß, d. h. die er nicht überschreiten darf, ohne sich selbst einer Verfassungsverletzung schuldig zu machen.

Art. 79 unterscheidet zwischen Änderungen und Ergänzungen der Verfassung, bezeichnet jedoch auch Ergänzungen als Verfassungsänderungen, wobei eine ergänzende Änderung immer dann vorliegt, wenn keine ausdrückliche Änderung im Wortlaut des Grundgesetzes vorliegt. Danach gilt der Grundsatz: a) daß jeder ausdrücklichen Änderung des Wortlautes der Verfassung, insbesondere jeder eingreifenden Änderung der Grundrechte, objektive Schranken gesetzt sind (Art. 79 Abs. 2) und b) daß alle die Verfassung selbst im Wortlaut nicht ausdrücklich ändernden Beschlüsse des Gesetzgebers nur ergänzende Verdeutlichungen, sinngemäße Auslegungen und Weiterführungen eines im Wortlaut der Verfassung bereits verbindlich mitgeregelten Rechtstatbestandes darstellen. Indem Art. 79 Abs. 2 die Art. 1 und 20 an-

zieht, wird das rechtsstaatliche Minimum unter verfassungsrechtliche Garantie gestellt. Daher sind Verfassungsänderungen, die Art. 1 und 20 verletzen, unzulässig, d. h. nichtig. Solche Änderungen können niemals als Ergänzungen der Verfassung interpretiert werden, sie sind unzulässige Änderungen des GG im Sinne von Art. 79 GG Abs. 2. Nimmt also der Gesetzgeber Verfassungsänderungen vor, so folgt aus Art. 79 in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2, daß die von ihm vorgenommenen Änderungen niemals als erlaubte Eingriffe in den Wesensgehalt von Grundrechten angesehen und ausgelegt werden können.

Indem der Gesetzgeber die nunmehr von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Grundgesetzänderungen im Sinne von Art. 79 selber als „Ergänzungen des Grundgesetzes“ definiert, sind die neuen Verfassungsartikel dahin auszulegen, daß sie einen Tatbestand regeln, für den der bisherige Verfassungsgesetzgeber implizite bereits Rahmen, Grenzen, Grundlagen und Prinzipien bindend festgelegt hat. Die neuen Artikel schaffen daher für Staatsbürger und Staat keine neue Rechtslage, sondern verdeutlichen und konkretisieren nur die Verfassung in einer bestimmten Frage, nämlich in der Wehrfrage. Die Verfassung hat dadurch keine Unterbrechung ihrer moralischen und rechtlichen Kontinuität erfahren, etwa durch Versuch einer verfassungsmäßigen Legalisierung einer Kriegführung, die im Namen eines abstrakten, voraussetzungslosen, nach „klassischem“ Vorbild interpretierten sogenannten Wehrgesetzgebungs-Begriffes gegen die Gesetze der Menschlichkeit, der Menschenwürde und damit gegen die Menschenrechte und die Substanz jeder freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung verstoßen würde. (Art. 1, 2, 4, 20, 25, 26, 79.)

Nicht legalisiert ist damit eine Art von Gewaltanwendung im Verkehr der Völker, die gegen diese klaren Bestimmungen der Verfassung verstoßen würde. Es muß daher eindeutig festgestellt werden: Totalitäre Barbarei ist auch durch die Ergänzung der Verfassung im Rahmen eines klassischen Mißverständnisses über sogenannte Regelungen der Wehrfrage im Zeitalter kollektiver Massenvernichtung weder erfaßt noch gedeckt, noch wäre sie ohne Bruch der sittlichen Kontinuität der Verfassung, d. h. ohne Verfassungsbruch und Verfassungsaufhebung und damit ohne offenen Staatsstreich und Übergang zu einer

*) Fortsetzung von „Grundgesetz und Kriegsverbrechen“, vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 6/1956, S. 28 ff.

Form öffentlicher Piraterie unter zivilisierten Völkerrechtssubjekten möglich.

Die neuen Verfassungsänderungen apostrophieren in keiner Weise die Lage des Soldaten im Atomzeitalter. Die sogenannte Wehr- und Verteidigungsfrage wird in abstrakter und voraussetzungsloser Form geregelt. Damit wird der realiter allein in Betracht stehende Tatbestand der Selbstbehauptung unter Massenmordbedrohung als Fall von Verteidigung nicht erfaßt. Es kann auch keine verfassungsrechtliche Normalerklärung der gegenwärtigen Ausnahmesituation stattfinden ebenso wie keine dem Sachverhalt entsprechende wahre Erfassung der neuen Sachlage verhindert oder ausgeschlossen wird.

Schließlich bleibt in diesem Zusammenhang noch festzustellen, daß man zunächst nicht berechtigt ist, dem Verfassungsgesetzgeber andere als rechtliche und moralische Absichten in der Regelung der Wehrfrage unter den gegenwärtigen Bedingungen zu unterstellen. Würde sich der Staatsbürger in seinen Grundrechten indessen durch Maßnahmen oder Interpretationen der Wehrgesetzregelung durch die öffentliche Gewalt verletzt sehen, so stehen ihm Art. 19 Abs. 2 und 4 voll zur Seite. Die Wehrgesetzgebung kann nur *hic et nunc*, d. h. nicht nach einem zeitlosen Verteidigungsbegriff, sondern nur in Beachtung der tatsächlichen Bedingungen des wirklichen Notstandes der Völker interpretiert und angewandt werden. Daher ist jeder Staatsbürger berechtigt und verpflichtet, in Wahrnehmung seiner Grundrechte den vollen Umfang der neuen Problematik unter Berufung auf Art. 4 Abs. 1 (sittliche Gewissensinstanz) aufzuwerfen und im Falle solchen sittlichen Gewissensnotstandes, der durch Maßnahmen der öffentlichen Gewalt hervorgerufen würde, einer höchstrichterlichen Klärung entgegenzuführen. Würde selbst eine höchstrichterliche Rechtsprechung in Folge Bindung an veraltete Wehr- und Verteidigungsvorstellungen der neuen Sachlage nicht Rechnung tragen, so müßte die Frage des sittlichen Widerstandsrechtes der Staatsbürger geklärt werden. Denn auch eine Verfehlung der Rechtsfrage kann den Staatsbürger nach Art. 19 Abs. 4 in seinen Rechten verletzen. In jedem Falle bliebe die Frage des übergesetzlichen Gewissensnotstandes im Zeitalter kollektiver Massenbedrohung und Massenvernichtung offen. Diese Frage soll erst am Schluß dieser Untersuchung über die Militärgesetzgebung im Atomzeitalter erörtert werden.

Die Verfassungsergänzungen im einzelnen

In Art. 1 Abs. 3, der die öffentliche Gewalt an die Grundrechte als „unmittelbar geltendes Recht“ bindet, wird in der Wortprägung „Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung“ das Wort Verwaltung durch „vollziehende Gewalt“ ersetzt. Dadurch soll jeder Zweifel darüber behoben werden, daß auch staatliche Maßnahmen, die die Bundeswehr betreffen, durch Art. 1 mit einbeschlossen sind.

Art. 12 GG, der den Schutz der freien Arbeit, des Berufes und der freien Wahl des Arbeitsplatzes gewährt, erhält einen Zusatz (Abs. 2 Satz 2 bis 4). Dieser Zusatz regelt den sogenannten „Ersatzdienst“ für die Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 und soll ihn verfassungsrechtlich regeln. Es heißt in Art. 12 Abs. 2 Satz 2—4: „Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte steht.“

Die Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung ist zu bestreiten. Ohne Zweifel liegt hier keine Ergänzung, sondern eine Änderung des Wortlauts der Verfassung vor, welche dem Artikel 4 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 1 und Art. 19 Abs. 2 offen widerspricht. Die Ausübung eines durch die Verfassung gewährten Grundrechtes als solche begründet für den sich auf das Grundrecht berufenden Staatsbürger kein „öffentliches Dienstverhältnis“. Die Annahme einer solchen Dienstpflicht unter Berufung auf Art. 4 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 75 Nr. 1 ist abwegig, da durch die Kriegsverweigerung kein „Rechtsverhältnis der im öffentlichen Dienste der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen“ begründet wird. Der Kriegsverweigerer befindet sich weder als Staatsbürger selbst noch in Berufung auf das Grundrecht des Art. 4 Abs. 3 in einem „Rechtsverhältnis“ nach Art. 75 Nr. 1. (Die Frage verdient eine eingehende verfassungsrechtliche Untersuchung. Wir werden an dieser Stelle darauf zurückkommen.)

Im weiteren wird ein Art. 17a eingeführt, wonach für die „Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes“ während der Zeit des Wehr- und Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung frei zu äußern

und zu vertreten (Art. 5 Abs. 1, 1. Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Art. 8) und das Petitionsrecht (Art. 17) eingeschränkt werden kann. Im Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses heißt es, daß dadurch nicht das Recht eingeschränkt werden soll, „sich aus allgemein zugänglichen Quellen, insbesondere also aus Zeitungen und Zeitschriften, ungehindert zu unterrichten.“

Frage: Ob der Kriegsverweigerer als „Angehöriger des Ersatzdienstes“ morgen auch über die Gründe seiner Haltung, die ja von der Verfassung anerkannt werden, mit anderen Kriegsverweigerern wie mit Kriegsbejahern sprechen darf oder ob auch die Mitteilung verfassungsmäßig geschützter Gewissensentscheidungen in Aussprache, Unterhaltung und Diskussion unter die Einschränkung des Artikel 17a fallen soll? Einer solchen Auffassung würde Art. 19 Abs. 2 entgegenstehen. Wenn der Staatsbürger den Krieg verweigern darf, so ist damit implicite eingeschlossen, daß er jederzeit und vor jedermann die Gründe seiner Verweigerung darlegen und vertreten darf. Oder will Art. 17a die Kriegsverweigerer als dienstverpflichtete „Trappisten“ voraussetzen, die nur zu gehorchen und zu schweigen haben? Eine solche Beschränkung der Meinungsfreiheit käme praktisch darauf hinaus, daß die Kriegsbejaher volle Freiheit in der Vertretung ihrer Meinung genießen, während nur die Kriegsverweiner im Namen einer Beschränkung der Meinungsfreiheit zu schweigen hätten.

Wer wird im konkreten Fall entscheiden, was unter „freier Information“ zu verstehen ist? Umfaßt Information außer Lektüre schriftlicher Berichte nicht auch mündliche Informationen durch Aussprache, Unterhaltung und Anhören von Vorträgen? Das Recht der freien Information kann praktisch illusorisch werden für den Fall, daß es auf die Lektüre von Schrifttum beschränkt wird, das einer Zensur unterworfen ist, wodurch der Einzelne sich nicht mehr frei zu informieren vermag. Dies gilt erst recht für den Fall, daß die Zensur dem Schrifttum eine Auflage zur Propagierung und Rechtfertigung des Krieges und zur Verschweigung und Diskriminierung der Kriegsablehnung macht. Es erhebt sich also die Frage, ob das verfassungsmäßig geschützte Recht auf freie Information das Recht auf zensurfreie Information nicht voraussetzt, da jede andere Art von Information unfrei ist. Art. 17a bezieht das Recht der Informationsfreiheit jedenfalls nicht in die Beschränkung mit ein. Es bleibt

in vollem Umfange verfassungsrechtlich geschützt. Im übrigen steht es bereits unter Garantie von Art. 19 Abs. 2.

Nach Art. 17a Abs. 2 können die Grundrechte der Freizügigkeit (Art. 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13) durch „Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, eingeschränkt werden“. Nach dem Wortlaut muß ein objektiver Zusammenhang zwischen jeder Beschränkung eines dieser Grundrechte und der Verteidigung bzw. dem Schutz der Zivilbevölkerung bestehen. Kann ein solcher Zusammenhang im Falle strategischen Massenmords noch behauptet werden? Wo soll die Grenze für alle diese Grundrechtseinschränkungen gezogen werden? Im Falle totaler Auseinandersetzungen ist zu befürchten, daß ein Staat, der den totalen Krieg legalisiert und durchsetzt, zwangsläufig auch zur Aufhebung dieser Grundrechte sich genötigt sieht. Der Staat wird alle Generalklauseln über „Verteidigung“ und „Schutz der Zivilbevölkerung“ in solchem Falle unter dem Zwang der totalen Kriegführung definieren. Die modernen Strategien sprechen ganz offen von totaler Atomdisziplin, totalem Arbeitszwang, totaler Dienstverpflichtung für beide Geschlechter und einer diesen totalitären Betrieb sichernden Politruk-Polizei, die noch geschaffen werden soll.

Wir fragen: Soll Artikel 17a die Grundlage zur Errichtung einer Ausnahmediktatur abgeben? Soll er die Rechtsgrundlage für Massenevakuierungen und Massendeportationen liefern? Gegen solche Tendenzen oder Auslegungen muß warnend auf Art. 79, Abs. 1 und 3, sowie auf Art. 19, Abs. 2 hingewiesen werden, wonach die Nichtantastung der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt vom Verfassungsgesetzgeber befohlen wird. Jede Aufhebung von Grundrechten hat ihre Schranken in der Verfassung. Weder die Menschenwürde, noch das Menschenrecht, noch das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, noch die rechtsstaatliche Ordnung selbst und die sie tragenden Vorstellungen von Freiheit der Berufswahl und des Arbeitsplatzes, noch die allgemeinen Grundsätze und Regeln des Völkerrechts dürfen in ihrem Wesensgehalt angetastet und außer Kraft gesetzt werden. Massenevakuierungen dienen im Zeitalter des strategischen Massenmords weder dem Schutz der Zivilbevölkerung noch der nationalen Verteidigung, sondern dem sicheren Untergang von Volk und Staat. Die Folgen einer Ad-hoc-Evakuierung von Massen unter den geopolitischen Bedingungen

unserer Lage sind Aushungerung, Obdachlosigkeit, Ausbruch von Seuchen, Verlust von Arbeitsplatz und Wohnung ganz abgesehen von der Bedrohung des Lebens durch die totale Strategie.

Der Verfassungsgesetzgeber geht nach Art. 12 und 17a von einer Fehleinschätzung der Lage aus, wenn er Regelungen trifft, die die Fiktion eines klassischen Kampfes zwischen „Verbänden der Streitkräfte“ zur Grundlage haben. Ein solcher Fall liegt bei strategischem Massenmord militärisch und juristisch nicht vor.

Art. 45b bestimmt: „Zum Schutze der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Gesetz.“ Dieser Beauftragte wird in seiner Aufgabe, die Grundrechte zu schützen, die fundamentale Problematik im Zeitalter genozider Planungen und Vorbereitungen sicher nicht aufrollen. Auch er wird an die voraussetzungslosen Regelungen des Gesetzgebers auf der Grundlage klassischer Mißverständnisse über die militärische Situation gebunden sein. Praktisch wird es darauf hinauskommen, daß der Staatsbürger selbst zu äußerster Wachsamkeit in der Wahrung seiner Grundrechte gezwungen ist und bestenfalls über den Weg der Anrufung höchststrichterlicher Entscheidungen, im schlimmsten Falle in der Wahrnehmung seines übergesetzlichen Notstands- und Widerstandsrechtes Leben, Recht und Freiheit verteidigen muß. Jede Kapitulation vor der barbarischen Gewalt ist Preisgabe von Leben, Recht und Freiheit.

Art. 59, Abs. 1 bestimmt: „Die Feststellung, daß der Verteidigungsfall eingetreten ist, trifft der Bundestag. Sein Beschluß wird vom Bundespräsidenten verkündet.“ Nach Art. 59, Abs. 2 „kann bei Gefahr im Verzuge der Bundespräsident in Verbindung mit dem Bundeskanzler die Feststellung treffen und verkünden“. Diese Regelung ist zwar als Ausnahme gedacht, wird sich aber unter der Bedingung totalitärer Strategie, insbesondere im Hinblick auf präventive Überfallplanungen im Atomfall, praktisch als Regelfall erweisen. In Folge des Risikos atomarer Planungen kann eine unter regulärer Mitwirkung des Parlamentes zustande kommende Regelung des Verteidigungsfalls nicht mehr vorausgesetzt werden. Auch wo man den Verteidigungsfall durch die neue Verfassungsbestimmung in Feststellung und Verkündung regelt, wird praktisch der Pearl-Harbour-Fall zur Regel.

Art. 59, Abs. 3 bestimmt: „Der Bundespräsident darf völkerrechtliche Erklärungen über das Bestehen des Verteidigungsfalles erst nach Verkündung abgeben.“ Nach Lage der Dinge können sich solche Erklärungen im Atomfall nur darauf richten, das Verbrechen der totalitären Planungen aller Seiten nach Art. 25 in Verbindung mit Art. 1 und 20 des GG festzustellen. Erklärungen, die dieser Rechtslage nicht Rechnung tragen, sind völkerrechtlich irrelevant.

Jede Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles müßte unter Verdammung des Massakers und in Verbindung mit der Feststellung erfolgen, daß jede Verteidigungslage im Atomfall entfällt, gleichgültig, wer als barbarischer Angreifer oder als barbarischer Beantworter auftritt. Praktisch wird der Austausch der Atomschläge so unmittelbar zusammenfallen und von jeder Seite auch nur nach letzter Vorbereitung so erfolgen, daß die Rechtsfrage auf Grund einer formalen Unterscheidung von Angriff und Verteidigung gar nicht mehr entschieden werden kann. Potentiell sind dann alle als Angreifer anzusehen, und effektiv liegt auf beiden Seiten kein Verteidigungsfall mehr vor. Wer hier Angreifer ist, entscheidet sich allein nach der Schnelligkeit und der skrupellosen Vorbereitung der Totalschläge, wobei jede Seite sogar das Recht der Prävention als Akt der Notwehr gegenüber einem unmittelbar bevorstehenden provokatorischen Angriff für sich in Anspruch nimmt und im Angriff die beste Form der Verteidigung sieht.

Art. 59, Abs. 3 kann über diese tatsächlichen Zusammenhänge nicht hinwegtäuschen. Praktisch werden nach Art. 59 Abs. 1 Feststellung und Verkündung des sogenannten Verteidigungsfalles mit der tatsächlichen Eröffnung der Feindseligkeiten zusammenfallen. Verkündung des Verteidigungsfalles nach Abs. 2 und völkerrechtliche Erklärungen des Bundespräsidenten nach Abs. 3 werden also erst erfolgen, nachdem der totale Schlagwechsel bereits stattgefunden hat und der barbarische Vollzug schon auf dem Höhepunkt ist. Die strategischen Potentiale im Atomfall sind in keinem Augenblick stärker als im Zeitpunkt Null. Darin liegt nach den Aussagen der Militärs gerade der revolutionäre Wandel der Lage, dadurch wird auch die verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Lage nach Art. 59 praktisch allein bestimmt.

Nach Art. 65a Abs. 1 hat der Bundesminister für Verteidigung die Befehlsgewalt über die Streitkräfte. Abs. 2. „Mit Verkündung des Verteidigungsfalles geht die

Befehls- und Kommandogewalt auf den Bundeskanzler über.“ Im Atomfall werden also Feststellung und Verkündung des Verteidigungsfalles ebenso wie der Übergang der Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler praktisch durch einseitige Entscheidung des Bundeskanzlers vollzogen, ohne daß der Bundestag noch zum Zuge kommt. Die Einschaltung des Bundespräsidenten in diesem Falle ist ohnehin nur formal. Wahrscheinlich würde die Funktionsfähigkeit des Parlamentes vollständig ausfallen, da ja das Chaos gerade am Anfang ist.

In Ergänzung zu Art. 96 Abs. 3 GG wird bestimmt: „Der Bund kann für Dienststrafverfahren gegen Bundesbeamte und Bundesrichter Bundesstraferichte, sowie für Dienststrafverfahren gegen Soldaten und für Verfahren über Beschwerden von Soldaten Bundesdienstgerichte errichten.“ Art. 96 bestimmt, daß der Bund sogenannte „Wehrstraferichte für die Streitkräfte als Bundesgerichte errichten“ kann. Diese können die Straferichtbarkeit aber nur im „Verteidigungsfalle“ sowie über Angehörige der Streitkräfte ausüben, die in das Ausland entsandt oder an Bord von Kriegsschiffen eingeschifft sind. Danach können Staatsbürger, die in keiner Beziehung zu den Streitkräften stehen, weder im Frieden noch im Kriege von Militärgerichten abgeurteilt werden. Wehrstraferichtbarkeit wird in Friedenszeiten nicht ausgeübt. Der Soldat untersteht in Friedenszeiten den ordentlichen Gerichten.

Da die Wehrstraferichte nach Art. 96a und die Bundesdienststraferichte und Bundesdienstgerichte nach Art. 96 Abs. 3 an die klassische Formulierung des Wehr- und Dienstbegriffes gebunden sind, wird sich für diese neuen Gerichtshöfe die Problematik des Soldatentums im Atomzeitalter voll aufstellen. Sie werden nicht darum herumkommen, die Einwände derer zu beantworten, welche sich auf die veränderte Lage berufen.

Art. 143 trifft eine interimistische Regelung für den Einsatz der Bundeswehr im Falle eines inneren Notstandes. Die Koalitionsparteien hatten beantragt, eine Regelung zu treffen, nach der die Streitkräfte auch im Falle solchen inneren Staatsnotstandes zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden können. Rechts- und Verfassungsausschuß und Bundestag haben sich diesem Ersuchen jedoch vorläufig nicht angeschlossen. Im neuen Art. 143 wurden lediglich die Bedingungen für jede künftige verfassungsändernde Bestimmung festgelegt, welche solchen Einsatz regeln soll. Daher bestimmt Art. 143: „Die Voraussetzungen,

unter denen es zulässig wird, die Streitkräfte im Falle eines inneren Notstandes in Anspruch zu nehmen, können nur durch ein Gesetz geregelt werden, das die Erfordernisse des Art. 79 erfüllt.“ Mit anderen Worten: Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Behebung eines Staatsnotstandes darf auch auf Grund einer kommenden verfassungsmäßigen Ermächtigung nicht gegen die nach Art. 79 garantierten Grundartikel 1 und 20 verstoßen.

Zusammenfassung

Die angeführten wichtigsten Verfassungsänderungen wurden im Stil einer abstrakten Bewertung des Wehrtatbestandes vorgenommen. Nach den klassischen Vorstellungen, die bis zum Zweiten Weltkrieg gültig waren, wurde der Verteidigungsbegriff unbesehen auf die veränderte Situation des Atomzeitalters und einer Strategie kollektiver Massenvernichtung übertragen.

Art. 12 spricht von Ersatzdienst (anstelle eines Kriegsdienstes mit der Waffe), obwohl im totalen Massaker Kriegsdienst nur als Form der Teilnahme an einem Kollektivverbrechen gegeben ist.

Die Regelung soll offenbar der Bedingungslosigkeit des Grundrechtes nach Art. 4 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 4 Abs. 1 Genüge tun. Indessen ist die vom Gesetzgeber geforderte „Bedingung“ der Nichtanastastung der Gewissensfreiheit nicht erfüllt.

Vor allem lehnt der Kriegsverweigerer die Begründung des Ersatzdienstes mit der Ableistung des Kriegsdienstes der anderen ab. Er will nicht für etwas Ersatz leisten müssen, was er aus Gewissensgründen im ganzen verweigern und zu dessen Erfüllung der Gesetzgeber ihn nicht zwingen darf. Art. 12 Abs. 2 Satz 2 widerspricht daher der bedingungslosen Gewährung eines Grundrechtes durch die Verfassung. In jedem Falle findet eine objektive Inbeziehungsetzung des Ersatzdienstes zum Kriegsdienst auch außerhalb der „Verbände der Streitkräfte“ statt. Dadurch aber wird die Freiheit der Gewissensentscheidung nach Art. 4 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit Art. 19 Abs. 2 in ihrem Wesensgehalt angetastet. Art. 12 Abs. 2—4 ist ein verfassungsrechtliches Paradox. Begründung und Verwirklichung des Ersatzdienstes nach Art. 12 Abs. 2 stehen auch dann nicht in Übereinstimmung mit Art. 4 Abs. 1 und 3, wenn der Verfassungsgesetzgeber in Art. 12 Abs. 2—4 eine Regelung getroffen zu haben glaubt, welche die Bedingungslosigkeit des Kriegsverweigerungsrechtes angeblich gewährleisten soll.

Auch Art. 17a enthüllt ebenso wie Art. 96a

das grundlegende Mißverständnis des Verfassungsgesetzgebers über den Wehr- und Dienstbegriff im Atomzeitalter. Die Einschränkung der Grundrechte nach Art. 17a birgt die Gefahr einer Totalaufhebung der Verfassung in sich für den Fall, daß Massenmordstrategie unter klassischen Mißverständnissen, legalistischen Abstraktionen und Fiktionen durchgepeitscht werden soll. Eine totalitäre „Einschränkung“ der Grundrechte zur Durchsetzung einer totalitären Strategie, die sich jenseits jeder menschlichen Dimension, ja jenseits jeder physischen und psychischen Ertragskapazität und jeder rationalen und moralischen Vernunft vollzieht, muß zur Aufhebung des Wesensgehaltes der staatsbürgerlichen Grundrechte im Sinne von Art. 19 Abs 2 führen. Niemals kann solche Aufhebung der Grundrechte unter dem Vorwand bloßer Beschränkung von Grundrechten im Sinne von Art. 17a begründet werden. Erst recht kann dies nicht unter der Fiktion eines „Schutzes der Zivilbevölkerung“ oder gar einer „Verteidigung des Volkes“ geschehen. Das Volk in seiner Gesamtheit, jedenfalls aber in seinem überwiegenden Bestand, wird im Atomfall preisgegeben. Art. 17a eröffnet den Weg zu Zwangsarbeit und Zwangsvertreibung der Bevölkerung unter dem Vorwand angeblichen Schutzes der Zivilbevölkerung und der Verteidigung des Volkes.

Art. 59a ist ein weiteres Beispiel klassischen Mißverständnisses um den Verteidigungsfall. Hier ist die Rede von „Gefahr im Verzuge“. Es werden einseitige Notstände der Executive festgelegt, die zu einseitigen Handlungen ermächtigen sollen in Lagen, die über Leben und Tod des Volkes entscheiden. Der Begriff der „Gefahr“ steht im Atomfall ohne jeden Zweifel fest: Im „Verzuge“ vor dieser Gefahr sind wir nur durch Mangel an Widerstand gegen die Aktualisierung dieser Gefahr, in jedem Falle aber im Maße unserer eigenen aktiven Teilnahme an der Aktualisierung dieser Gefahr. Wenn der Bestand aller gefährdet ist, ergibt sich eindeutig, was in solchem Falle „Gefahr im Verzuge“ bedeutet. Keine Norm und kein Begriff der Verfassung kann und darf in einem Sinne ausgelegt werden, der gegen die Pflicht zur Sicherung des Volksbestandes verstößt. Es gibt keine moralische und juristische Rechtfertigung für totalitäre Bestandsvernichtung. Niemals darf der Begriff „Gefahr im Verzuge“, dahin gedeutet werden, daß die Spitzen der öffentlichen Gewalt dazu ermächtigt sein sollen, die Staatsbürger zur Teilnahme an der Begehung totalitärer Massenvernichtungsaktionen aufzurufen und zu verpflichten.

Im Hinblick auf Art. 59 Abs. 3, der „völkerrechtliche Erklärungen“ des Bundespräsidenten nach Eröffnung von Feindseligkeiten vorsieht, muß an Erklärungen erinnert werden, die der amerikanische Präsident Truman nach Eröffnung des Atomzeitalters durch Abwurf der ersten Massenmordbombe auf Japan abgab. Damals versuchte der US-Präsident eine rechtliche Begründung für den Schritt zu geben, ohne die eigentliche Kernfrage dieses Übergangs zur offenen Barbarei überhaupt zu berühren und zu erkennen. Die opportunistische Rechtfertigung Trumans verfehlte ihre völkerrechtliche Bedeutung schon dadurch, daß sie die Strategie des Massenmords nicht als Verbrechen gegen das Völkerrecht, gegen den Sinn der Geschichte und als Blasphemie erkannte. Es ist notwendig, die Linie der perversen Mißverständnisse um die totalitäre Massenmordstrategie, die mit der nihilistischen Erklärung Trumans im Sommer 1945 begann und in ihrer Argumentation bis heute nicht abgerissen ist, genauestens zu verfolgen und bloßzulegen.

Indem Art. 143 eine Rahmenregelung im Zusammenhang mit Art. 79 in Verbindung mit Art. 20 für den Fall des Einsatzes von Streitkräften bei innerem Staatsnotstand trifft, bleibt festzustellen, daß der Begriff des inneren Notstandes nur nach Sinn und Wortlaut der ganzen Verfassung bestimmt werden kann. Damit gehören aber auch die Notstände nach Art. 25 in Verbindung mit Art. 1, 2, 4 und 19 zu den Notständen, die in Art. 143 über Art. 79 bezogen sind. Im Zeitalter der totalitären Massenvernichtungs-Strategie liegt ein Volks- und Staatsnotstand immer dann vor, wenn Vorbereitung und Planung von Massenmord im Inneren getroffen werden. Erst recht liegt ein solcher Notstand vor, wenn geplante und praktisch vorbereitete Verbrechenstrategien zur Auslösung und Vollstreckung gelangen sollen. Es ist daher eine Forderung der Rechtslogik, daß gegen jeden Versuch eines Mißbrauchs der Streitkräfte für die Vollstreckung solcher Planungen der Einsatz der Streitkräfte nach Art. 143 zu fordern und als Verfassungsnotstand im Sinne von Art. 143 und 79 anzusehen ist. Das Volk sowie die rechtsstaatliche Ordnung, alle moralischen Grundsätze und Inhalte der Verfassung würden damit in einen äußersten Fall des Notstandes geraten, dessen Tiefe und Umfang bestimmt werden durch das Maß der Bedrohung von Volk, Staat und jedes Einzelnen.

(Die Untersuchung wird fortgesetzt mit dem Thema: Soldatengesetz und Kriegsverbrechen.)

Zerschnittene Wasserwirtschaft

im Zonengrenzraum Harz

HUGO HAASE

Der Harz mit seinen Vorländern ist durch die Zonengrenze entzweigeschnitten. Das verdankt er nächst dem Ausgang des letzten Krieges seiner geschichtlichen Entwicklung, die ihrerseits eine Folge der geographischen Gegebenheiten ist. Drangen in der frühzeitlichen Besiedlung der Völkerschaften im Gefolge der harzgräflichen Landnahme in den Flußtälern aufwärts, so begegneten sich Thüringer und Sachsen etwa auf der ost-west gerichteten Wasserscheide des Gebirges. Diese ist daher im wesentlichen auch heute noch die Sprachgrenze zwischen Niederdeutschen und Mitteldeutschen geblieben. (Vgl. dazu Karte 1).

Seltsamerweise geht nun aber die Zonengrenze des 20. Jahrhunderts senkrecht zu dieser Sprachgrenze über den Harz, also von Nord nach Süd verlaufend. Die Mannigfaltigkeit der regionalen Harzräume wird auf diese Weise noch um eine neue geographisch-geschichtliche Spielart bereichert. Nicht ganz schuldlos daran sind die Gewässer des Harzes, die in dem verkehrsfeindlichen Gebirge Ausstrahlungszentren erst kleiner, dann größerer Machtherren gewesen sind. Macht im Harz bedeutete Ausbeutung der natürlichen Schätze, die in ihrer kostbarsten Form in Abbau und Verhüttung der Blei-, Kupfer-, Silbererze bestanden. Abbau und Verhüttung war nur mit Hilfe der im Holz und Wasser erhältlichen Energie möglich; sei es im Holzbedarf zum Feuersetzen im Schacht oder in der Holzkohle bei der Verhüttung, sei es in der Wasserkraft zum Zweck der Wasserlösung und Förderung unter Tage oder der Trieb- und Pochwerksleistung über Tage. So sind die Flüsse des Harzes Schicksalslinien geworden. Sie eröffneten — in ihrer Erschließung — den Weg ins Gebirge und zu seinem Reichtum. Sie verschlossen — in ihrer Abgrenzung der wirtschaftlichen und darum politischen Machtbereiche — das Land gegen den Nachbarn, den Konkurrenten um Besitz und Herrschaftsanspruch. Die auf solche Weise gefestigten Grenzen sind im jahrhundertelangen Beharren jetzt zum Vorhang zwischen nicht mehr kleinen Systemchen, sondern zwei gewaltigen Macht- und Wirtschaftssystemen geworden.

Mußten so die Wasser des Harzes zu seinem Leidwesen werden, die doch sein Segen, sein Reichtum sind? Bleibt uns nicht die Entschuldigung, die der Psalmist anbietet: wer hat den Wassern ihren Lauf gegeben? Alle Dinge dieser Erde, ob sie materiell, ob sie geistig sind, haben einen stofflichen und einen dynamischen Inhalt. Nur wer den dynamischen Inhalt einer Sache wahrnimmt, kann sich zum Meister über den Stoff machen. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, große, lebensvolle Zusammenhänge im natürlichen Raum des Harzes zu gestalten. Ebenso sind die Widerstände dagegen mit der gleichen Kraftanstrengung ins Spiel geworfen worden. Welch wogendes Aushandeln 1938, als über die Grenzen dreier „Länder“ des einen Reiches ein Stausee an der Ecker gebaut wurde! Heute verläuft der „Vorhang“ mitten über die Staumauer. Noch 1956 bereitet die ehemals hannoversch-braunschweigische Grenze Schwierigkeiten bei der Verleihung der Okertalsperre, obwohl die beiderseitigen Gebietsteile heute in einem gemeinsamen Niedersachsen vereinigt sind! Hört die Gemeinschaft in der Politik an den Gewässern auf? Legen die Probleme um diese Schlagadern der Geschichte die

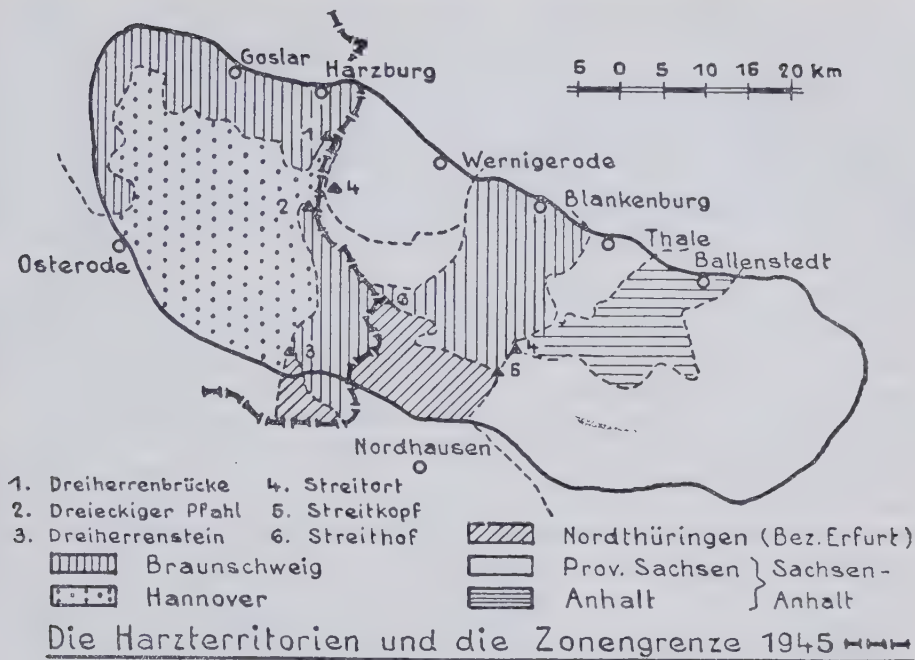


besondere Mühe auf, hier zu neuen Lösungen zu kommen, nachdem die mittelalterliche Verhärtung uns in den gegenwärtigen Zustand der Grenzziehung führte? Hier sollen einige eindrucksvolle Erscheinungen im Zonengrenzraum des Harzgebietes aufgezeichnet werden, wie sie uns bei der Gemeinschaftsnutzung der Gewässer politisch entgegentreten.

Es besteht und bestand kein Zwang, Gewässer als „natürliche“ Abgrenzungslinien für alle Zeiten festzuhalten. Wasserscheiden und Scheidewasser boten sich als vorgegebene Linien in der Landschaft an. Dieser Gebrauch entsprang im wesentlichen der menschlichen Bequemlichkeit, ist auch in einer amüsanten und anschaulichen Weise geschildert worden vom Abt Sturm, der um 744 im Auftrage der Karolinger im Raum Hersfeld für die fränkische Landnahme in dieser Form Vermessungswesen trieb. Das hat Schule gemacht für die Herrschaftsgliederung anderer fränkischer Eroberungen, auch im Harz. Daß die Bedürfnisse der Bewohner und die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes oft genug über die von einem Gewässer scheinbar natürlich bedingte Enge hinauswuchsen, kann uns im — alten wie gegenwärtigen — Grenzraum „Harz“ wiederholt begegnen.

In diese nun wirklich natürlich gewachsenen Verhältnisse und Lebensumstände schneidet dann die sogenannte „Grenze“ mit unnatürlich harter und zerstörender Trennung hinein. Ist der Schnitt tief und werden die Narben der Schnittflächen in langer Zeit auf beiden Seiten sich mehr und mehr verhärten, dann muß zwangsläufig und allen natürlichen Gegebenheiten und Darbietungen zuwider eine neue Raumauffüllung eintreten. Die Folge ist eine Gewöhnung an den Zustand, der aus widernatürlichem Aufdrängen langsam zu einer geduldeten, später einer anerkannten — historisch gewordenen — Tatsache wird.

Beispiele hierfür bietet der Harz in der Vergangenheit zur Genüge. Aus dem Zwang dynastischen, religiösen, wirtschaftlichen — und nun auch politischen Vorherrschaftstrebens sind die Ländchen und ihre Grenzziehungen auf so engem Raum zustande gekommen, oft genug im Gegensatz zu einer vernünftigen Gestaltung und natürlichen Verflochtenheit! Davon zeugen „Dreiherrenstein“, „Drei-



eckiger Pfahl", „Dreierherrenbrücke“, „Losbuchen“ (Lausebuchen), „Streitberg“, „Streitort“, „Urbach“, „Markau“, „Schneidwasser“, wie nahe man sich gerückt war und gegenseitig Weg und Raum streitig machte. (Vgl. Karte 2). 1635 muß der Name der Altenau, deren Tal dem Bergstädtchen seinen Namen gab, einer Grenzbezeichnung weichen, als die Erbteiler der Grubenhagen-Wolfenbütteler Lande hier eine neue Trennungslinie am „Schneidwasser“ festlegten. Den Harzwanderer hat die Buntheit der Grenzen und Malsteine nie gestört, er hat höchstens die letzteren für Kuriosa einer seltsamen Vergangenheit angesehen, nicht wissend, wie gegenwartsnahe ihre Existenz noch ist. Die Grenzziehung von 1945 mußte bei einer „zügigen“ („großzügig“ wäre hier fehl am Platze!) Linienführung oft über die vorgegebenen Verhältnisse hinweggehen, wenn sie nicht die vielen kleinen Ausbuchtungen einhalten wollte. Da das Land Braunschweig der britischen Zone zugehören sollte, in seinen Harzanteilen aber so starke Streuung aufwies, mußten Nordthüringer Teile zum Ausgleich gegen die östlichen braunschweigischen Gebiete zur Westzone geschlagen werden.

Wie hierbei erste Ansätze einer organischen Wirtschaftsentwicklung, die im Gegensatz zu der Gebietsaufgliederung politischer Prägung steht, wieder durch politischen Zwangsspruch gefährdet werden, lehrt das Beispiel der Gruppen-Wasserversorgung Südharz. Im Vorland des Südharzes, zwischen Nordhausen und Bad Sachsa, Nordthüringer Land, hat der durchlässige Kalk- und Gipsboden das vom Harz kommende frische Wasser verschluckt, ehe es den zahlreichen Dörfern dieser Landschaft nützlich werden kann. Die quellenden Wiederaustritte des Wassers sind durch Härte und Keime nahezu unbrauchbar. Öftere Epidemien, die Sorge um das Gemeinwohl, ließen einmal politische Grenzen überwinden und

die Einheit des Lebendigen schaffen. Jenseits eines „Dreiherrensteins“ (am Ravensberg), im Lande Hannover, bringt der Steinabach Harzwasser in reichlicher Höhe und bester Qualität, bevor er versickert und dann niemandem mehr recht nutzt. Vielleicht war dies der Grund, weshalb man sein Wasser abzugeben bereit war? Nun, im Jahre 1933 erstand das lange vorbereitete Werk: Hannoversches Wasser versorgte Nordthüringer Ortschaften! Jetzt schneidet die Zonengrenze das Versorgungsgebiet von der nährenden Quelle ab. Es bedurfte wachsender Anpassung an die politischen Wechselfälle der letzten Jahre, indem der Griff an den Leitungshahn im Gegenzug zu der von „drüben“ gewollten Stromabspernung drohte.

Der Harz mit seiner zentralen Lage zum östlich vorgelagerten Wirtschaftsraum Mansfeld-Halle-Merseburg, wie zu den nördlichen Schwerpunkten Salzgitter-Braunschweig-Wolfsburg, wäre in der Lage gewesen, mit seinen Energie- und Rohstoffquellen ausschlaggebend die Entwicklung dieser Gebiete zu beeinflussen. In einem Zeitalter, da andere Länder großräumige Umgestaltungen vornehmen, um die von Natur benachteiligten Gebiete an ergiebigere Bereiche anzuschließen, Wasserscheiden überwinden, um Strömen einen anderen Lauf zu geben, Flüsse stauen, um Wüsten zu wässern: in diesem Zeitalter wird im Harz eine „Dreifelderwirtschaft“ getrieben — dank der „Dreiherrensteine“! Das eine Gebiet bemüht sich um intensive Bewirtschaftung, dicht daneben verharret man im beschaulichen Urzustand der Brache, im dritten schließlich wird im edlen Wettbewerb getan, was dem andern nicht nützen kann. Auffallend sind an solch einer „Landesgrenze“ die Straßenverhältnisse, deren Pflege wohl auch nur „am Rande“ geschieht. Nach dem Ersten Weltkrieg ist einmal der Plan aufgetaucht, dem Harz eine einheitliche umfassende Verwaltung zu geben. Die Verwirklichung würde der Zonengrenze von 1945 sicherlich ein anderes Gesicht gegeben haben. Zürnen wir nicht den Vätern, die den Gedanken bekämpften, statt ihn zur Tat werden zu lassen: heute am „Zweiherrenstein“ ist es nicht besser geworden!

Kühne Praktiker haben, ohne die Politik und die Hausmächte zu befragen, im Harz Planungen aufgestellt, die seiner beherrschenden Natur Geltung verschaffen sollten. Es begann 1907 mit einer „Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harz“. Sie endete 1910 mit einer „dreisprachigen“ Denkschrift an die beteiligten Länder Preußen, Braunschweig und Anhalt. Im Jahre 1920 erfolgte der zweite „zentralistische“ Vorstoß, der eine Gesamtnutzung der Harzgewässer für den Mittellandkanal anstrebte. Später hat das Reich auf diese Entnahme verzichtet. Erneut ist im Jahre 1924 eine Zusammenfassung aller kraftwirtschaftlich nutzbaren Gewässer im Harz in einem „Oberharzwerk“ recht intensiv zur Diskussion gekommen. Die Folge war, daß die „örtlichen Anlieger“ ihre eigene Stunde schlagen hörten und nun in lokalen Planungen gegen die großräumigen Ideen Stellung bezogen. Nicht vergessen sei eine gewagte Entschliebung des 45. Landtags der Provinz Sachsen, mit der das preußische Staatsministerium angeregt wurde, „daß bei einer etwaigen Vereinigung des Landes Braunschweig mit Preußen die neue Grenze zwischen den Provinzen Sachsen und Hannover im Harz auf die Wasserscheide zwischen Elbe und Weser zu verlegen sei.“ Das vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen angeforderte Gutachten des Preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat darin 1931 die Einwirkung der empfohlenen Maßnahme auf die Wasserwirtschaft im Harz auseinanderzusetzen.

Manche dieser Versuche litten an der einseitigen Betonung des angestrebten wirtschaftlichen Effekts: Schifffahrtsförderung, Kraftnutzung; oder in der Vernachlässigung der naturgegebenen Grenzen: Es bestand keine ausreichende Erkenntnis über die wirklich vorhandenen Wasservorräte und deren Erschließung. Ein Plan, der auf großen Gedanken, aber auf kleinem Boden aufbaut, läuft Gefahr, daß die realen, weil härteren Grundlagen die Ideen zu Fall bringen, wenn diese nicht vorher selbst durch Tatsachen erhärtet sind! So lange keine gesicherten Zahlen den oft trefflichen Gedanken der Projekte unumstößlich machten, konnte jedermann im politischen Spiel mit ebenso fiktiven Werten für und gegen den Plan Stellung beziehen und dies um so leichter, je einseitiger die Ausrichtung auf das gewollte Ziel war. Es galt also, der schwerfälligen Politik — weil sie von traditionell gebundenen Menschen gemacht wird — Wegbereiterdienste zu leisten und im Sinne eines gemeinschaftlichen Nutzens die überparteiische wissenschaftliche Erkenntnis einzuspannen.

An die ersten Ansätze in dieser Richtung durch die erwähnte „Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harz“ anschließend, verfolgten die 1926 gegründeten „Harzwasserwerke der Provinz Hannover“ durch ihr Gewässerkundliches Büro¹⁾ diesen exakten Weg. Schrieben zwar Politik und Verwaltungsgrenzen den Umfang des Auftrags vor, so blieb doch der Wissenschaft ein freier Spielraum. Mit ihr gelang es, hinter jenen „Dreieckigen Pfahl“ (am Westhang des Brockens) vorzustößen und das gesamte, einheitlich zu erkundende Oberharzgebiet in seinen wasserwirtschaftlichen Grundlagen zu erforschen. Fern jeder politischen Streitbarkeit und verwaltungsmäßigen Vielfalt wurde dem Bereich rund um den Brocken, des Harzes höchstem und wasserreichstem Massiv, Natur und Eigentümlichkeit abgeläuscht und durch Messungen, Beobachtungen und Erkundungen in Zahlenwerten eingefangen. Es hätte in einiger Zeit gelingen können, aus diesem Zentralstück des Gebirges, dem Nährgebiet der großen Harzgewässer, ein entscheidendes wissenschaftliches Material zusammenzustellen. Mit kühnem Gedankenflug und der großen Hoffnung auf ein endlich einmal eintretendes politisches Einsehen hätte hier aus der Stille wissenschaftlicher Kleinarbeit eine großartige Tat folgen können. Im Zeichen weiträumiger wirtschaftlicher Einigung über alle politischen Grenzen hinweg hätten solche Hoffnungen wohl den Widerhall bei den Geistern und Technikern ihrer Zeit finden können. Die Zonengrenze von 1945 zerschlug diesen Weg der Forschertätigkeit, der ein Neuland endlicher vollgültiger Erschließung der Wasserschätze im Harz verheißen mochte.

Bedingt durch die neue Trennungslinie, die sich inzwischen zum Eisernen Vorhang verhärtete, fanden entgegen allen wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen solche Pläne Gestalt, denen der Charakter politischer Notlösungen anhaftet. Die Aufteilung des Harzraumes durch politische, aber unnatürliche Grenzen hat mehr und mehr aus dieser Not Lösungen verlangt, die zwar dem partikularen, auf ein schmales Flußgebiet bezogenen Geist seiner Bewohner, seiner Wirtschaft zu schmeicheln scheinen. Im Gesamtblick aber sind es Hemmnisse für eine großartige Zusammenschau, die eine Großraumplanung für die Zukunft verwehren können.

Mit der oben geschilderten „ultramontanen“ wissenschaftlichen Erfassung der natürlichen Möglichkeiten war allerdings schon zur Zeit ihrer praktischen Verfolgung keine reale Basis innerhalb der politischen und verwaltungsmäßigen Gren-

¹⁾ Dessen Leiter der Verfasser seit 1934 ist.

zen mehr vorhanden. So fanden Planungen und Bauten in einem vorgegebenen Rahmen statt, der wohlumhütet und eingengt war von der Grenze traditionellen Überkommens. Eine Staatsinstanz entschied 1937 in Antwort auf einen neuen Vorstoß allvereinigender Wasserwirtschaft des Harzes, „es solle das Wasser in jedem einzelnen Flußgebiet verbleiben“. Die „Dreifelderwirtschaft“ im Wasserhaushalts des Harzes wurde fortgesetzt: Im Bereich des ehemals hannoverschen Harzes schufen die „Harzwasserwerke der Provinz Hannover“ Talsperren mit den verschiedensten Aufgaben und Ausstrahlungsrichtungen, vorwiegend nordwestlicher Tendenz. Im benachbarten Freistaat Braunschweig wurden die forst- und jagdlichen Belange betont. Ostwärts der großen Flurgrenze plante ein „Talsperrenverband Ostharz“ Speicher- und Wirtschaftsbauten mit ebenso weitgespannten Ausstrahlungen in östlichen Richtungen (vgl. Karte 3).

An irgendeiner Stelle mußte dann einmal die Berührung erfolgen — die Frage war nur, mit welcher geistigen Voraussetzung man derselben gegenübertrat. Die auf beiden Seiten erkennbare Weitsicht hatte immerhin soweit die Gemüter vorbereitet, daß es zu einem Angebot gleichgerichteter Raumausfüllung gekommen war. Das fand neben dem Austausch der wissenschaftlichen Vorergebnisse und einigen verwaltungsmäßigen Kontakten zunächst seinen Niederschlag in der Aufteilung des Versorgungsgebietes in der Berührungszone: die im westlichen Flußbereich (Weser), jedoch bereits teilweise oder ganz im östlichen politischen Gebiet liegenden Gewässer der Ecker und Ilse sollten in Verbundwirtschaft mittels Ringleitung einen ebensolchen, d. h. östlichen und westlichen, Versorgungsraum erhalten. Die Zonengrenze, jetzt nahezu am gesamten Eckerlauf entlangziehend, das Einzugsgebiet des Flusses teilend, und, als seltsamstes Denkmal dieser Zeit, mit einer eisengespickten Quermauer auf der Sperrmauer der Talsperre, plastisch den Eisernen Vorhang darstellend, verwehrte die Belieferung in den östlichen Anteil. Das hat für manches Jahr nach der Fertigstellung der Eckertalsperre Schwierigkeiten bereitet, weil die vorgesehene Abnahme ausfiel. Wieder mußte die Lösung aus der Not kommen: die Versorgung ist nun ganz auf den Westen umgestellt, und das bedeutet Not für den östlichen Partner, der sich damit abfinden muß. — Die Schnittflächen werden vernarben, und eine unnatürliche Raumausfüllung wird wieder eine endgültige Trennung mit sich bringen.

Blieb der Zusammenstoß an der Nahtstelle von West- und Ostharz dank der Aufgeschlossenheit der Planer aus und durfte erst die Zonengrenze, an die Grenzziehung des Mittelalters anknüpfend, den vernünftigen Sinn ins Gegenteil verkehren, so scheint er jetzt unvermeidbar. Die Verhärtung der beiderseitigen Trennflächen, der Zwang zur neuen Ausfüllung der durchgeschnittenen Räume, treibt nun zu Gestaltungen, die entgegen einer natürlichen klaren Form gerichtet erscheinen. Der Osten beabsichtigt, das Wasser der Ilse, das wohl zum politischen Bereich des Ostens, im Wasserhaushalt aber zur westlichen Oker gehört, in einer Trinkwasserversorgung im eigenen Raum zu nutzen. Großraumplanungen, wie sie gegenwärtig im Wasserhaushalt der Oker im Sinne einer einheitlichen Bewirtschaftung im Gange sind, müssen davon erheblich beeinflußt werden. Wieder sind es Lösungen, die aus Not — zur Not wurden. So geht die Wasserwirtschaft im Harz den Weg der Echternacher Springprozession: drei Schritte vor, zwei Schritte zurück, weil nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch in der Gegenwart versäumt wurde, die unnatürlichen Grenzen aufzugeben. Um einen Schritt voranzukommen, muß ein Aufwand von fünf Schritten geleistet werden, vier davon: zwei vergeblich voran, zwei wieder zurück, sind nutzlos vertan. Das bedeutet an

menschlicher Energie, Hitzigkeit, Streit, unnötigem Verschleiß, Entzweigung, an Volksvermögen, Fehlleitungen soviel zusätzliche Kraft, daß nur ein Fünftel wirklicher Leistung verbleibt. Rationell ist ein solches Verfahren nicht.

Ob nicht die gegenwärtige Not um die Zonengrenze uns die tiefere und viel ältere Not der vorgeblich „lebenswichtigen Interessen“ jedes Kleinstraumes einmal vor Augen führt? Wir wollen ein Vereinigtes Deutschland, wenn möglich, in einem Vereinigten Europa. Und wenn es so weit sein sollte: soll dann die Vielfalt der Harzräume mit all den „Dreiersteinen“, „Streitorten“, Grenzen und Herrschaften bestehen bleiben? Den kommenden Geschlechtern weiterhin die „zwei Schritte zurück“ aufzwingen? Der Wunsch nach Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der am Vorhang inmitten des Harzes ebenso lebhaft ist wie nur zwischen Ostsee und Donau, soll reale Form gewinnen in dem Versprechen: Die Aufgabe zu übernehmen, für die Einheit im eigensten Bereich bereit zu sein, und in alle Zukunft Trennung und gegenseitige Verhärtung auszuschließen, um einer frei vorwärtsschreitenden, segensvollen und umspannenden, jedem dienlichen Entwicklung alle unsere Schritte — nicht nur einen von fünf — zu widmen!

Die Wasservorräte des Harzes

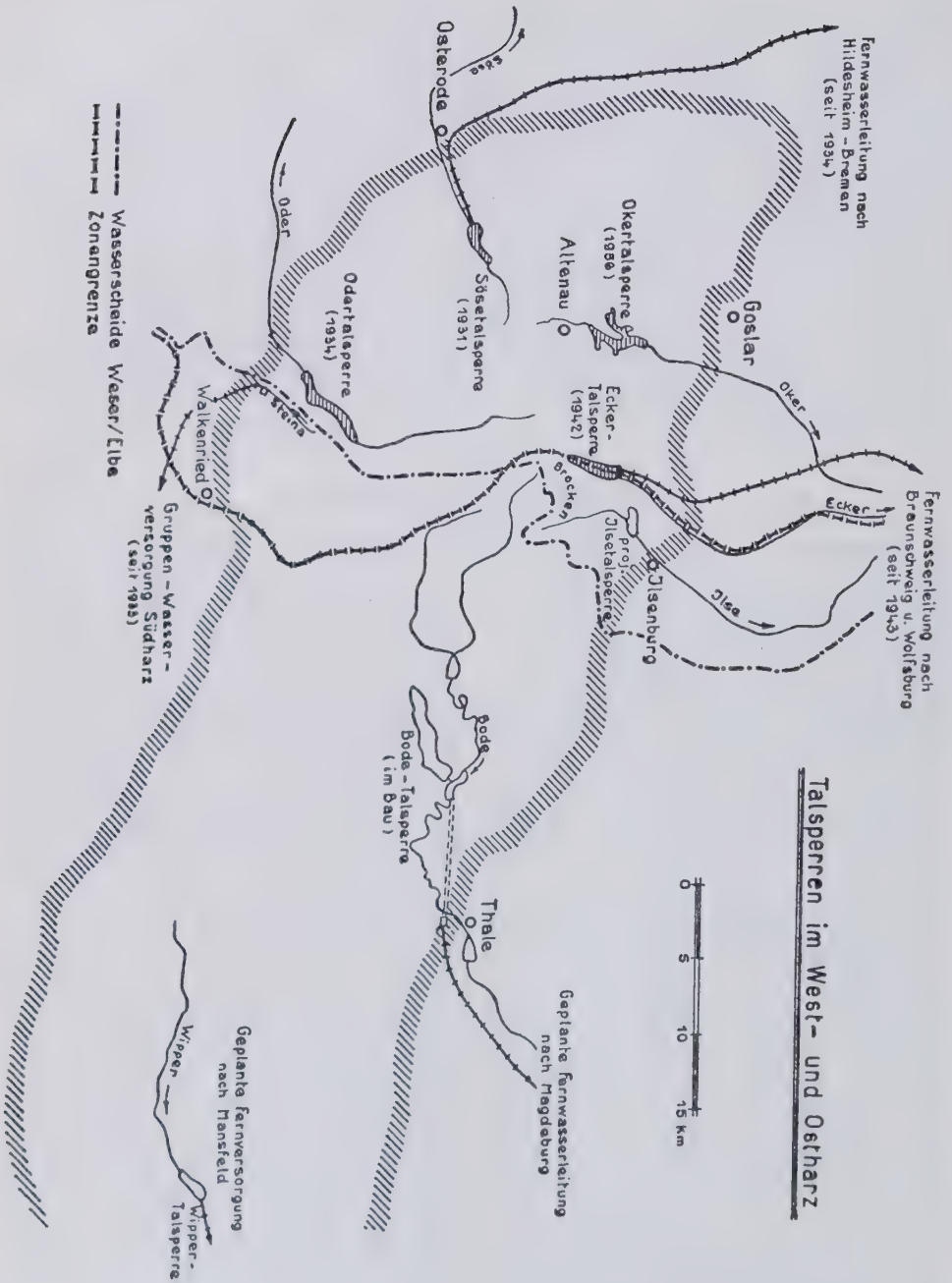
Die Vielfalt in der politischen Raumgliederung und die sich daraus ergebende wirtschaftliche Aufteilung spiegelt sich in der Erfassung der Wasservorräte des Harzes wider. Eng benachbarte Gruben- und Hüttenwerke und der Zwang, dadurch auch kleinste Gewässer und Gefälle nutzbar zu machen, führten zu einer Häufung der Sammelbecken, besonders im niederschlagsreichen Westharz. So sind in der Blütezeit des oberharzer Erzbergbaues dank der vielen konkurrierenden Unternehmungen („Gewerken“) auf der Clausthaler Hochfläche 67 Talsperren („Teiche“) größeren und kleineren Umfangs entstanden. Hier hat die spätere Zusammenfassung nach der politischen Konsolidierung durch den „Fiskus“ (heute: Preuß. Bergwerks- und Hütten-AG.-Preußag) eine Verbundwirtschaft höchster Vollendung erzielt. Nicht mehr kleine private Gefälle von 4 bis 16 m, sondern eine großzügige Vereinigung der einzelnen Stauhöhen zu einigen Kraftstufen von 130 bis 364 m beherrscht nun die Wasserkraftwirtschaft des Westharzes. Mit der im 16. Jahrh. lebhaft entwickelten Wasserwirtschaft liegt der Harz weit vor dem Start im westdeutschen Raum, wo die ersten Kunstbauten im Wuppertal 1890 (Eschbach-Talsperre), im Ruhrtal 1895 (Fuelbecke- und Heilenbecke-Sperre) nachzuweisen sind.

Eine zeitliche Gliederung der Wasserwirtschaft im Harz führt zu folgender Übersicht: 1. Zur Ausnutzung der Wasserschatze im Harz für die Zwecke des Bergbaues (mit einigen frühen Vorläufern für Fischzucht

bei Zellerfeld und Walkenried) waren vom 16. bis 18. Jahrh. auf dem Oberharz insgesamt 67 Teiche mit zusammen 10,5 Millionen cbm Stauinhalt angelegt worden. Größtes Werk dieser Art war der 1714—21 erbaute „Oderteich“ mit 1,67 Millionen cbm. Bei den oberharzer Teichen um Clausthal-Zellerfeld handelt es sich um Becken von 700 000 bis 20 000 cbm Inhalt; der älteste Bericht über die Schaffung dieser Teiche ist aus dem Jahre 1551 überliefert. Nach der Zusammenfassung der Sammelbecken und Gefälle zwischen 1930 und 1942 werden im Jahr 10—12 Millionen Kilowattstunden aus der alten oberharzer Wasserwirtschaft, 3,5 Millionen kWh aus der Oderteich-Wasserwirtschaft gewonnen.

Eine zweite Gruppe von Wasserkraft- und Wasserwirtschaftsanlagen für bergmännische Nutzung weist der Ostharz im Raum Stiege — Güntersberge — Harzgerode auf. Zahlreiche kleinere Teiche und Zubringergräben sind hier in die Hochfläche des Gebirges eingebettet, die der Eisen- und Silbergewinnung dienstbar gemacht sind.

2. Die Fernversorgung mit Trinkwasser aus dem Harz wurde durch die Stadt Nordhausen im Jahre 1906 eröffnet, als sie die zunächst 845 000 cbm große, im Jahre 1923 auf 1,23 Millionen cbm erweiterte „Nordhäuser Talsperre“ nördlich des Fleckens Neustadt baute. Die Stadt Wernigerode folgte dem Beispiel im Jahre 1936 mit der „Zillierbach-Talsperre“ mit etwa 2,50 Millionen cbm Stauraum. Die Gruppen-Wasserversorgung Südharz beliefert seit 1933



Bad Sachsa und die Gemeinden des nord-westlichen Landkreises Nordhausen mit Grundwasser aus dem Steinatal.

3. Die modernen Großbauten der Wasserwirtschaft im Harz seit 1926 sind nicht mehr der ortsgebundenen bergbaulichen Nutzung oder der ortsnahen Versorgung gewidmet. Der Umfang der Anlagen und die Verminderung des örtlichen Bedarfs infolge Erschöpfung des Erzreichtums gestatten es jetzt, Versorgungsaufgaben in größerer Ferne durchzuführen. Diese Aufgaben sind gegen die früheren Leistungen bedeutend erweitert, so daß der Wirtschaft im geräumigen Flachland Energie und Rohstoff im Wasser des Harzes dargeboten werden kann. Die nachstehende Aufzählung mag die Aufgaben dieser neuen Talsperren erläutern:

Sösetalsperre: Söse bei Osterode. Erbaut 1928—1931. Inhalt 25,5 Millionen cbm. Erbauer: Harzwasserwerke der Provinz Hannover.

Aufgaben: Hochwasserschutz bis zur mittleren Leine; Aufhöhung der Niedrigwasserführung für Triebwerke und Landwirtschaft (Grundwasser); Krafterzeugung jährlich 3 Millionen kWh; Trinkwasserversorgung in einer 200 km langen Fernwasserleitung nach Hildesheim, Bremen, verschiedenen ländlichen Wasserverbänden, Bundesbahn mit jährlich 14—17 Millionen cbm.

Odertalsperre: Oder bei Bad Lauterberg. Erbaut 1930—1934. Inhalt 30,6 Millionen cbm (Harzwasserwerke).

Aufgaben: Hochwasserschutz und Aufhöhung der Niedrigwasserführung (wie Sösetalsperre). Krafterzeugung jährlich 9—10 Millionen kWh. Lieferung des Ausgleichswassers für das durch die Sösetalsperre abgezweigte Trinkwasser in Rhume und Leine.

Eckertalsperre: Ecker bei Bad Harzburg. Erbaut 1938—1942. Inhalt 12,6 Millionen cbm (Harzwasserwerke).

Aufgaben: Hochwasserschutz; jährliche Krafterzeugung 1 Million kWh. Lieferung von jährlich 13 Millionen cbm Trinkwasser in einer 84 km langen Fernleitung nach Oker, Goslar, Braunschweig, Wolfsburg.

Okertalsperre: Oker bei Altenau. Erbaut: 1938—1956. Inhalt: 47,4 Millionen cbm (Harzwasserwerke).

Aufgaben: Hochwasserschutz für das nördliche Harzvorland bis Braunschweig; Aufhöhung der Niedrigwasserführung für Triebwerke, Grundwasser, Industrieabwasser. Krafterzeugung jährlich etwa 12 Millionen kWh. Beabsichtigt ist eine Trinkwasser-Fernversorgung im Raum zwischen Harz und Heide von jährlich 20 Millionen cbm.

Bodetalsperren: Bode und Rappbode bei Wendefurth. Baubeginn 1938 (Wasserverband Ostharz).

Überleitung des bei Königshof gesammelten Bodewassers durch einen Stollen in die Rappbodesperre (94 Millionen cbm), Sammlung des in der Bode verbliebenen und aus der Rappbodesperre im Kraftwerk genutzten Wassers in der „Wendefurth Sperr“ (10 Millionen cbm). Überleitung des gesamten Wassers im Druckstollen nach Thale. Hier Kraftwerk für jährlich 44 Millionen kWh und Trinkwasserversorgung nach Magdeburg für 15,8 Millionen cbm geplant. Aufhöhung des Sommerabflusses und Begrenzung in der Bodeniederung.

Wippertalsperre: Wipper bei Wippra (Wasserverband Ostharz, jetzt VEB Wasserversorgung Bode).

Baubeginn 1951, Ende 1952 wurde die Vordersperre bei Wippra (2 Millionen cbm) vollendet. Hauptsperre (35 Millionen cbm) oberhalb Wippra geplant. Aufgaben: Hochwasserschutz; Lieferung von Brauchwasser für den Industriebezirk Mansfeld-Hettstedt. Jährliche Energiegewinnung 1 Million kWh. Einspeisung von 13 Millionen cbm Trinkwasser in die Bode-Fernleitung.

Siebertalsperre: Sieber bei Herzberg. Projektierter Trinkwassertalsperre von 32,5 Millionen cbm Inhalt, jährliche Trinkwasserabgabe voraussichtlich 25 Millionen cbm in Richtung Hannover.

Ilsetalsperre: Ilse oberhalb Ilsenburg. Projektierter Trinkwassertalsperre von 14 Millionen cbm Inhalt, jährliche Trinkwasserabgabe von 8,9 Millionen cbm geplant, Versorgungsgebiet früher nördliches und nordöstliches Harzvorland.

Kulturarbeit im Schatten des Eisernen Vorhanges

HEINZ BRANDES

Im Jahre 1950 zählte der Kreis Osterode 91 890 Einwohner, 1955 nur noch 88 181 ¹⁾. Die Einwohnerzahl nahm also um 3709 ab. Davon betrug 1950 der Anteil der Flüchtlinge 35 723 und 1955 31 093, das bedeutet eine Abnahme von 4630 ²⁾. In den gleichen fünf Jahren nahm aber die Einwohnerzahl der einheimischen Bevölkerung um 1111 zu. Der Geburtenüberschuß betrug in dem Zeitraum monatlich zwischen 8 und 46. Das augenblickliche Verhältnis der Anmeldungen und Abmeldungen mögen die Zahlen von 1955 zeigen. Es wanderten aus dem Bundesgebiet, und zwar vorwiegend aus der „britischen Zone“, 3320 Personen in den Kreis Osterode, und dazu kamen aus den Gebieten jenseits des Eisernen Vorhanges 599 Personen. Die Zahl der Abwanderungen dagegen betrug 5039 nach dem Bundesgebiet und 120 nach Mitteldeutschland. Der Geburtenüberschuß von 414 Personen mildert zwar die Härte dieser Zahlen, vermag sie aber bei weitem nicht auszugleichen.

Was sagen diese Zahlen? Es stehen sich gegenüber die Zunahme der einheimischen Bevölkerung um 111 Bewohner und die Abnahme der Flüchtlinge um 4630. Etwa 90% dieser 4630 Flüchtlinge wurden vorwiegend nach Nordrhein-Westfalen umgesiedelt, oder sie wechselten auf eigene Initiative den Wohnort. Die einheimische bäuerliche Bevölkerung nimmt zu, und die Flüchtlinge wandern in die Industriegebiete des Westens. Diese gleichmäßige Bevölkerungsbewegung berührt nicht nur das Leben des Zonenrandkreises direkt, sondern auch das innere Gleichgewicht des nördlichen Teiles der Bundesrepublik und damit indirekt wieder die Zonenrandkreise.

Es ist nun die Frage, ob diese Abwanderung nach dem Westen weiterhin in diesem Maße bestehen bleiben wird und ob es im Ganzen gesehen richtig wäre, sie zu beeinflussen oder ihr zu steuern, wobei die weitere Frage entsteht, mit welchen Mitteln eine derartige Bewegung überhaupt zu beeinflussen wäre. Zweifellos ist es die Industrie, die die Menschen von hier nach dem Westen lockt: Man ist bereit, die zahllosen Zufälligkeiten und Schwierigkeiten eines Wohnungswechsels und eines Wechsels der Lebensbedingungen auf sich zu nehmen, um sich oder den Kindern Aufstiegsmöglichkeiten im Leben zu geben. Der andere Weg, nämlich der der Umsiedlung von Industrien in das Zonenrandgebiet, stößt auf größte Schwierigkeiten. Dabei sind nicht nur hohe Gewerbesteuern und die Verkehrslage für die Ablehnung entscheidend, sondern auch der „Schatten des Vorhanges“, d. h. das einseitige Absatzgebiet. Deshalb wäre es wichtig, wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte planvoller aufeinander abzustimmen, als das gewöhnlich in Verkennung der kulturellen Seite geschieht. Ein hochverschuldeter Zonenrandkreis kann nur in begrenztem Maße freiwillig kulturelle Aufgaben übernehmen. So kommt es, daß sich die kulturell verantwortlichen Menschen hier als Pioniere fühlen, die zwar Anerkennung, aber nicht immer ausreichende Hilfe für ihre opferreiche Tätigkeit finden.

¹⁾ Zahlen jeweils vom 31. 12. des Jahres.

²⁾ Flüchtlinge mit Ausweis A—C und deren Kinder.

Schule

Zur Zeit des Währungsschnittes betrug der Schulraum im Kreis Osterode je Kind etwa 0,6 qm. Bis 1955 ist es gelungen, in den 36 Landgemeinden und 4 Städten des Kreises ihn je Kind auf 1,4 qm zu erhöhen. An dieser Aufbauleistung betrug der Anteil der Gemeinden und Städte durchschnittlich etwa 40—45%, der Anteil des Landes etwa 35%, der Rest wurde zum geringen Teil durch den Bund und zum weitaus größeren durch den Kreis aufgebracht, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Kreismitteln bis 1954 nur als verlorene Zuschüsse und nicht wie seitdem als Darlehen gewährt wurden.

Die Schulbauplanungen des Kreises zielten aber nicht nur auf die Beseitigung der Schulraumnot ab, sondern sie berücksichtigten auch bestimmte pädagogische Schwerpunkte, die sich nicht zuletzt aus der Zonenrandlage ergaben. So wurde z. B. den landwirtschaftlichen und den gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen und Berufsfachschulen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreisberufsschule mit vier neuzeitlich eingerichteten Schulgebäuden liegt im Zuge einer gründlichen bäuerlichen Berufsausbildung und der Begegnung der Landflucht, dem Drange nach der westlichen Industrie. Auch bei der Errichtung einer zweiten Oberschule im Kreise war der Gesichtspunkt, den Kindern tüchtiger Ingenieure Beschulungsmöglichkeiten zu geben und dadurch der heimischen Industrie gute Kräfte zu erhalten, wesentlich. Und gerade diese Schule mußte unter außergewöhnlich großen Opfern der betreffenden Stadt ohne Beteiligung des Bundes und des Landes gebaut werden. Im gleichen Sinne ist auch die Umwandlung von drei Berufsschulzweckverbänden in eine gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Kreifachschule erfolgt. Der Kreis hat größtes Interesse an einer vorbildlichen berufsmäßigen Beschulung der Jugend. Er ist jetzt dabei, zwei neue Schulgebäude zu errichten und mit ausreichenden Werkstätten und Spezialeinrichtungen für die Fachklassen auszustatten.

Erwachsenenbildung

Alle kulturellen Maßnahmen eines Zonenrandkreises, auch des Kreises Osterode, stehen in einem Spannungsfeld, dessen Energien aus dem Spüren und dem Erkennen einer inneren Umwandlung kommen, einer Wandlung, die vielleicht im Vergleich zu den „ausgerichteten“ und zielstrebigen kulturellen Bemühungen der DDR hier bewußter wird und die nicht nur zu theoretischen Vergleichen, sondern zum Tätigsein herausfordert. Aus diesem Grunde kommt einem Gebiet der Kulturpflege, nämlich der Erwachsenenbildung besondere Bedeutung zu. Der Kreis hat im letzten Jahr (1955) die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß im Laufe des Winters 95% der Kreisbevölkerung die Möglichkeit hatte, an Vorträgen und Arbeitsgemeinschaften der Erwachsenenbildung teilzunehmen. Die Städte und die 13 größten Landgemeinden haben feste Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die übrigen kleineren Gemeinden werden von der Kreisverwaltung aus betreut, ohne daß eine feste Organisation in Form einer Kreisvolkshochschule gegründet wurde. Man ging von dem Standpunkt der Dezentralisation aus und ließ jedes Dorf sich entsprechend seinen Voraussetzungen erwachsenenbildnerisch betätigen, wobei der Kreis finanziell unterstützte und durch Tagungen und Besprechungen anregte. Auf diese Weise wuchs von unten und von innen her ein umfassendes Erwachsenenbildungswerk, das in keiner Weise den Stempel des Organisierten trägt.

Die methodischen Formen der Arbeit sind so verschieden wie die Gruppen der Hörer und die soziologische Struktur der Landgemeinden. Sie reichen vom Vortrag bis zum Rudentischgespräch und zur langdauernden Arbeitsgemeinschaft. Die Themen sind Heimatkunde im weitesten Sinne und Gegenwartsfragen. Einige Trimesterthemen der Volkshochschule Osterode, die jeweils in einer Kernreihe und einer größeren Anzahl von Arbeitsgemeinschaften behandelt wurden, lauteten: Europa als Konstruktion und Idee; Die Welt um uns; Was geschieht mit uns, neben uns, durch uns?; Deutung der Gegenwart; Der Osten; Der Mensch und seine Gemeinschaften; Fremde Länder — fremde Völker; Der Harzraum spricht zu dir; Technik, Fortschritt, Mensch; Erfüllte Freizeit — schöpferische Muße u. a. Es geht hier darum, das Geschichtsbewußtsein für die Gegenwart zu wecken und zu schärfen.

Nicht unerwähnt bleiben mag, daß auch die berufsbildenden Kurse in der Kreisstadt und in einigen Gemeinden jungen Menschen Gelegenheit geben, sich beruflich fortzubilden, und der Zustrom zeigt, wie unentbehrlich diese Bemühungen sind. Im Zuge dieser Arbeit liegen auch die Freizeiten und Sommerschulen, die die Volkshochschule Osterode in jedem Jahr mit einer Gruppe von Hörern im Ausland in irgendeiner Heimvolkshochschule durchführt. Diese Sommerschulen werden sprachlich und allgemein kulturell ausreichend vorbereitet, so daß im Ausland echte Gespräche und gegenseitiges Kennenlernen möglich sind. Der Oberkreisdirektor des Landkreises hat in dem Bestreben, die verantwortlichen Verwaltungsbeamten mit den Selbstverwaltungseinrichtungen und -bestrebungen fremder Länder vertraut zu machen, eine Lehrfahrt mit den Stadt- und Gemeindedirektoren in die Schweiz unternommen. Diese Fahrten werden auch nach anderen Ländern durchgeführt.

Volksbücherei-, Film- und Bildwesen

Im engen Zusammenhang mit dem Bildungswesen im allgemeinen und der Erwachsenenbildung im besonderen stehen das Volksbücherei-, das Film- und Bildwesen des Landkreises. Bei einem Gesamtbestand von 20 000 Bänden stehen z. Zt. 23 Bände für 100 Einwohner der Büchereigemeinden zur Verfügung. Die Zahl der Ausleihungen steigt ständig und beträgt etwa 47 000. 14 Volksbüchereien haben angeschlossene Jugendbüchereien. In den letzten 5 Jahren wurden folgende Erfahrungen mit den Volksbüchereien gemacht: Entscheidend für die kulturelle Bedeutung einer Volksbücherei ist der Büchereiwart. Wenn er über das Ausleihen hinaus seine Leser auch berät und mit ihnen über das Gelesene diskutiert, steigt nicht nur die Zahl der Ausleihungen, sondern auch die Lesefreudigkeit und die Qualität der Auswahl. Eine bewußte Verbindung von Volksbücherei und Erwachsenenbildung hat zur Gründung von Lesekreisen geführt, die sich besonders mit zeitgenössischer Literatur befaßt haben. Die anzustrebende Form der Volksbücherei ist die Freihandbücherei. Die auffallend starke Begeisterung der Jugend ist überall dort in Erscheinung getreten, wo Freihandbüchereien für die Jugend gegründet wurden. Darüber hinaus hat sich aber gezeigt, daß die Erwachsenen in einer Freihandbücherei auch zu wissenschaftlichen, besonders zeitgeschichtlichen Werken greifen. Sie können die Bücher in die Hand nehmen und stoßen beim Durchblättern auf Ansatzpunkte aus ihrem Erlebnisbereich. Diese Erfahrungen weisen den Weg zur Freihandbücherei mit erweitertem Buchbestand auch in den Landgemeinden. Die Volksbücherei darf nicht beziehungslos arbeiten, sondern

sie muß sowohl zur Schule als auch zur Erwachsenenbildung Verbindung halten. Das kann sie aber nur unter den Voraussetzungen eines ausreichenden und umfassenden Buchbestandes, einer verantwortungsbewußten Leitung und einer Freihandbücherei.

Ebenso große Bedeutung wie dem Volksbüchereiwesen kommt dem Film- und Bildwesen eines Landkreises zu. Die Erkenntnis, daß durch richtige Anwendung von Anschauungsmaterial der Unterrichtsstoff vertieft und leichter erfaßt wird, hat den Landkreis Osterode veranlaßt, für seine Kreisbildstelle besondere Mittel auszuwerfen. In den letzten 10 Jahren wurden über 30 000 DM zur Anschaffung von Geräten, Lichtbildreihen und Filmen vom Kreise ausgegeben. 1954 betrug die Anzahl der Filmausleihungen über 3000 und die der Ausleihungen der Lichtbildreihen über 1000. Selbstverständlich bedient sich auch die Erwachsenenbildung in den Landgemeinden der Bildgeräte und der großen Auswahl an Lichtbildreihen. So wird sowohl auf dem Gebiete des Büchereiwesens als auch auf dem Gebiet des Bildwesens eine rege inhaltliche Verbindung gehalten zwischen Schule und Erwachsenenbildung.

Landchöre — Sängerbünde

Ein wichtiger Kulturträger der Landgemeinde ist der Männerchor. Während in Süddeutschland neben dem Chor die dörfliche Blaskapelle tritt (in Württemberg und Baden allein gibt es etwa 2000 Blaskapellen), die vorwiegend den Musikbedarf des Dorfes bei Festlichkeiten, bei Trauerfeiern und beim Tanz befriedigt, treffen wir im Landkreis Osterode, wie in vielen anderen niedersächsischen Kreisen, nur auf wenige Kapellen, die naturgemäß auch in technischer Hinsicht den süddeutschen unterlegen sind. Dafür gewinnt aber der Chor an Bedeutung, und es gibt kaum ein Dorf ohne Chor, der zum Konzert, zur Feier und zum Begräbnis zu singen hat. Die Chöre im Landkreis Osterode waren zunächst fast ausschließlich Männerchöre. Das hatte musikalische, daneben gesellschaftliche Gründe, denn man traf sich nicht nur wöchentlich zum Singen sondern auch zur Pflege der Geselligkeit. Die Bäuerin trat dabei kaum in Erscheinung. Mit dem starken Flüchtlingsstrom kamen die sangesfreudigen Frauen aus Schlesien und Ostpreußen in den Landkreis. Damit trat die singende Frau in die Öffentlichkeit, und zwar zum Teil in neu gegründeten kleinen Frauenchören, zum Teil in gemischten Flüchtlingschören, zum Teil bildeten sich die alten Männerchöre dort, wo ein tüchtiger Dirigent vorhanden war, zu gemischten Chören um. Jedenfalls gab es in den ersten Jahren nach dem Kriege in einzelnen Dörfern erhebliche Auseinandersetzungen, bis schließlich die rechte organisatorische Form gefunden war. Wichtig ist dabei die Tatsache, daß die Frauenchöre und die gemischten Chöre durchschnittlich ein höheres Auswahlniveau ihrer Lieder haben und daß auch ihre Geselligkeit ein anderes Gepräge hat.

Die beiden Sängerbünde, der DAS und der DSB, sind sehr bemüht, veraltetes Liedgut allmählich durch wertvolleres und zeitgenössisches zu ersetzen und Dirigenten und Sänger in ihren technischen und musikalischen Leistungen zu fördern. Bei diesem Bemühen stoßen sie aber in wachsendem Maße auf eine Schwierigkeit, die sich von einer außermusikalischen Seite her auf die Chöre auswirkt. Es vollzieht sich nämlich im Rahmen der Lehrerbildung eine Umwandlung, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Augenblicklich haben die Landchöre große Schwierigkeiten, geeignete jüngere Lehrer als Chorleiter zu bekommen. Das ist nicht

allein Frage des musikalischen Könnens der Lehrer, sondern auch eine ästhetische und soziologische Frage. Das Problem wird sich aber noch verschärfen, weil sich das Zahlenverhältnis von Lehrern und Lehrerinnen zugunsten der letzteren von Jahr zu Jahr erheblich verschiebt. 1955 betrug der Anteil der Studentinnen an den Pädagogischen Hochschulen bereits über 70%. In wenigen Jahren wird nicht nur die Landschule ein anderes Gesicht bekommen, sondern auch das Verhältnis des Dorfes zur Schule und zur Lehrerschaft. Wer wird dann den Männerchor leiten? Mancher wird heute diese Frage belächeln. Zu Unrecht, denn die Tätigkeit des Männerchors wird im Dorf und darüber hinaus — das beweisen die Wertungssingen — ernst genommen, weil sie weit über das hinaus geht, was man als Gesangsliebhaberei zu bezeichnen pflegt. Der Männerchor verkörpert in vielen Fällen das Kernstück alter dörflicher Tradition. Er ist damit zu einem Symbol des Althergebrachten geworden. Man darf nicht übersehen, daß in einer ganzen Anzahl von Männerchören jüngere Sänger durchaus nicht fehlen, sich also zu dieser Tradition bekennen.

Kulturpolitik am Zonenrand

Die Ausführungen sollen zeigen, daß die Kulturpflege eines Land- und Zonenrandkreises vor zahlreichen gesellschaftlich und geschichtlich bedingten Problemen steht, die heute selten in diesen Zusammenhängen und Bedingungen gesehen werden. Natürlich wird man in anderen Landkreisen ähnliche innere Umwandlungsvorgänge beobachten können. Aber was bedeuten diese Vorgänge in der Nähe des Eisernen Vorhanges? Sie liegen im unmittelbaren Blickfeld von „drüben“ und unterliegen damit einer scharfen Kritik, die wir zwar nicht zu fürchten brauchen, aber als Realität erkennen müssen. Dazu kommt noch die propagandistische Auswertung, die nicht davor zurückscheut, Gegensätze und Schwächen besonders zu betonen. Wir wissen das und gehen unseren Weg weiter. Der Landkreis hat für seine kulturellen Aufgaben im Rahmen der Erwachsenenbildung des Film- und Bildwesens, des Volksbüchereiwesens, der Heimatpflege, der Unterstützung der Kulturvereinigungen und auch der Unterstützung notleidender Studenten des Kreisgebietes je Einwohner 0,44 DM eingesetzt. Die unmittelbar in den Kreis geflossenen Bundes- und Landesmittel für die gleichen Aufgaben betragen weniger als ein Viertel dieser Summe. Es müssen allerdings auch die mittelbaren Bundes- und Landesunterstützungen erwähnt werden, die der Landesbühne Niedersachsen Süd und dem Göttinger Sinfonieorchester gewährt werden. Beide haben sich besonders durch ihre Tätigkeit im Zonenrandgebiet große kulturelle Verdienste erworben. Aber wie groß waren die Schwierigkeiten, bis beide Einrichtungen die Anerkennung der Bundes- und Landesparlamente und -behörden fanden und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine einigermaßen gesicherte Existenz erhielten.

Im ganzen gesehen spielt sich die Kulturpflege unseres Zonenrandkreises trotz aller Schwierigkeiten in einer Atmosphäre der ruhigen und sachlichen Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart ab, wobei wir die „heißen Eisen“ nicht scheuen. Wir fühlen uns der Aufgabe gewachsen und versuchen immer wieder, die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Betonung einer freiheitlich-mitbürgerlichen Gesinnung an exponierter Stelle im Schatten des Eisernen Vorhanges ist das Besondere unserer Arbeit.

Zur „Revolution des Wehrdenkens“

Eine Zuschrift

... bin ich Ihrer Bitte nachgekommen und habe den Inhalt der weiteren Hefte mit Aufmerksamkeit verfolgt, wobei vor allem die weltpolitischen Perspektiven meine volle Billigung und Anerkennung gefunden haben. Hier ist das politische Kraftfeld der Welt in seiner Wesensstruktur klar erfaßt worden. Nun gibt mir allerdings das Maiheft Anlaß zu einem Diskussionsbeitrag ...

Alle bisherigen Kriege haben noch nie eine moralische Legitimierung zur Voraussetzung gehabt, sondern die Kirchen haben sich bisher immer nur bemüht, dem Faktum Krieg ihrerseits durch eine moralische Legitimierung gerecht zu werden, ganz abgesehen davon, daß sie selbst ihn als Mittel zur Durchsetzung ihrer irdischen Machtstellung benutzten. Der Krieg ist also nicht abhängig von einer moralischen Legitimierung, gleichgültig, ob man sich von kirchlicher oder von staatlicher Seite um eine solche Legitimierung bemüht. Folglich wird auch eine moralische Ächtung des Krieges seinen Ausbruch nicht verhindern können, gleichgültig, ob er mit konventionellen Mitteln oder mit Atomwaffen geführt wird. Es läßt sich also aus der Form des Krieges als eines möglichen Vernichtungskrieges nicht die Pflicht zum Widerstand gegen jeden Kriegsdienst herleiten, wie Sie es glauben vornehmen zu können. Wenn Sie die Lebensgemeinschaft eines Volkes dazu auffordern, sich als solche gegenüber Gegnern nicht mehr zu behaupten, sondern vielmehr dazu auffordern, jeden Wehr- und Widerstandswillen aufzugeben, dann zerstören Sie eines der Hauptwesensmerkmale einer volklichen Lebensgemeinschaft überhaupt, nämlich den Willen zur Selbstbehauptung. Mit dem Verzicht auf Verteidigung des geschichtlich zugewachsenen Lebensraumes gibt sich aber ein Volk als geschichtlich gewachsene Lebensgemeinschaft überhaupt auf. Die kaum steuerbare wachsende Übervölkerung der Erde führt unweigerlich in die Periode totaler Existenzkriege, die möglicherweise auch zur Anwendung atomarer Waffen führen werden. Diese Möglichkeit liegt schon deswegen nicht fern, weil ja bereits Atombomben auf die Zivilbevölkerung eines Landes ohne zwingenden Grund abgeworfen wurden und zwar ausgerechnet von einer Macht, die sich zum Verfechter einer humanitären Ideologie aufwirft. Wie aber werden sich die Atom-

mächte verhalten, wenn es um die nackte Existenz geht? Liegt nicht vielleicht auch in der Möglichkeit eines kommenden Atomkrieges eine immanente Naturgesetzlichkeit, indem nämlich der technische Mensch einmal durch seine Fortschritte für eine rapide Übervölkerung sorgte und zum anderen durch die gleichen Fortschritte die Mittel zur Beseitigung eines Überschusses bereitstellt, während der vortechnische Mensch den großen Seuchen preisgegeben war. Liegt nicht im möglichen Atomkrieg auch ein Strafgericht Gottes, welches überzüchtete Zivilisationen immer noch — wie Sodom und Gomorrha — heimsuchte, um den prometheischen Menschen in seine Schranken zu weisen.

Aber abgesehen von düsteren metaphysischen Perspektiven müssen sich doch Männer, die die gegenwärtige Weltlage in so ungewöhnlich kluge Perspektiven einzufangen vermögen, darüber klar sein, daß die von dem Autor Nikolaus Koch vorgeschlagene Abhilfe: „Die Wehrhaftigkeit, die sich aus der Revolution des Wehrdenkens ergibt, macht die gewaltlose Selbsthilfe auf allen Lebensgebieten zum allgemeinen Prinzip“, schlechthin unsinnig ist. Diese Formulierung ist absolut unpolitisch, wenn man voraussetzt, daß politisches Denken prinzipiell Machtdenken ist. Mit schönge-schliffenen Essays und Formulierungen dieser Art einem so elementaren Ereignis wie dem Kriege beizukommen, ist leider Utopismus. Gerade bei einer geopolitischen Zeitschrift muß der Leser allerdings bei allem sittlichen Ernst doch eine tiefe realpolitische Einschätzung der Menschen und der von ihnen geschaffenen Einrichtungen voraussetzen. Das bedeutet allerdings nicht, die Wehrpflicht zu diffamieren, weil andere Mächte im Besitze von Atombomben sind, sondern man könnte und müßte erwarten, daß darauf hingewirkt wird, daß sich alle Mächte, die nicht im Besitze der Atomwaffen sind, der Einflußnahme dieser Mächte entziehen, um sie zu isolieren; denn gerade die Existenz der Vernichtungswaffen verpflichtet um so mehr, die weltpolitischen Aufgaben mit den Mitteln der Verhandlung so gut wie möglich zu bewältigen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich eine internationale Moral nur auf der primitivsten Stufe verwirklichen läßt, nämlich auf der Stufe, die Feuerbach irrig-

weise zu einer allgemeinen Grundlage der Moral machen wollte: „Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Eine ganz andere Frage ist es freilich, ob eine allgemeine Wehrpflicht den zeitgemäßen Forderungen entspricht. Eine

andere Frage ist es auch, ob eine Wehrpflicht in scheinsouveränen Teilstaaten proklamiert werden kann, wenn der ureigene Sinn der Wehrpflicht keine Erfüllung finden kann?
Rainer Taepper

Wehrform und Geschichte

Unsere Antwort

„Zum ersten Male in der Wehrgeschichte ist die Identität von Selbstverteidigung und Selbstmord gegeben.“ Dieses Wort des militärwissenschaftlichen Mitarbeiters Ernst van Loen entstammt der Abhandlung „Der Weg aus der Atomsackgasse“ (Zur Metaphysik der Lage) aus unserer Broschüre „Atomkrieg — Grundlegende Informationen“, einer Schrift, deren Kenntnis jede Diskussion über Fragen des modernen Krieges, der Wehrbereitschaft und der Wehrpflicht abkürzt¹⁾. Das oben angeführte Zitat ist keine pazifistische Aussage gegen den Krieg. Es kennzeichnet vielmehr die Grundtatsache der modernen Wehrgeschichte, daß mit der modernen Waffenentwicklung und der Entwicklung der Waffenträger, mit dem Einbruch der dritten Dimension in das Raumbild des Krieges und mit der dadurch ausgelösten Strategie im Falle äußerster Gewaltanwendung der Selbstmord gegeben ist.

Daß sich mit dieser Grundtatsache der modernen Wehrgeschichte Folgen in der juristischen, völkerrechtlichen, wehrpolitischen und wehrpsychologischen Behandlung des Krieges ergeben, ist unabwendbar. Aussagen in dieser Beziehung kommen nicht aus irgendeinem Aberglauben an die Vermeidbarkeit des Krieges oder aus einer Hoffnung auf die endgültig friedliche Menschheit. Sie rühren vielmehr aus einer ernsthaften und gründlichen Untersuchung der kriegsgeschichtlichen Entwicklung und dem Versuch, einer im militärwissenschaftlichen und soldatischen Sinne konsequenten Beurteilung der Lage und Wertung der Tatbestände. Wer sich diesen Zusammenhängen entzieht, würde beweisen, daß er nicht den Mut hat, sich den Tatsachen zu stellen, wie sie sich mit der modernen Entwicklung eingestellt haben. Er argumentiert notwendig unter Voraussetzungen, die heute nicht mehr gegeben sind.

In der Tat ist die Geschichte des Krieges vielfältiger, als Sie es zu Beginn Ihres Schreibens dargestellt haben. Moralische Rechtfertigung und rechtliche Abgrenzung

des Krieges im Wandel der europäischen Geschichte behandelt in hervorragender Weise das schon öfters bei uns zitierte und seit Jahren hochaktuelle Buch „Vom Nomos der Erde“. Wir dürfen an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir — wieder in Anlehnung an jenes Buch — in Kürze eine Arbeit über die „Lehre vom gerechten Krieg“ veröffentlichen werden. Dies aber sei heute bereits festgehalten: Die Geschichte des Krieges ist weniger die Geschichte der nachträglich von Kirchen „moralisch legitimierten“ Barbarei als vielmehr die Geschichte der — wenn auch unzulänglichen — Versuche einer gewaltsamen Behauptung, Verteidigung, Sicherstellung oder Verbreitung sozialer Existenz, es ist, um mit Clausewitz zu sprechen, die Geschichte der mit anderen Mitteln fortgesetzten Politik. Die Atomstrategie und der Atomkrieg dagegen sind Formen einer nicht mehr fortführbaren Praxis, der Praxis einer zu Ende oder aber zum Ende aller gehenden nihilistischen Epoche.

Eines ist die moralische Ächtung des Krieges, ein anderes: der Aufruf zum aktiven Einsatz gegen das, was man heute nur noch sehr zu unrecht als Krieg bezeichnet, gegen den entarteten Vernichtungsvorgang des atomaren und nuklearen Massenmords. Das erste ist Appell an ethische Gesinnung, ein Bemühen, von dem Hugo Kükelhaus mit Recht sagt, es treibe alles auseinander. Darin werden Sie zustimmen. Das andere ist sittliche Entscheidung und Selbstvollzug: Ein Bemühen, das im höchsten Grade politisch und soldatisch ausgerichtet ist.

Wenn Sie von „Selbstbehauptung der volklichen Lebensgemeinschaft“ sprechen, so können Sie doch eigentlich nichts anderes meinen als: sich behaupten gegen Untergang, gegen die drohende Gefahr der Vernichtung, auch der Selbstvernichtung. Dann aber kommt es nur darauf an, woher die Vernichtung, der Untergang oder der Selbstmord droht. Wenn von dem, was in seiner ursprünglichen Form als Krieg bezeichnet wurde, dann steht der Feind eben dort, dann wendet sich die Nation notwendig gegen dieses und alle seine mörderi-

¹⁾ Bad Godesberg 1955, DM 3,90

schen und gefährlichen Qualitäten bedingenden Kräfte. Das läge doch im Zuge Ihres eigenen Denkens, wenn man den Mut hat, folgerichtig zu analysieren.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die neuen Vernichtungsmittel eine Revolution der Kriegführung ausgelöst haben. Revolution heißt umdenken lernen. Es wird niemandem, weder Militärs noch Politikern erspart bleiben, umzudenken. Was durch Jahrtausende in Kriegführung und Wehrdenken selbstverständlich gewesen sein mag, ist plötzlich nicht mehr selbstverständlich. Ist das so außergewöhnlich? Auf dem Gebiete der Naturwissenschaft werden wir fast täglich vor neue Tatsachen und revolutionäre Ereignisse, Entdeckungen, Ungewöhnlichkeiten gestellt. Die „faustische“ Technik hat es eben fertiggebracht, den Krieg nicht nur ins Globale auszuweiten, sondern ihn auch in seinem Sinn umzukehren.

Die Wehrhaftigkeit, die sich aus der Revolution des Wehrdenkens ergibt, macht gewaltlose Selbsthilfe auf allen Lebensgebieten zum allgemeinen Prinzip. Diese Formulierung unseres Mitarbeiters Nikolaus Koch hat Sie besonders getroffen. Allein, die Aussage, daß aus der „Revolution des Wehrdenkens“ eine neue, bestimmte Art von „Wehrhaftigkeit“ hervorgeht, bezeugt, daß es sich bei der „gewaltlosen Selbsthilfe“ offenbar nicht um „Ohnmacht“ oder „Machtlosigkeit“ handelt. Der Krieg verlagert sich lediglich auf eine andere Ebene. Während das, was bisher Krieg war, mit der Kriminalisierung zum Massaker entartet, werden die Fronten neu gezogen.

Es läßt sich nicht nur beweisen, daß die gewaltlose Selbsthilfe bereits im Sinne eines machiavellistischen Machtdenkens effektiv zur Erlangung bestimmter Machtpositionen geführt hat, z. B. bei den asiatischen und afrikanischen Völkern, in Indien, Indonesien, Ceylon, Ägypten. Es läßt sich sogar nachweisen, daß die Atomstarken zugleich die Schwachen und die Gefangenen ihrer eigenen Stärke sind. Zwar haben sie die Atmosphäre bereits in einem für alle Menschen und Völker bedrohlichen Maße verseucht, aber sie haben ihre Feindschaften nicht zu einem gewaltsamen Austrag bringen können und ihre Probleme nicht gelöst. Sie stecken in der Sackgasse des atomaren Gleichgewichts und können aus diesem „Gleichgewicht des Schreckens“ nicht ausbrechen, ohne sich selbst zu verlieren. Die britische Atommacht beispielsweise hat im Zeitraum ihrer Atomaufrüstung mehr als ihr halbes Weltreich aufgeben müssen, während die Atomschwachen ihre nationale

Unabhängigkeit, Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft, Konsolidierung ihres Staates, Selbstbestimmung und Souveränität erlangt haben.

Sie selbst haben das Empfinden, daß der Zusammenschluß aller atomlosen Mächte und ihre Auskreisung aus dem Machtbereich der Atomgiganten einen entscheidenden weltpolitischen Faktor abgeben könnten. In der Tat bilden heute bereits die „blockfreien“, atomschwachen Mächte einen entscheidenden Faktor des Weltgeschehens. Von welcher Bedeutung dieser ist, mag man leicht am Eifer der beiden „Weltherren“ ermessen, mit dem diese jegliche Unentschiedenheit in der Frage „Ost oder West? als eine unerlaubte Handlung brandmarken und diese Alternative den Völkern als unausweichlich suggerieren bzw. oktroyieren wollen. Der Kampf gegen den „Neutralismus“ und das Wettrennen um die Gunst der neutralen und unabhängigen Mächte geschehen eben nicht, weil diese etwa wegen ihres Mangels an Stärke bedeutungslos geworden wären.

Sie stellen anheim, daß im Atomkrieg vielleicht eine immanente Naturgesetzlichkeit walte. Aber selbst wenn wir einmal davon absehen, daß der Atomkrieg kein Krieg im klassischen Sinne mehr ist, und annehmen, daß er in der Erd- und Menschheitsgeschichte schicksalhaft wurzelt — was ist nicht schicksal- und gesetzhaft verankert? — dann könnte dies doch nicht bedeuten, daß man sich damit abzufinden habe. Auch Blitz und Donner liegen im Zuge natürlicher Prozesse. Der Mensch hat Mittel und Wege, sich dagegen zu schützen, zu sichern, zu verteidigen. Und er sucht danach. Gerade Sie fordern die mannhafte Selbstbehauptung. Fort also mit allem Fatalismus! Die germanischen Völker haben die Würde des Menschen stets in seiner Freiheit gesehen: Der Mensch ist Selbstgestalter seines Schicksals.

Wenn Sie den Atomkrieg geradezu als ein mögliches „Strafgericht Gottes“ zur Debatte stellen, werden erst recht alle Fatalisten geneigt sein, ihre letzte Widerstandskraft gegen Untergang und Selbstvernichtung aufzugeben. Dann sind aber Sie es, der den Selbstbehauptungswillen der Menschen gelähmt hat und nicht wir, die wir zum Widerstand gegen die Bedrohung der Existenz aufgerufen haben.

Sie unterstellen uns zu unrecht, daß wir zu unrealistischen Schlüssen neigen. Wir haben sehr früh das Problem der Atomsackgasse in seiner metaphysischen Bedeutung zur Debatte gestellt und untersucht. Wir nehmen nicht an, daß die Atomgiganten

nur ihre Waffen abzulegen brauchten, damit der Friede gesichert sei. In unserer oben erwähnten Broschüre, auf die heute viele einschlägige Untersuchungen ausdrücklich Bezug nehmen, haben wir das Paradox der atomaren Lage deutlich umrissen: Die Atomstrategie ist das Ergebnis der Fortentwicklung der Kriegskunst und Waffentechnik zu höchster Machtentfaltung und Effektivität mit dem Umschlag und unter gleichzeitigem Zwang zu absoluter Inaktivität. „Ihr pures Vorhandensein als Mittel der Drohung zur Abschreckung erschöpft ihre Möglichkeiten der Selbstverteidigung.“ Aus einer solchen Entwicklung läßt sich nicht einfach „ausscheren“.

Aber die Paradoxie einer Strategie, die plant, was nicht vollstreckt werden kann, weil es das Ende aller bedeuten würde, und die doch so planen muß, als wenn sie vollstreckbar wäre, kann uns nicht eindeutiger Wertmaßstäbe berauben. So fragen wir: Wer ist Soldat? Derjenige, der sich zum Henker seines eigenen Volkes entwürdigen läßt, oder derjenige, der mit allen Mitteln aufbegehrt gegen das, was nicht vollstreckt werden darf, wenn der allgemeine Untergang verhindert werden soll? Derjenige, der sich fatalistisch den Zumutungen und Anmaßungen fremder Interessenten und Kommandos hingibt, oder derjenige, der sich einer großen und unangreifbaren soldatischen Tradition bewußt ist. Wer gilt als heroisch? Der die Menschen zu Hunderttausenden und Millionen durch einen besinnungslosen Handgriff veraschen läßt, oder derjenige, „der sein Leben einsetzt für seine Ehre“?

Plutokratie und Bolschewismus haben uns pausenlos einzuwimmern versucht, daß das Gesetz der Macht in den Händen der Atomgewaltigen liege. Aber die Macht hat ihre eigene Dialektik. Die „Wirklichkeit der Macht“ geht über die „Wirklichkeit des Menschen“ hinaus. Sie vermag selbst den Machthaber in ihre Dialektik einzubeziehen¹⁾. Die Dialektik der Macht kann es mit

sich bringen, daß gerade der Allermächtigste bei Anwendung seiner „allmächtigen“ Gewalt alles und sich einbegriffen ins Nichts befördert, wobei sie ihn zu seinem eigenen Opfer degradiert. Sie kann es dem relativ Schwachen vorbehalten sein lassen, den Starken am Mißbrauch seiner Gewalt zu hindern — auf gewaltlose Weise. Die Effektivität der Macht hat heute beim Starken ihre absolute Grenze erreicht. Deren Überschreitung ist nur noch möglich in der Richtung der Gewaltlosigkeit. Das ist zwar neu, aber darum nicht minder wahr.

Sie haben am Schluß selbst eine grundsätzliche Infragestellung Ihrer Kritik angefügt, insofern Sie „eine Wehrpflicht in scheinsoveränen Staaten“ mit dem „ureigenen Sinn der Wehrpflicht im Widerstreit“ finden. Dieser Gedanke resultiert aus der richtigen Erkenntnis, daß man kein Politikum ohne seinen geschichtlichen Grund nehmen darf. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine historisch gebundene Form der Wehrhaftigkeit. Eine ihrer Voraussetzungen war die innere und äußere Einheit der Nation. Sie war wesentlich und seinsgerecht, als die wehrgeschichtlichen, waffentechnischen und politischen Bedingungen für sie gegeben waren. Mit deren Fortfall ist auch die allgemeine Wehrpflicht am Ende. Es gab eine Zeit vor der allgemeinen Wehrpflicht. Es wird eine Zeit nach der allgemeinen Wehrpflicht geben. Erst recht für uns Deutsche, denen die allgemeine Wehrpflicht heute als das bequemste Aufspaltungs- und Aushebesystem zugemutet wird.

Wenn Sie all dies bedenken, kommen Sie vielleicht doch zu einer günstigeren Wertung auch unserer militärpolitischen Arbeit, und es wird Ihnen ersichtlich, daß unsere kriegswissenschaftlichen Untersuchungen in einem inneren und wahren Zusammenhang mit den weltpolitischen Perspektiven dieser Zeitschrift stehen, denen Sie heute schon Ihre freundliche Zustimmung nicht versagen. Auf jeden Fall danken wir Ihnen für die Freimütigkeit der Aussprache und die Teilnahme an unserem Bemühen.

Die Schriftleitung

¹⁾ Vgl. Carl Schmitt: Das Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 10/1954

Erklärung gem. Ges. ü. d. Berufsausüb. v. Verlegern, Verlagsleitern u. Redakteuren v. 17. 11. 1949: Alleiniger Eigentümer der Zeitschrift *Gemeinschaft und Politik* ist der Herausgeber u. Schriftleiter Dr. Rolf Hinder, Bad Godesberg.

Herausgegeben vom Institut für Geozozoologie und Politik · Bad Godesberg · Schriftleitung und verlegerische Leitung: Dr. Rolf Hinder · Alle Zuschriften, Manuskripte, Leserbriefe und Kritiken an die Schriftleitung: Bad Godesberg, Römerstraße 11 · Die Zeitschrift erscheint 12mal jährlich · Preis des Einzelheftes DM 2,30, Vierteljahresbezug DM 6,50 (einschließlich Porto). Alle Rechte — auch der auszusweisen Wiedergabe — nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags.
Druck: Universitäts-Buchdruckerei Joh. Aug. Koch (Dr. C. Hitzeroth) Marburg/Lahn, Markt 21/23.
Verlag des Instituts · Bad Godesberg · Römerstraße 11 · Telefon: 3687 · Postscheckkonto Köln 90409